



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 3/1976
1,50 DM



AGOSTINHO NETO: DER SIEG DES ANGOLANISCHEN VOLKES

Serie Kuba
Rede Fidel Castros

Inhalt

AIB-Aktuell

Neue Impulse für den Befreiungskampf
in Afrika S. 3

Angola

Rede Agostinho Netos
Der Sieg ist sicher – A Vitoria E Certa S. 4 – 7

Namibia

Gespräch mit Sam Nujoma
SWAPO und MPLA-gemeinsamer Kampf S. 8

Chile

Jaime Gazmuri
Die aktive Illegalität Chiles S. 9 – 12

Aufruf des ASK

Nichts für die Junta – Nichts von
der Junta S. 13

Kuba

Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag
der Kommunistischen Partei Kubas
Die Errungenschaften der
kubanischen Revolution S. 14 – 31

Afar und Issa

Lothar A. Heinrich
Der Unabhängigkeitskampf der Afar und
und Issa gegen die
französische Kolonialmacht S. 32 – 34

Ägypten

Politischer Report der Ägyptischen
Kommunistischen Partei
Der antinationale Kurs des Regimes und
die Aufgaben des Volkswiderstandes S. 35 – 42

Iran

Jean-Michel Braunschweig
Der gegenwärtige Stand der politischen
Unterdrückung im Iran S. 43 – 46

Kurzinformation

Nigeria, Westsahara, Die Prozeßfarce
gegen "Corvalan und andere" S. 47 – 48

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Brönnner, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
J. Faber, R. Hegewald, M. Hellmann, Th. Kröter,
E. Larkey, L. Letsche, P. Maaskola, M. Passolt, B. Pflug,
E. Rudolf, G. Scheer, B. Schwiening, B. Theilmann

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. März 1976

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilage:

- Anzeige des Jugendmagazins elan
- Anzeige des AIB
- Werbekarte des AIB

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Solidarität mit dem Palästinensischen Volk

Die Araber des seit 1948 besetzten Teils von Palästina haben im Februar dieses Jahres ein Komitee zur Verteidigung des Arabischen Bodens gegründet. Dieses Komitee hat sich die Bekämpfung des Beschlusses der israelischen Regierung zum Ziel gesetzt, mit dem der Boden in Galiläa beschlagnahmt und Galiläa judaisiert werden soll. Dem voraus geht die Entscheidung der israelischen Regierung, einen Teil des arabischen Bodens in Galiläa zu beschlagnahmen.

Am 6. März 1976 trafen sich 48 arabische Gemeinde- und Stadträte zu einer Sitzung des Komitees. Auf diesem Treffen wurden gemeinsame Schritte zur Durchführung des gerechten Kampfes für die Verteidigung des Bodens und Besitzes beschlossen. Dazu gehört, daß der 30. März zum "Tag des Bodens" ernannt wird. An diesem Tag werden die Araber im besetzten Palästina einen Generalstreik durchführen und vor der Knesset in Jerusalem eine Demonstration veranstalten; sie werden eine Delegation zur UNO entsenden, die dort bleiben soll, bis die zionistische Regierung ihren Beschluß widerruft, den arabischen Boden zu beschlagnahmen.

Um diese gerechte Bewegung zu unterstützen, rufen wir alle unsere deutschen und arabischen Freunde auf, den 30. März als einen Solidaritätstag mit dem Volk im besetzten Palästina zu begehen. Wir fordern alle unsere Freunde auf, Unterschriftensammlungen durchzuführen und sie an den Generalsekretär der UNO in New York zu senden.

Schickt die Unterschriften an: Informationsstelle Palästina
c/o Abdalla Frangi
Friedrich Wilhelm Str. 2a
5300 Bonn

Solidarität mit dem Palästinensischen Volk

Wir fordern die Aufhebung der Beschlagnahme von Besitztümern der palästinensischen Bauern in Obergaliläa und in den besetzten Gebieten.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

AIB-Aktuell: Neue Impulse für den Befreiungskampf in Afrika

Bereits beim Sturz des faschistischen Regimes in Portugal war offenkundig, daß die endgültige Befreiung der portugiesischen Kolonien eine neue Etappe des Befreiungskampfes im südlichen Afrika einleiten würde. Mit dem unter Mithilfe der sozialistischen Länder und dem Einsatz kubanischer Einheiten errungenen Sieg der MPLA in Angola ist diese eröffnet worden.

Die Schlacht um Angola...

Zwar ziehen Propagandaorgane und Politiker des Imperialismus alle Register der Demagogie und Fälschung - gemeinsam ist gleichwohl allen das Eingeständnis einer weiteren historischen Niederlage. Während Ford und Kissinger ihr Fiasko mit arroganten Drohungen zu überspielen suchen, bedienen sich südafrikanische Rassisten der Argumente ihrer neuen 'Verbündeten' aus dem Angola-Krieg: "Die schwarzen und weißen Afrikaner sollten übereinkommen, daß Supermächte mit imperialistischen Zielvorstellungen von diesem Kontinent ferngehalten werden müssen" (Harry Schwarz, Mitankführer der sogenannten Progressiven Reformpartei der RSA). Bonner Politiker spielen die "ehrbaren Makler"; Außenminister Genscher in einem Interview: "Die westlichen Länder müssen die Entwicklungen in Afrika im Auge behalten, und zwar nicht nur, um ihre eigenen Einflußzonen zu halten, sondern gleichzeitig, um die Unabhängigkeit der

vimbi nun erleben, daß Zaire nicht nur die VRA anerkannte, sondern ihre FNLA- und UNITA-Büros ebenso wie die der FLEC schließen ließ.

Umso dringender ergibt sich die Notwendigkeit, die letzten Bastionen des Kolonialismus und Rassismus in Afrika zu beseitigen: die Republik Südafrika, ihre Kolonie Namibia und das rhodesische Regime. Der Sieg der Revolution in Angola hat ihre Position entscheidend geschwächt.

Neue Lage im südlichen Afrika

Yusuf Dadoo, Vorsitzender der KP Südafrikas, schrieb dazu: "Der Ausgang des Kampfes um Angola beweist, daß das Regime in Pretoria verwundbar ist, wenn es gegen eine Befreiungsbewegung zu kämpfen hat, die etwas zu verteidigen hat, die entschlossen ist alles in ihrer Macht stehende daran zu setzen, dem Gegner eine Niederlage beizubringen" (France Nouvelle, 1.3.1976).

Während das Rassistenregime auf die neue Lage mit verstärkter Aufrüstung reagiert, fordern Realisten wie der Anglo-American/De-Beers-Konzernchef Harry Oppenheimer die Aufgabe der Apartheidpolitik.

Die Bundesregierung setzt ihre mit Lippenbekenntnissen kaschierte Südafrika-Kumpanei fort, indem sie sich internationalen Sanktionen gegen das Rassistenregime verschließt. Selbst mit dem geächteten rhodesischen Regime unterhält die BRD gut funktionierende Handelsbeziehungen.

Die Befreiungsbewegung Namibias, SWAPO, warnte die Bundesregierung vor der Fortsetzung dieser Politik. Zugleich wiesen ihre Vertreter auf die durch den Sieg der MPLA verbesserten Kampfbedingungen hin (s. das Gespräch mit Sam Nujoma).

Kampffront Zimbabwe

Im beginnenden Endkampf gegen die restlichen Stützen des Imperialismus im südlichen Afrika steht die Befreiung Zimbabwes gegenwärtig im Vordergrund. Die auf Kriegsaktionen rhodesischer Einheiten gegen moçambiquanisches Gebiet hin erfolgte Verhängung des Kriegszustandes durch die FRELIMO-Regierung verstärkt den Druck auf das Smith-Regime, das seine Position sowohl durch verstärkten Terror gegen die afrikanische Bevölkerung als auch durch Taktieren in den Verhandlungen mit dem ANC über eine afrikanische Mehrheitsregierung zu halten versucht. So hat es einerseits in den letzten drei Jahren seine militärischen Ausgaben auf inzwischen 200 Mio DM vervierfacht, andererseits unter dem immer stärker gewordenen Druck der internationalen Öffentlichkeit Ansätze einer Haltungsänderung angedeutet. Die nächste Zeit wird zeigen, ob die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch den ANC auf breiter Front unumgänglich wird. Das Smith-Regime ist nahezu völlig auf sich selbst gestellt: Auf der Seite der Befreiungsbewegung stehen nicht nur die Länder Afrikas, sondern auch die Staaten der UNO, unter denen freilich die imperialistischen Länder entgegen ihrer Zustimmung zu den UN-Beschlüssen gegen das Smith-Regime diesem mit Handelsbeziehungen und politischen Manövern zur Seite stehen.

Die Bundesrepublik gehört zu diesen Verteidigern von Rassismus und Kolonialismus. Solidarität mit dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker ist deshalb auch ein Beitrag dazu, die Bundesregierung zu einer realistischen Haltung und zur Aufgabe ihrer Beziehungen mit Südafrika zu zwingen.



afrikanischen Staaten zu garantieren" (Newsweek, 15.3.1976). Nach fünfzehn Jahren Waffenlieferungen für Portugals Kolonialkrieg kommt das einer zynischen Verhöhnung gleich.

... ein historischer Sieg für Afrika

Die gewaltige Bedeutung des Sieges der Volksrepublik Angola für die Entwicklung der fortschrittlichen Kräfte in Afrika läßt sich neben den unmittelbaren Auswirkungen auf das südliche Afrika auch an anderen Ereignissen ablesen:

- Während noch vor wenigen Wochen die OAU in ihrer Haltung zur Angola-Frage gespalten schien, ist nunmehr nicht nur die Anerkennung der Volksrepublik Angola als einzige legitime Regierung Angolas allseitig, sondern fanden auch Marokko und Mauretanien für ihre Annexionspolitik gegenüber der Westsahara nicht einen Fürsprecher innerhalb der OAU;
- in Nigeria, dessen Militärregierung ein Wortführer der VRA-Anerkennung in der OAU war, scheiterte der Versuch, die erreichten fortschrittlichen Veränderungen durch einen Putsch von rechts wieder rückgängig zu machen (s. Kurzinformation);
- nach dem Fiasko ihrer Truppen mußten die imperialistischen Agenten Roberto und Sa-

Rede Agostinho Netos

Der Sieg ist sicher – A Vitoria E Certa

Ich habe die große Ehre, im Namen des angolischen Volkes alle Delegierten und Gäste dieser Solidaritätskonferenz, die an einem sehr günstigen Ort – in der Hauptstadt Angolas – stattfindet, zu begrüßen. (...)

Willkommen in Luanda!

Im Namen des angolischen Volkes danke ich den Genossen Delegierten und unseren Gästen dafür, daß sie in eine afrikanische Stadt, die Hauptstadt Angolas, gekommen sind, die jüngste,

über den portugiesischen Kolonialismus beigetragen. Diese Solidaritätsaktionen schufen die Voraussetzungen dafür, daß es nie an Waffen, Lebensmitteln, Kleidung, Schuhwerk oder anderen wichtigen Dingen für die Kämpfer fehlte. Auf diplomatische Weise bereiteten sie den Weg für die Volksbefreiungsbewegung Angolas, die MPLA, die revolutionäre Vorhut des angolischen Volkes, vor, machten diese in der ganzen Welt bekannt und verschafften ihr Ansehen. Afro-asiati-

und der MPLA im Rahmen des CONCP spürbar wurde, sowie an die Einheit, die vom Zeitpunkt der Herausbildung jeder einzelnen Partei bis zum Sieg aufrechterhalten wurde. Die revolutionären Fähigkeiten Amilcar Cabrais, des geistigen Vaters der Revolution in Guinea und auf den Kapverden, der von Schergen der kolonialistischen Verbrecher am 20. Januar 1973 hinterhältig ermordet wurde, trugen zu dieser Aktionseinheit bei; ebenso die Vitalität und die klare Erkenntnis von Prozessen,



dem kolonialistischen Herrschaftssystem gewaltsam entrissene afrikanische Hauptstadt.

Dank der heroischen und revolutionären Tat des Volkes, der Bauern, Arbeiter, Studenten, Staatsbeamten, Geschäftsleute, aller patriotischen Kräfte, ungeachtet der Klasse, Rasse, des Geschlechts oder der Weltanschauung; dank der Aktion der FAPLA, die stolz den bewaffneten Kampf weiterführt; dank der Aktionen all jener, die mutig gegen den kolonialistischen Feind bis zu dessen völliger Niederlage gekämpft haben, können wir diese Konferenz heute in Luanda durchführen.

Internationale Solidaritätsveranstaltungen haben sehr stark zu unserem Sieg

sche Solidarität ist stets ein notwendiger Faktor für die Befreiung gewesen. Durch den Kampf des angolischen Volkes, durch die internationale Solidarität wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß Luanda die Ehre zufiel, von alten Freunden, Kampfgefährten und konsequenten Verfechtern einer Revolution, die es bis zur völligen Befreiung des Menschen geben wird, besucht zu werden. Das ist unser Sieg!

Da man sich die Lehren der Geschichte immer vor Augen halten sollte, erlaube ich mir, hier nochmals an die Solidarität zu erinnern, die während der Zeit des Kampfes gegen Kolonialismus zwischen der FRELIMO, der MLSTP, der PAIGC

die Eduardo Mondlane auszeichneten, der sein Leben der Freiheit des Volkes von Moçambique opferte. Er wurde am 3. Februar 1972 ermordet.

Auch die Führer der heutigen jungen afrikanischen Republiken haben ihren Beitrag zur Einheit in dem Kampf geleistet. Es besteht kein Zweifel, daß gerade durch diese Solidarität Afrika den Hauch des Fortschritts und der Revolution verspüren konnte, der, so hoffen wir, so stark werden wird, daß er der Ausbeutung, Beherrschung und Entfremdung des afrikanischen Menschen ein für allemal ein Ende setzt. Wir sind überzeugt, daß die in der Vergangenheit gemeinsam erzielten Erfolge die Grundlage weiterer Erfolge in der ge-

genwärtigen Zeit in Afrika bilden werden. Die Befreiungsbewegungen in den noch von den Rassisten beherrschten Gebieten arbeiten in allen Fragen des Befreiungskampfes eng mit uns zusammen. So unterstützten der ANC Südafrikas, die Befreiungsbewegungen Simbawwes und Namibias sowie der Komoren und der Somalküste die MPLA, in der sich die edelsten Bestrebungen des angolischen Volkes verkörperten, stets tatkräftig.

Ein Sieg über die portugiesischen Kolonialisten hätte sich bei einem Nichtvorhandensein des sozialistischen Lagers sehr schwierig gestaltet. Dieses war stets die wichtigste Quelle der materiellen Hilfe für unseren Kampf. In der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart haben die kapitalistischen Länder Europas und Amerikas die MPLA stets als eine Gefahr für ihre Interessen in Südafrika betrachtet. In der Tat war die MPLA der einzige echte Feind des portugiesischen Kolonialismus in Angola.

Der Imperialismus versuchte, unsere Unabhängigkeit zu hintertreiben, das Land zu spalten, indem er sich ständig bemühte, die MPLA durch das Einschleusen von Agenten, durch Versuche von Bestechung und physischer Vernichtung zu zersplittern.

Trotz aller reaktionärer Machenschaften und aller an den Tag gelegten Dynamik ist es dem Imperialismus weder in der Vergangenheit gelungen, noch wird es ihm in Zukunft gelingen, in Angola ein neokolonialistisches Regime zu errichten. Seine Unterstützung für den portugiesischen Kolonialismus war ein Mißerfolg, und trotz aller Hilfe wird seinen Marionetten auch kein Erfolg beschieden sein, weil der Imperialismus den Lauf der Geschichte weder verstehen kann noch will.

Diese Niederlagen des Imperialismus sind zu einem großen Teil auf die brüderliche und großzügige Hilfe der sozialistischen Länder, die uns mit Enthusiasmus und echtem internationalistischem Geist in den Jahren des Kampfes zu den erforderlichen Mitteln für den Kampf verholfen haben, zurückzuführen. Die sozialistischen Länder, unsere Verbündeten im Kampf gegen koloniale und neokoloniale Herrschaft, waren und sind die materiellen Hauptstützen unseres Kampfes.

In den kapitalistischen Ländern Europas und auch in Amerika haben sich die Menschen immer wieder für die Unabhängigkeit der Kolonialvölker eingesetzt und haben dem Geist revolutionärer Verbundenheit durch ihre Unterstützung und Solidaritätsbeweise Ausdruck verliehen. Dies wurde in jedem Stadium unseres Kampfes spürbar.

Moralisch, politisch und materiell gesehen ist diese Solidarität jetzt zu einem unentbehrlichen Mittel für die Befreiung geworden.

Innerhalb der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) wurden alle Aktionen durch das Sekretariat koordiniert, das seit vielen Jahren von unserem lieben Freund Youssef-el-Sebaï geleitet wird.

Es ist eine Tatsache, daß unser Land noch für seine territoriale Integrität eintreten muß. Es muß noch um seine endgültige nationale Einheit kämpfen, und es muß seine Wirtschaft und Kultur aufbauen.

In wenigen Tagen besteht unsere unabhängige Volksrepublik drei Monate. Die portugiesischen Kolonialisten haben

uns als Erbe die Invasion im Norden unseres Territoriums durch die Truppen von Zaire, die unter dem Deckmantel der FNLA operieren, und die im Süden des Landes durch die südafrikanischen Truppen, die gemeinsame Sache mit den UNITA-Söldnern machen, hinterlassen. Die portugiesischen Kolonialisten, die bis zum 11. November 1975 unser Land besetzt hielten, hegten die Hoffnung, daß Luanda noch vor der Proklamation unserer Unabhängigkeit durch unsere Feinde besetzt würde. Ihre Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Das angolische Volk hat dies nicht zugelassen. Sie hinterließen uns eine chaotische Wirtschaftslage. Sie zerstörten willkürlich Maschinen und Anlagen, wodurch der nationale Wiederaufbau erschwert wird. Die portugiesischen Kolonialisten hinterließen uns dieses Erbe nach fünf Jahrhunderten der Sklaverei, Diskriminierung und des Obskurantismus, zu einem Zeitpunkt, da es nicht möglich war, Techniker und Leute auszubilden, die die Bereiche des nationalen Lebens leiten und kontrollieren können.

Dieses Erbe ist ein weiteres Verbrechen, eines der vielen, die auf angolischem Boden begangen wurden und dessen sich das angolische Volk auch in Zukunft noch erinnern wird.

Nur die revolutionäre Standhaftigkeit des angolischen Volkes und die von Verbündeten und Freunden gewährte Unterstützung konnten den Rückzug der durch den internationalen Imperialismus unterstützten Kolonialisten erzwingen. Das sind auch die Faktoren, die den Wiederaufbau und die Entwicklung unseres Landes ermöglichen werden.

Afrika fühlte sich frei vom portugiesischen Kolonialismus, als der letzte Soldat Angola verließ. In diesem Prozeß konnte man nicht nur die Befreiung der seit Jahrhunderten unterdrückten Völker, sondern auch ein neues Verhalten gegenüber neokolonialistischen Versuchen erkennen. Die progressive Bewegung wächst, und für den Imperialismus wird es immer schwieriger, sich die afrikanischen Völker gefügig zu machen. Die revolutionäre Natur des bewaffneten Kampfes, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt herausgebildet hat, hat die Menschen zu einer antiimperialistischen Haltung ermutigt.

Das angolische Volk tritt entschlossen für die kompromißlose Verteidigung seiner Unabhängigkeit ein. In diesem Sinne verstanden wir die Bedeutung unserer Unabhängigkeit. Durch den Zusammenschluß der Menschen in einer breiten antikolonialistischen und antiimperialistischen Front festigen wir die Unabhängigkeit, um alle patriotischen Schichten der Gesellschaft, alle Männer und Frauen unseres Landes, ungeachtet ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer politischen Einstellung, für den Kampf zu mobilisieren.

Die MPLA ist diese breite antiimperialistische Front und bildet somit die Grundlage, auf der die gesamte Struktur der Volksrepublik Angola beruht. Das Gebäude dieser Republik wird nach den revolutionären Prinzipien der MPLA errichtet. Wir setzen den Kampf fort, diesmal gegen den Imperialismus und seine Lakaien und für den nationalen Wiederaufbau.

Natürlich haben wir bestimmte Entschei-

dungen für das Leben der Nation getroffen, und es ist unsere Aufgabe, die Volksmacht zu errichten und uns dabei der historischen und revolutionären Tatsache bewußt zu sein, daß es ohne Demokratie, ohne die aktive Teilnahme der Arbeiter und Bauern – die im Kolonialismus am stärksten ausgebeuteten Klassen – an der Staatsmacht keine Unabhängigkeit geben kann. Denn es waren die Arbeiter und Bauern, die die Hauptlast der kolonialen Erniedrigung zu tragen, am stärksten unter Hunger und Armut zu leiden und während des Krieges für die Befreiung vom Kolonialismus die größten Opfer zu bringen hatten. Daher erachten wir es für notwendig, daß es die Arbeiter und Bauern sind, die nach Erringung der Unabhängigkeit des Landes die Entscheidungen treffen.

Die praktische Verwirklichung dieses Prinzips wird in Anbetracht solch einer problemreichen Situation nicht leicht sein. Aber wir sind fest davon überzeugt, daß sich in einer relativ kurzen Zeit die Volksversammlung konstituieren wird, der hohe legislative Funktionen obliegen und deren Mehrheit aus Arbeitern und Bauern aller Provinzen des Landes bestehen wird. Die Volksversammlung wird die Entwicklungsrichtung unseres Landes festlegen. Die revolutionäre Fähigkeit unseres Volkes und die aus eigener und der Erfahrung anderer Völker gezogene Lehren werden es ermöglichen, Maßnahmen zu ergreifen, die schrittweise zu einer auf der Volksdemokratie beruhenden Staatsordnung führen werden. Der materielle Faktor ist die Grundlage für den politischen Fortschritt. Die Entwicklung in Landwirtschaft und Industrie bildet die Grundlage für den gesellschaftlichen und politischen Fortschritt und ist Grundlage dafür, daß die Nation ein neues Gesicht erhält.

In diesem Zusammenhang will ich an dieser Stelle auf die Illusionen einiger imperialistischer Länder verweisen, die einen wirtschaftlichen Boykott von seiten der entwickelten westlichen Länder als ein für die junge angolische Nation unüberwindliches Hindernis ansehen, selbst wenn sie die Größe unseres Territoriums, den Reichtum an Bodenschätzen und die relative wirtschaftliche Abhängigkeit anderer afrikanischer Staaten von Angola in Betracht ziehen.

Sie haben die Existenz unserer Verbündeten, der sozialistischen Staaten, ebenso wie die Lehren aus den Ereignissen in Vietnam und Kuba in sehr kurzer Zeit vergessen.

Mit der Beharrlichkeit und dem Realismus, den der bewaffnete Kampf den angolischen Kämpfern verliehen hat, werden wir unsere Wirtschaft im Interesse der Nation aufbauen und dafür sorgen, daß die Verteidigung das Leitprinzip unserer politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Entscheidungen unterstützt.

Gleichzeitig werden die in dieser Republik geborenen Menschen, die in den Genuß kostenloser Bildung und medizinischer Betreuung kommen, die angolische Kultur im großen Maßstab wiederbeleben müssen, so daß das afrikanische Erbe durch seine verschiedenen und hervorragenden Ausdrucksformen bereichert werden kann.

Unter Berücksichtigung unserer konkreten Gegebenheiten werden wir eine



wirkliche Demokratie erreichen.

Wenn wir von unseren Entscheidungen sprechen, klassifiziert uns der Feind (und mit Feind meine ich diejenigen, die Angola liquidieren möchten) in einer bestimmten Weise.

Wir möchten betonen, daß uns das weder abhalten kann, das zu sein, was wir sind, noch das zu sagen, was wir sind. Wir haben immer ein klares Programm gehabt, und wir haben uns immer in aller Öffentlichkeit als progressiv bezeichnet. Es ist sicher, daß wir damit die Wünsche eines Volkes, das sich seiner revolutionären Ziele und des zur Erfüllung seiner edelsten Bestrebungen zu verfolgenden Weges bewußt ist, vertreten haben.

Wir vertreten den Grundsatz, daß alle Völker das Recht haben, ihre Lebens- und Gesellschaftsform selbst zu wählen.

Wir lieben zutiefst die von unserem Volk erstrebte Unabhängigkeit und Demokratie. Die MPLA und die führenden Organe der Volksrepublik Angola sind die einzigen rechtmäßigen Vertreter unseres Volkes, da sie die vom angolischen Volk erstrebten Ziele der Unabhängigkeit und Demokratie verwirklichen, die Volksmacht errichten und eine sozialistische Gesellschaftsordnung anstreben.

Wir verstehen die widersprüchlichen Strömungen in der afrikanischen Politik nicht. Auf dem letzten OAU-Treffen konnte die fortschrittliche afrikanische Entwicklungsrichtung einen eindeutigen Sieg erringen. Ungeachtet aller Einschüchterungs- und Bestechungsversuche seitens der Agenten des Imperialismus haben sich die fortschrittlichen Kräfte Afrikas eindeutig für gewisse Grundsätze der Organisation ausgesprochen, wie die einmütige Verurteilung der Invasion der südafrikanischen Rassisten in angolisches Gebiet, die Verurteilung der Apartheid- und Expansionspolitik Südafrikas sowie die Verurteilung der angolischen Marionetten, die sich in der FNLA und UNITA zusammengeschlossen haben.

Diese Entwicklungsrichtung steht einer anderen gegenüber, die sich über in der Vergangenheit abgegebene Erklärungen und übernommene Verpflichtungen hinwegsetzte und sich mehr oder weniger offen mit Südafrika verbündete, als sie die Besetzung von Namibia und dessen Nutzung als Aufmarschgebiet gegen Angola akzeptierte. Die nur widerstrebende Verurteilung des rassistischen Aggressors sowie das Unvermögen, genau zu erkennen, wer der Feind ist, gereichen unserem Kontinent keineswegs zur Ehre.

Natürlich wirkte sich die fortschrittliche Entwicklungsrichtung auf die versöhnlerische Unschlüssigkeit der OAU aus und führte zu einer neuen Verhaltensweise. Es kann keinen Kompromiß geben, wenn der Feind in unserem Gebiet steht. In einer solchen Situation darf man nicht seine grundlegenden Verpflichtungen vergessen. Die Stellung der Volksrepublik Angola in Afrika und in der Welt hat sich gefestigt, und dieser Prozeß wird auch wegen der Geschlossenheit der fortschrittlichen Kräfte Afrikas im internationalen Maßstab unumkehrbar werden.

Von afrikanischer Einheit kann man nur sprechen, wenn sie auf gerechten Prinzipien beruht. Und wenn innerhalb der OAU Geschlossenheit erreicht werden soll, so muß sie sich im Hinblick auf die Probleme der Befreiung vom Neokolonialismus, von der rassistischen Expansionspolitik und vom Imperialismus äußern, da die südafrikanischen Rassisten Feinde Afrikas und seiner Völker sind. Da die weiße Minderheit rund 20 Millionen Afrikaner unterdrückt und diskriminiert, kann sie mit anderen Afrikanern keinesfalls zusammenarbeiten, sondern sie nur ausbeuten. Und es wäre unmoralisch, wenn Afrikaner mit ihnen paktierten oder sich in dieser Frage neutral verhielten. Es wäre ein Verbrechen, wenn Afrikaner die gleiche politische Linie verfechten würden wie die rassistische Minderheit oder der Imperialismus. Die einzige ehrenhafte Haltung besteht in einem energischen Kampf gegen die Expansionsbestrebungen der Rassisten.

Ich möchte hier, vor Ihnen, verehrte Delegierte und Gäste, erklären, daß wir Angolaner wissen, was wir wollen, und daß sich die afrikanischen Paternalisten damit abfinden sollten, mit uns zusammenzuarbeiten und unsere Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit zu achten. Was die Regierungs- und Gesellschaftsform in Angola betrifft, so liegt die Entscheidung einzig und allein bei unserem Volk. Was die Südafrikaner anbetrifft, die schon unseren Entschluß kennen, keine Besetzung unseres Staatsgebietes durch irgendwelche ausländische Truppen zu dulden, so hoffen wir, daß sie nicht zögern werden, unser Territorium völlig zu räumen. Wir können nicht dulden, daß Ausländer mit Gewalt in unser Land einzudringen versuchen. Welche Opfer auch immer notwendig sein werden, unser Volk wird jeden Eindringling vertreiben. Was nun ihre sogenannten Interessen betrifft, die zu verteidigen sie vorgeben, so kennt unser Volk sie nicht. Wir haben ein riesiges, rohstoffreiches Land, in dem ausländische Unternehmen operieren. Es ist möglich, daß Südafrika an diesen Unternehmen beteiligt ist. Das werden wir prüfen müssen. Es ist möglich, daß die portugiesischen Kolonialisten südafrikanisches Kapital in unser Land gebracht haben. Doch man greift zu Gangstermethoden, wenn man mit der Behauptung, seine Interessen zu verteidigen, Grenzen verletzt, Staatsgebiet besetzt und rechtmäßige Regierung des Landes ignoriert, in dem die vermeintlichen Interessen liegen.

Die Rassisten wissen, daß uns die politische Macht durch die portugiesischen Kolonialisten, ihre ehemaligen Verbündeten, nicht geschenkt wurde, sondern daß wir sie in einem opferreichen Kampf erobern mußten. Aus diesem Grunde haben wir keinerlei Unterlagen über Aktiva und Passiva, die auf Vereinbarungen zwischen den Kolonialisten und Rassisten zurückgehen. Alles, was wir von den Südafrikanern verlangen, ist, daß sie und ihre Marionetten unser Land verlassen.

In ähnlicher Weise und noch bevor wir einem Waffenstillstand mit der portugiesischen Kolonialregierung zugestimmt hatten, entsandte ein afrikanisches Land, Zaire, reguläre Truppeneinheiten, um die FNLA bei ihren Versuchen zur Errichtung der Vorherrschaft in Angola zu unterstützen. Mehrere größere Niederlagen sollten sie nunmehr von der Aussichtslosigkeit ihres Krieges überzeugt haben. Das Regime von Zaire fürchtet, daß die demokratische Entwicklungsrichtung in Angola an Ausstrahlungskraft gewinnen könnte, zumal ihm die Unterstützung des eigenen Volkes versagt bleibt. Aber es strebt nach einem günstigen Zugang zum Meer. Es will seine Märkte mit angolischen Produkten bereichern. Ja, es würde Angola gern in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Zaire bringen und das angolische Volk dem USA-Imperialismus unterwerfen.

Zaire hat ein ureigenes Interesse an der Errichtung von Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit zu der Regierung der Volksrepublik Angola. Unser Land würde die Herstellung normaler Beziehungen zur Nachbarrepublik begrüßen. Wenn Zaire daran gelegen ist, müßte es jedoch als unabdingbare Voraussetzung den Krieg gegen unser Volk beenden. Ebenso darf es sich kei-

nesfalls in unser politisches Leben einmischen.

Gestatten Sie mir, Genossen, einen weiteren Aspekt unserer nationalen Frage hervorzuheben. Wie schon erwähnt, erhalten wir brüderliche Hilfe von den mit uns verbündeten und freundschaftlich verbundenen Ländern, von fortschrittlichen Organisationen und sogar von Persönlichkeiten in aller Welt. Es ist das Recht eines jeden souveränen Staates, Hilfe von anderen Ländern anzunehmen oder nicht anzunehmen sowie Beziehungen der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Organisationen herzustellen oder nicht herzustellen, und wir, die Volksrepublik Angola, haben angesichts der Lage, in der wir uns befinden, unsere Verbündeten und Freunde um Hilfe bei der Lösung unserer Probleme gebeten.

Einige Länder, die sich als Herren der Welt und des Schicksals der Menschen betrachten, maßen sich das Recht an, sich in die Entscheidungen eines unabhängigen und souveränen Landes einzumischen.

Jene Länder, die heute in unser Land eindringen, die Marionetten mit Waffen versorgen und Söldner rekrutieren, haben die Kolonialisten auch im ersten Befreiungskrieg gegen den portugiesischen Kolonialismus unterstützt. Dies ist ein Ausdruck ihres Bestrebens, uns mit Gewalt zu beherrschen. Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der rassistischen Minderheit Südafrikas sowie gewisser Länder Westeuropas entwickeln die größte Aktivität angesichts der Unabhängigkeit Angolas. Ihr System der Ausbeutung der Völker anderer Länder macht sie blind gegenüber deren dringender Forderung nach Freiheit. In ihrem Kampf gegen das sozialistische Lager, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, zittern sie allein schon bei dem Gedanken, daß das unabhängige Volk in Angola ein weiteres Gebiet aufbauen könnte, das ihrer zügellosen Profitgier verschlossen bleibt und wo sie sich nicht mehr auf Kosten des angolischen Volkes bereichern können. Mit unseren Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aber haben wir gute Erfahrungen gemacht. Diese Länder haben uns niemals eine ideologische Richtung aufgezwungen. Sie haben für die uns erwiesene Hilfe niemals materielle Entschädigung verlangt. Sie haben niemals mit unseren Feinden zusammengearbeitet. Sie haben niemals versucht, uns Regierungen oder Lösungen aufzuzwingen. Sie achten unser Volk. Und gegenwärtig werden auch die Grundlagen für eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen geschaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Gelegenheit nutzen und im Namen des angolischen Volkes den sozialistischen Ländern für den von ihnen gelieferten Beweis ihrer uneingeschränkten internationalistischen Solidarität danken.

Wir danken der Sowjetunion, wir danken Jugoslawien, wir danken Kuba, Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, Rumänien, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Korea, Vietnam und der Mongolei. Wir danken ihnen für die moralische, politische, militärische und technische Unterstützung, die sie uns bei der Erringung unserer völligen Unabhängigkeit, bei der Verteidigung unse-

rer territorialen Integrität und beim Wiederaufbau unseres Landes so uneigennützig gewährt haben.

Wir bedauern lediglich, daß noch immer ein sozialistisches Land mit dem Feind im gleichen Boot sitzt und sich in der unnatürlichen Gesellschaft von Südafrikanern, Amerikanern und ihren Marionetten befindet. Natürlich danken wir auch den afrikanischen Ländern sowie den Hilfs- und Solidaritätsorganisationen, die den gerechten Kampf unseres Volkes unterstützen. Wir sprechen den verschiedenen Beistandskomitees in Italien, Holland, Portugal, Schweden und anderen Ländern Europas, in denen sich Komitees für die Anerkennung der Volksrepublik Angola konstituiert haben, unseren tiefempfundenen Dank aus.

Wir danken den fortschrittlichen und realistischen Kräften in den Vereinigten Staaten von Amerika, die dazu beigetragen haben, daß sich ihre Regierung nicht in ein neues verbrecherisches Abenteuer gestürzt hat.

Über unsere politischen Aktionen sind wir niemandem außer unserem Volk rechenschaftspflichtig. Und unser Volk ist entschlossen, dieses in einem langjährigen Kampf errungene Recht zu verteidigen. Wenn dieser Wunsch respektiert wird, ist auch eine Zusammenarbeit möglich.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung der Politik der Nichtpaktgebundenheit. Wir hegen nicht die Absicht – wurden auch von niemandem ersucht –, die Errichtung von Militärstützpunkten zu gestatten, die nicht ausschließlich den Interessen unserer Landesverteidigung dienen. Wir haben nicht die geringste Absicht, uns in die Auseinandersetzungen zwischen den Militärblöcken hineinziehen zu lassen, obwohl wir sehr an einer Begrenzung der strategischen Rüstungen, an der Politik der Entspannung sowie der Schaffung einer Atmosphäre des Friedens und des Vertrauens zwischen allen Ländern der Welt interessiert sind.

Ich wiederhole nochmals, daß wir Angolaner die Unabhängigkeit und Demokratie, die uns in der Zeit des Kolonialismus vorenthalten wurden, sehr lieben. Wir werden weder die eine noch die andere erringen, wenn wir die Politik anderer Länder blindlings kopieren.

Darüber sind wir uns im klaren. Man sollte nicht an der Legitimität der Volksrepublik Angola zweifeln. Sie ist der Ausdruck des Willens unseres Volkes, der von der gesamten Bevölkerung, sogar in den noch vom Feind besetzten Gebieten, täglich aufs neue bekundet wird. Diese Legitimität macht die Volksrepublik Angola zu einem rechtmäßigen Mitglied der OAU, und nach einer gewissen Zeit wird sie zwangsläufig Mitglied der Weltorganisation, der UNO, werden. Es ist an der Zeit, daß die Welt die wirklichen Gefühle unseres Volkes zu der von gewissen internationalen Kreisen absichtlich gestifteten Verwirrung kennenlernt.

In Angola gibt es eine einzige führende politische Organisation, die MPLA. Es gibt nur eine organisierte Regierung, die in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes die Macht ausübt. Unser Volk kann die Marionetten, die sich an die Imperialisten und die rassistische Minderheit verkauft haben, keineswegs mehr als „Befreiungsbewegungen“ ansehen.

Internationale Organisationen brauchen sich nur an die Tatsachen zu halten und die Verbreitung von zweideutigen Nachrichten über unser Land einzustellen.

Die OAU wird gewiß nicht umhin können, zu gegebener Zeit die richtige Haltung einzunehmen, die darauf hinausläuft, jenen Organisationen ihre Anerkennung zu verweigern, die im Lande kein Gewicht haben und den Interessen des Imperialismus sowie der rassistischen Minderheit Südafrikas dienen. Die OAU wird dem Willen des angolischen Volkes und den Tatsachen Rechnung tragen müssen.

Zu gegebener Zeit wird auch die UNO eine solche Haltung einnehmen. Deshalb, Genossen Delegierte und Gäste, wird auch diese Konferenz nicht umhin können, sich in diesem Sinne zu entscheiden.

Wir sind gewiß, daß die mit unserem Land und Volk geübte internationale Solidarität andauern wird.

Die internationale Solidarität wird auch eines der Prinzipien unserer Außenpolitik sein. Das angolische Volk wird seine internationalistische Pflicht nicht vergessen. (...)

Der Kampf geht weiter, der Sieg ist gewiß!



Gespräch mit Sam Nujoma

SWAPO und MPLA – gemeinsamer Kampf

Sam Nujoma: Der Befreiungskrieg in Namibia hat im Laufe des Jahres 1975 neue Dimensionen erreicht. Heute kann die SWAPO auf Tausende neue Mitglieder zählen, die nichts anderes als Waffen verlangen, die wirksamsten, die es gibt, um der südafrikanischen Armee immer härtere Verluste zuzufügen. Wir nehmen bereits am Krieg von Angola teil, da dieser Krieg auch unserer ist. Einer der von Pretoria benutzten Vorwände, um in Angola einzudringen, war, wie man weiß, das Recht auf Verfolgung der Kämpfer der SWAPO. Obwohl wir heute schon tief im Inneren Namibias kämpfen, haben wir ebenso in Angola gekämpft. Unsere Männer haben zahlreiche Südafrikaner kampfunfähig gemacht; wir haben Hubschrauber und Flugzeuge von Pretoria vernichtet.

Frage: Das fortschrittliche Afrika hat mit Ungeduld die offizielle Proklamierung des Bündnisses SWAPO - MPLA erwartet. Warum diese Verspätung?

Sam Nujoma: Ich möchte zunächst unterstreichen, daß wir immer gute Beziehungen zur MPLA unterhalten haben, aber bis zur südafrikanischen Aggression waren wir verpflichtet, zu allen angolanischen Kräften Verbindung zu halten, die sich national nannten und die uns unterstützten. Was zum Beispiel die UNITA betrifft, so lagen sehr wichtige logistische Gründe unseren Beziehungen zu dieser Bewegung zugrunde. Aber seit letztem Oktober kann niemand mehr daran zweifeln: Die einzig authentische Befreiungsbewegung Angolas ist die MPLA; die einzige Kraft, die gegen die rassistische südafrikanische Armee kämpft, ist die MPLA; der einzige angolanische Verbündete des namibischen Volkes ist die MPLA.

Frage: Die angolanischen Verräter haben die SWAPO den Bruch der Zusammenarbeit mit den Feinden der VR Angola teuer zahlen lassen. Savimbi und Chipenda haben den Südafrikanern geholfen, die SWAPO in Namibia und in Angola grausam zu verfolgen.

Sam Nujoma: Als Daniel Chipenda nach Windhoek und Groetfontein gekommen ist, hat er zahl-



Sam Nujoma, Präsident der South West Africa People's Organization (Südwestafrikanische Volksorganisation - SWAPO)

reiche der im Untergrund arbeitenden Kader der SWAPO denunziert.

Wir haben sofort verstanden, daß, wenn es den westlichen Mächten und den afrikanischen Reaktionen gelungen wäre, in Luanda ein Marionettenregime einzurichten, unser Kampf und der aller noch unterdrückten südafrikanischen Völker einen Rückschlag von mindestens zehn Jahren erfahren hätte.

Frage: Jetzt schickt sich die SWAPO an, in Luanda und in einigen angolanischen Städten ständige Vertretungen einzurichten. Agostinho Neto hat das Versprechen gegeben, daß die Volksrepublik Angola den Befreiungskräften von Namibia "seine totale und bedingungslose Unterstützung" gewähren werde.

Sam Nujoma: Wir benötigen vor allem Waffen; wir müssen den allgemeinen Krieg, der heute in Angola geführt wird, auf unser Land übertragen, das die Südafrikaner in gesteigertem Tempo militarisieren. Wir sind bereit, die letzte Phase einzuleiten, die die Okkupanten aus unserem Land hinauswerfen wird.

(Quelle: *afrique - asie*, Nr. 103, 23. Februar 1976)

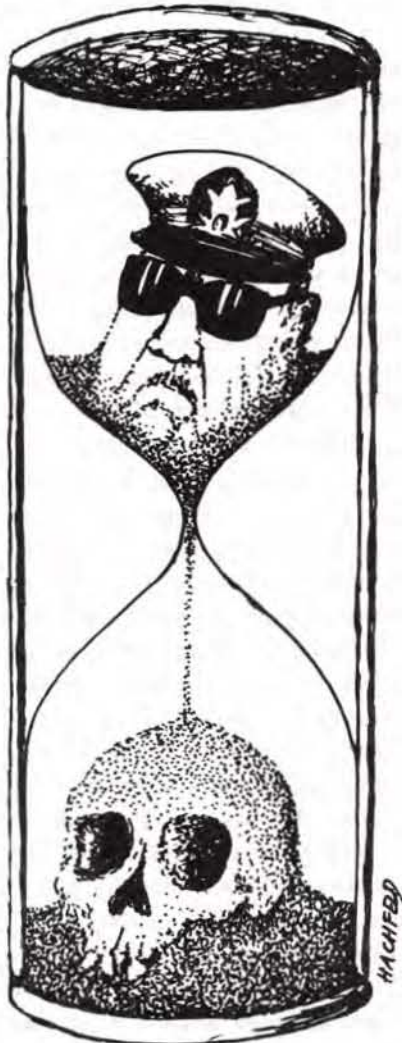
Jaime Gazmuri, Generalsekretär der MAPU/OC, arbeitete fast zwei Jahre illegal in Chile, ehe er auf Beschluß seiner Partei 1975 vorübergehend das Land verließ. In dem folgenden Interview gibt J. Gazmuri eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Chile v.a. unter dem Aspekt der Entfaltung des antifaschistischen Volkswiderstandes. Dazu gehört auch, wie J. Gazmuri erläutert, "sich die Lehren der Vergangenheit zu eigen machen, um die Zukunft aufzubauen." Der Frage nach der Breite und dem Charakter der in Chile zu schaffenden antifaschistischen Front kommt in diesem Diskussionsprozeß der Parteien der Unidad Popular gegenwärtig besondere Bedeutung zu.

Jaime Gazmuri

Die aktive Illegalität Chiles

Frage: Die Presse einiger kapitalistischer Länder behauptet, daß es in Chile keinerlei Anzeichen für einen aktiven Widerstand gegen die Diktatur gäbe. Was können Sie dazu sagen?

Antwort: Eine derartige Behauptung resultiert bestenfalls aus mangelnder Information über die Vorgänge in Chile. Es muß gesagt werden, daß in der Presse dieser Länder das Hauptaugenmerk nicht dem Kampf des chilenischen Volkes, sondern den Verbrechen der Junta gilt. Deshalb entstand in einigen Kreisen der internationalen Öffentlichkeit ein einseitiger Eindruck von der gegenwärtigen chilenischen Wirklichkeit. Tatsächlich aber ist das Bild ganz anders.



Die Putschisten stießen schon in den ersten Stunden bei der Bevölkerung von Santiago, Valparaiso, Concepción und anderen großen Zentren auf heldenmütigen bewaffneten Widerstand. Er wurde vor allem von den Werktätigen geleistet. Doch die Volksbewegung vermochte der gewaltigen Macht der Streitkräfte nicht standzuhalten, und der Widerstand wurde nach einigen Tagen gebrochen. Tausende von Chile-
nen wurden getötet oder eingekerkert. Gegen die Gewerkschaften, gegen die Organisationen der Bauern, der Jugend usw. wurde mit Repressalien vorgegangen.

Inzwischen hat der Kampf gegen den Faschismus verschiedene Formen angenommen. Die Parteien der Unidad Popular standen vor der schweren Aufgabe, in Anbetracht der Repressalien und des Abebbens der Massenbewegung ihre Tätigkeit zu reorganisieren: Die Niederlage der Unidad Popular ließ anfangs bei einem Teil der Bevölkerung Stimmungen der Niedergeschlagenheit, der Ausweglosigkeit aufkommen.

Die Reorganisation unserer Parteien bedeutete den Anbruch einer neuen Kampfetappe. Ein Jahr nach dem Putsch entfaltete sich im Lande bereits eine antifaschistische Massenbewegung, die immer mehr an Kraft gewinnt.

In welchen Formen äußert sie sich heute? Vor allem in der Entfaltung der Propaganda und Agitation. Die Hauptparteien der Unidad Popular haben eine illegale Massenpresse geschaffen. Die regulär erscheinenden Zeitungen und Flugblätter werden in Fabriken, in Arbeiter-
vierteln, an den Universitäten und Oberschulen, auf dem gesamten Landesterritorium verbreitet. Propaganda und Agitation sind meiner Ansicht nach außerordentlich wichtig, um das politische Bewußtsein der Massen zu heben, sie zu organisieren und zum Kampf zu mobilisieren.

Großen Wert legen unsere Parteien ferner auf die Festigung und Entwicklung unabhängiger Massenorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften. Aufgrund der zahlreichen Beschränkungen können die Werktätigen nicht immer un-

mittelbare ökonomische Forderungen stellen. Die Militärjunta erlaubt nur kulturelle und sportliche Betätigung. In den Betrieben und Bergwerken, auf dem Land und in den Lehranstalten hat sie ein weitverzweigtes Netz von Agenten und Provokateuren geschaffen, die auch die geringste Äußerung der Unzufriedenheit mit dem Regime denunzieren.

Seit dem zweiten Halbjahr 1974 ist die Tätigkeit der Gewerkschaften, sowohl der Industriegewerkschaften als auch der gesamtnationalen Verbände (der Föderationen und Konföderationen), wesentlich aktiver geworden. Trotz Terror und allerlei Beschränkungen beginnen die Werktätigen immer offener aufzutreten. Am 1. Mai 1975 kam es z.B. zu mehr als 500 Aktionen im Zeichen des Feiertages der Werktätigen. Der Kampf der Massen entfaltet sich vor allem unter zwei Losungen: gegen die Wirtschaftspolitik der Diktatur und für gewerkschaftliche Freiheiten. Mitte 1975 wurde in den Gewerkschaftsorganisationen der Entwurf des von der faschistischen Junta ausgearbeiteten Arbeitsgesetzbuches erörtert. Es wurde von den Gewerkschaften - ob sie unter dem Einfluß der Arbeiterparteien, der Christdemokraten oder anderen Organisationen standen - einmütig abgelehnt, was die Behörden veranlaßte, seine Verabschiedung bis auf weiteres zurückzustellen.

Der Diktatur treten jedoch nicht nur die Werktätigen entgegen. Eine breite antifaschistische Tätigkeit beginnen die Oberschüler und die Studenten zu entfalten, die unter der Jugend eine wirksame propagandistische und agitatorische Arbeit leisten. Angehörige der Intelligenz und der freien Berufe nehmen den Kampf auf. Die Opposition zum Regime wächst unter den kleinen Unternehmern, Besitzern von Verkehrsmitteln und sogar in Kreisen der mittleren Bourgeoisie, die mit der Wirtschaftspolitik der Diktatur unzufrieden sind. Größere Dimensionen nimmt der Kampf für die Menschenrechte, für die Freilassung der politischen Häftlinge an, im ganzen Lande kommt es zu Massenkampagnen der Solidarität mit den Familien der in den Gefängnissen schmachtenden Patrioten sowie der Hilfe für die Arbeitslosen.

Heute haßt die Mehrheit der Bevölkerung des Landes die Militärjunta. Für viele von denen, die der Regierung der Unidad Popular entgegenwirkten und objektiv den Sieg des Faschismus begünstigten, ist die Stunde bitteren Erwachens angebrochen. "Das haben wir nicht gewollt", sagen sie. Keine andere vorangegangene Regierung hat ihre soziale Stütze so rasch und in derartigem Umfang verloren wie die faschistische Junta. So tief wie der revolutio-

näre Prozeß unter der Regierung des Präsidenten Allende war, so weit schritt auch der konterrevolutionäre Prozeß voran, der nach der Machtergreifung durch die Faschisten eingesetzt hat. Diese rückläufige Entwicklung einer Gesellschaft sucht ihresgleichen. Und es ist keineswegs zufällig, wenn die Junta in der Geschichte des Landes weder ein Symbol noch eine Persönlichkeit findet, die als Rechtfertigung ihrer Politik dienen könnten. Die Diktatur ist zutiefst antinational.

Nach ihrer Reorganisation steht die Unidad Popular heute erneut an der Spitze der Widerstandsbewegung. Das politische Bewußtsein der Massen, vor allem der Arbeiterklasse, ist hoch. Trotz der schweren Niederlage im September 1973 sind ihr revolutionärer Geist, ihr revolutionäres Potential nicht untergraben. Sie ist die einzige Klasse, die genügend Elan besitzt, um die Führung des antifaschistischen Kampfes zu übernehmen.

Die Reorganisation der Parteien der Unidad Popular zeugt unbestreitbar von ihrer Massenverbundenheit, von ihrer Fähigkeit, auch unter den schwersten Bedingungen zu kämpfen. Die Prüfungen, die der Unidad Popular zuteil wurden, haben innerhalb derselben weder zentrifugale Tendenzen ausgelöst noch zu einer Spaltung geführt. Im Gegenteil, sie haben unseren Block noch mehr gefestigt.

Jedoch sind wir noch dabei, die Einheit aller demokratischen Kräfte zu schmieden. Wie die Herausbildung der antifaschistischen Front vor sich geht, wissen Sie bereits. Ich möchte nur unterstreichen, daß diese Front geschaffen werden kann, wenn sich die breitesten Bevölkerungsschichten in den antifaschistischen Kampf einreihen werden. Das zu erreichen, ist unsere Hauptaufgabe. Alsdann muß eine Alternative zur Diktatur unterbreitet werden. Daher müssen wir bei der Entwicklung der antifaschistischen Massenbewegung gleichzeitig die politische Einheit aller Diktaturgegner anstreben. Das Problem besteht darin, daß breite demokratische Kreise, die dem Block der Unidad Popular nicht angehören und unter dem Einfluß der Christdemokraten stehen, sich zwar immer entschlossener gegen die Militärjunta wenden, aber ein Bündnis mit der Arbeiterklasse ablehnen. Ich glaube, daß die auf der Berliner Tagung unserer Parteien im Juli 1975 angenommenen programmatischen Thesen bei allen demokratischen Kräften des Landes Aufmerksamkeit finden werden, daß eine breite Diskussion unter allen Gegnern des Faschismus die Ausarbeitung des endgültigen Programms für die Einheit zum Ergebnis haben wird. Dieses Programm muß den Aufbau einer neuen Demokra-



Es geht
um ihre Zukunft:
Die Angst ist
der Entschlossenheit
gewichen...

tie in Chile, eines neuen Staates vorsehen, die Politik auf sozialökonomischem Gebiet und auf internationaler Ebene festlegen, um das Land aus der tiefen Krise, in die es die Militärrunta gestürzt hat, herauszuführen.

Frage: In Ihrem Buch "Sich die Lehren der Vergangenheit zu eigen machen, um die Zukunft aufzubauen" schreiben Sie, daß die Bedeutung des Wirkens der Regierung Salvador Allende in Chile das aktuellste Thema sei. Wie wird diese Tätigkeit eingeschätzt?

Antwort: Die drei Jahre Regierungszeit der Unidad Popular sind ein äußerst wichtiger Meilenstein in der Geschichte Chiles, unseres Jahrhunderts. Sie sind den Massen, ungeachtet aller Versuche der faschistischen Propaganda, die Tätigkeit der Unidad Popular zu diskreditieren und damit den Staatsstreich zu rechtfertigen, im Gedächtnis geblieben. Das war eine Periode tiefgreifender sozialökonomischer Umgestaltungen mit deutlich ausgeprägter antiimperialistischer, demokratischer Orientierung. Die Persönlichkeit des ums Leben gekommenen Präsidenten selbst ist für die breiten Massen zum Inbegriff der Siege für die Volksbewegung Chiles geworden. Man erinnert sich mit großer Herzlichkeit des Präsidenten, seine Fotografien werden sorgfältig aufbewahrt.

Im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes müssen wir die Tätigkeit der Volksregierung allseitig analysieren. Anders kommen wir nicht voran. Wir halten die Errungenschaften der Allende-Regierung für Errungenschaften des ganzen Volkes, und jedes einigende antifaschistische Programm muß ihre Rückgabe an die Nation vorsehen. Die Nationalisierung der kupferfördernden Industrie, die Schaffung eines gesellschaftlichen Wirtschaftssektors, die Enteignung der Monopole, die Agrarreform und andere Umgestaltungen müssen nach dem Sturz der Diktatur unbedingt vollzogen werden.

Aber wir müssen auch die Fehler der Unidad Popular sehen. Der Hauptfehler bestand, meines Erachtens, darin, daß der Faktor der Macht im revolutionären Prozeß unterschätzt wurde. Die Revolution kann nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht stärker ist als die gestürzten Klassen. Wir haben die bürgerliche Demokratie, den Professionalismus der Streitkräfte überschätzt und die Bedeutung, die ein günstiges Kräfteverhältnis auf militärischer Ebene für die Volksbewegung hat, unterschätzt. Wir befaßten uns (bis auf wenige Ausnahmen) nicht mit einem zielstrebigem Studium der Streitkräfte, ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung, der ideologischen Konzeptionen, die ihnen ein-

geimpft wurden. Wir waren, wenn Sie so wollen, in Fragen des Staates und insbesondere der Streitkräfte im Bann der bürgerlichen Propaganda.

Wir müssen bereits jetzt aus dieser Erfahrung Lehren ziehen. Der antifaschistische Kampf kann nicht erfolgreich sein, wenn wir nicht über eine ausreichende militärische Kraft verfügen werden. Die Monopolbourgeoisie und der Imperialismus werden die Macht niemals freiwillig abtreten, sie werden sich stets der Armee bedienen, um die eigenen Klasseninteressen zu verteidigen.

Ein anderer Fehler bestand darin, daß wir dem Problem der Bündnisse zuwenig Aufmerksamkeit schenkten, daß wir gegenüber verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht konsequent und flexibel genug waren. Die Volksbewegung, die Arbeiterklasse haben in den Jahren 1970-1973 viele ihrer Verbündeten aus den Reihen der Intelligenz, der Angehörigen freier Berufe, der Kleineigentümer und der mittleren Bourgeoisie verloren. Die Arbeiterklasse geriet in eine relative Isolierung. Der Putsch wurde nicht nur deswegen möglich, weil das militärische Kräfteverhältnis für die Unidad Popular ungünstig war, sondern auch weil sich das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft insgesamt nicht zu unseren Gunsten gestaltete.

Wir verkannten die entscheidende Bedeutung, die die ideologische Tätigkeit, die Verstärkung unseres Einflusses unter den breiten Massen, die Hebung ihres Bewußtseins, die Erläuterung des Programms der Arbeiterklasse unter jenen Schichten, die für uns gewonnen werden konnten, die Entlarvung der antikommunistischen Kampagnen und die Propagierung des Marxismus-Leninismus im politischen Kampf haben. Wir überließen dem Feind freiwillig das Feld der ideologischen Auseinandersetzung unter dem als "Entschuldigung" gedachten Vorwand, daß die Reaktion unvergleichlich größere materielle Möglichkeiten auf diesem Gebiet besitzt.

Diese und andere Probleme bedürfen einer breiten Erörterung. Sie sind nicht nur für die Volksbewegung, sondern auch für alle Kräfte wichtig, die sich gegen den Faschismus wenden. Eine gründliche Analyse sowohl der Errungenschaften als auch der uns unterlaufenen Fehler wird dazu beitragen, breite demokratische Kreise in die antifaschistische Front einzu beziehen.

Frage: Sie sprachen von der Macht als entscheidendem Faktor der Revolution. Wird unter den Militärs gearbeitet?

Antwort: Verbreitet ist die Meinung, daß sich die Putschisten auf eine gewaltige Mehrheit

der Militärs stützten. Das ist sehr relativ. In Wirklichkeit waren breite Kreise der mittleren und unteren Offiziersränge wie auch die meisten Soldaten gegen den Putsch. Aber in jenem Augenblick hatten sie keine Führung; außerdem richteten sich gerade gegen sie die ersten Repressalien. In vielen Truppenteilen trafen die Verschwörer "prophylaktische Maßnahmen", ehe sie diese im Morgengrauen des 11. September auf die Straße führten. Wir wissen von Massenerschießungen unter den Carabinieri. Das gleiche geschah in vielen Truppenteilen der Armee und der Luftstreitkräfte. Damit will ich sagen, daß es am Tag des Putsches in den chilenischen Streitkräften nicht wenig Anhänger der verfassungsmäßigen Ordnung gab.

Heute sind in der Armee positive Wandlungen im Gange. Unter den Militärs wächst die Unzufriedenheit mit der Politik der Diktatur und darüber, wie die Junta das Land regiert. Viele von ihnen sind sich darüber im klaren, daß die Pinochet-Regierung politisch isoliert ist, daß sie die Wirtschaft des Landes ins Chaos gestürzt hat, daß die Weltöffentlichkeit die Junta verurteilt.

Die Erkenntnis, einer gescheiterten Regierung zu dienen, macht die Militärs unsicher, bringt sie auf den Gedanken, daß die Junta nicht lange Bestand haben wird. In Offiziersfamilien wird davon gesprochen, daß die derzeitige Regierung eine zeitweilige ist, daß Veränderungen unausbleiblich sind. Auf die Stimmungen der Militärs wirkt sich auch aus, daß die Armee allgemein abfällig beurteilt wird, weil sie Gendarmeriefunktionen ausübt. Das alles bietet Möglichkeiten, die Militärs, besonders die unteren Offiziersränge und die Soldaten, ideologisch zu beeinflussen. Diese Arbeit ist sehr schwierig, nicht nur weil sie äußerst riskant ist, sondern auch weil in den Streitkräften die antikommunistische Ideologie dominiert. Dennoch ermöglicht das wachsende Unbehagen in den Streitkräften eine breitere politische Propaganda und ideologische Arbeit.

Das Besondere an dieser Arbeit ist, daß wir nicht die Menschen in Militäruniform als unsere Feinde ansehen, sondern lediglich die faschistische Clique, die die Macht usurpiert hat. Im antifaschistischen Kampf ist Platz für alle ehrlichen, demokratisch gesinnten Militärs, für alle, die mit dem Regime unzufrieden sind. (...)

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Heft 1/1976)

Nichts für die Junta – Nichts von der Junta!

Aufruf des ASK

(...) Nach der Liquidierung aller demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte, nachdem sie unter Mißachtung fundamentalster Menschenrechte Tausende chilenischer Patrioten eingekerkert, gefoltert und ermordet hat, hat die Junta die vollkommene Zerrüttung der Wirtschaft des Landes der Bilanz ihrer mehr als zweijährigen Terrorherrschaft hinzugefügt. Die Lebensbedingungen für die große Mehrheit der Bevölkerung haben sich in unerträglicher Weise verschlechtert: verbreitete Hungersnot, steil ansteigende Kindersterblichkeit, Arbeitslosigkeit von über 20%, Inflationsrekorde, Zusammenbruch der Produktion in vielen Industriezweigen, leere Staatskassen, steigende Auslandsverschuldung und ein drastischer Rückgang des Bruttosozialprodukts kennzeichnen heute die Wirtschaftslage des Landes.

Unterdessen kann sich eine winzige Oberschicht ungehindert bereichern. Die wirtschaftliche Hilfe, die einzelne Regierungen und internationale Finanzinstitute noch immer gewähren, dient vor allem einer Erhöhung der Militärausgaben, der Entschädigung von am Putsch beteiligten US-Konzernen und der Ausweitung eines parasitären Luxuskonsums. Das chilenische Volk jedoch geht leer aus.

Angesichts dieser Lage wird die soziale Basis der Junta immer schmaler; breiter wird dagegen die Front ihrer Gegner, immer zahlreicher die erfolgreichen Aktionen des antifaschistischen Widerstandes, an dessen Spitze die Parteien der Unidad Popular und der chilenische Gewerkschaftsbund CUT stehen.

Auch die internationale Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes wird, wie die fast einhellige Verurteilung des Regimes durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen beweist, immer stärker. Die internationale Isolierung der Junta war nie so groß wie heute. Das Regime befindet sich in einer tiefen Krise. Dies wurde nicht zuletzt an den internen Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Militärs deutlich.

In dieser Situation wird die Unterstützung durch das Ausland zu einer der Schlüsselfragen für die weitere Existenz des Pinochet-Regimes. Denn nur noch durch ständige Kredit-spritzen, durch ausländische Wirtschafts- und Militärhilfe hat die Junta die Kraft, ihr Terrorregime aufrechtzuerhalten. Jeder Pfennig, der so der Junta zufließt, verlängert zugleich das Leiden des chilenischen Volkes.

Wir rufen daher alle demokratischen Kräfte unseres Landes auf, jetzt mit aller Kraft dazu beizutragen, einen wirksamen internationalen Boykott der Junta auf allen Ebenen durchzusetzen, um den Sturz des faschistischen Regimes zu beschleunigen. In Übereinstimmung mit den Forderungen der Organisationen des chilenischen Volkes, den Beschlüssen der internationalen Solidaritätskonferenz, die im November 1975 in Athen tagte, sowie den Entschlüssen internationaler Gewerkschaftsgremien rufen wir auf, dafür einzutreten, daß alle diplomatischen, politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Chile der faschistischen Junta abgebrochen werden.

Die Chile-Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik trägt dabei eine besondere Verantwortung. Zahlreiche Unternehmen unseres Landes treiben nach wie vor in so bedeutendem Umfang Handel mit dem Andenland, daß die Bundesrepublik zum Handelspartner Nr. 2 des faschistischen Chile aufrückte. Mehrere Konzerne haben ihre Direktinvestitionen in Chile ausgeweitet. Ihre Zusammenarbeit mit chilenischen Unternehmen wird selbst in der Bundesrepublik fortgesetzt: In Emmerich am Niederrhein entsteht, mit einem



Anfangskapital von 15 Mio DM ausgestattet und abgesichert durch eine Bürgschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, die Deutsche Gießdraht GmbH, an der zu je 40% die staatliche chilenische Kupfergesellschaft Codelco und die Norddeutsche Affinerie Hamburg sowie zu 20% die Hüttenwerke Kayser AG, Lünen, beteiligt sind. Mit Schnellfeuergewehren der Oberndorfer Firma Heckler und Koch, in Thailand in Lizenz hergestellt, werden faschistische Polizeieinheiten in Chile ausgerüstet.

Die Bundesregierung unterstützt die chilenische Militärjunta durch die Stundung fälliger Kreditrückzahlungen und ist an der fortgesetzten Gewährung von Finanzhilfen über internationale Geldinstitute beteiligt. Die Hilfe der Bundesregierung ist jedoch nicht auf die wirtschaftliche und diplomatische Ebene beschränkt: nach wie vor bestehen vertragliche Vereinbarungen über eine militärische Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Offizieren und Soldaten der Junta in Kasernen und Schulen der Bundeswehr.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Institutionen der Bundesrepublik und entsprechenden Einrichtungen in Chile wurden nach dem Putsch vom 11. September 1973 nahezu bruchlos fortgesetzt. Nach wie vor bestehen zahlreiche Verträge zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen unseres Landes und ihren chilenischen Partnern, werden Stipendien an chilenische Wissenschaftler vergeben, die eng mit den herrschenden Militärs zusammenarbeiten, werden Studienreisen und der Austausch von Kulturgruppen mit öffentlichen Mitteln gefördert. Das muß aufhören! (...) Wir appellieren an die demokratischen Organisationen und Parteien, an die Chile-Solidaritätskomitees, an alle Freunde des chilenischen Volkes in unserem Land: Fordert mit uns die Einstellung jeglicher Unterstützung der faschistischen Junta durch die Bundesregierung und Konzerne! Fordert mit uns die Isolierung der Junta auf allen Ebenen zwischenstaatlicher Beziehungen! Organisiert Veranstaltungen und Boykottaktionen! Informiert die Öffentlichkeit unseres Landes über die Notwendigkeit, jetzt die Isolierung des Faschismus in Chile umfassend zu verstärken, um dem chilenischen Volk in seinem schweren Kampf wirksam zu helfen.

Wir rufen dazu auf, die politische und materielle Solidarität mit dem chilenischen Volk zu erneuern und zu verdoppeln, damit alle eingekerkerten chilenischen Patrioten ihre Freiheit wiedererlangen, damit die Menschenrechte und demokratischen Freiheiten in Chile wieder Gültigkeit erlangen, damit die Nacht des Faschismus in Chile ein Ende nimmt!

Der von Fidel Castro den Delegierten des 1. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas im Dezember 1975 vorgetragene Rechenschaftsbericht nahm zu Anfang eine umfassende Einschätzung der Geschichte Kubas und seiner revolutionären Bewegung vor, vom Befreiungskampf gegen die spanischen Kolonialherren zu Ende des 19. Jahrhunderts über den Sieg der Rebellenarmee 1959 bis hin zu den Grundzügen des revolutionären Umwälzungsprozesses in den 60er Jahren und den Abwehrkämpfen gegen die US-Interventionspolitik (siehe AIB Nr. 2/1976).

Der zweite Teil des Dokumentes, den wir in diesem Heft in den wesentlichsten Auszügen wiedergeben, behandelt die einzelnen Teilbereiche des revolutionären Prozesses der letzten eineinhalb Jahrzehnte, der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und innenpolitischen Entwicklung Kubas. Von besonderem Erfahrungswert sind dabei die in Fidel Castros Rede durchgängig im historischen Vergleich (zwischen den Ausgangsbedingungen 1959 und dem heutigen Entwicklungsstand) gehaltenen Betrachtungen zu den ökonomischen u. a. der industriellen und landwirtschaftlichen Umwälzungen, zu bedeutenden sozialen Errungenschaften wie der Alphabetisierung und Gesundheitsversorgung, sodann zur neuen sozialistischen Verfassung und zu den wichtigsten gesellschaftlichen und Massenorganisationen des kubanischen Volkes.

Der dritte Teil des Dokumentes, den wir im nächsten Heft veröffentlichen, beschäftigt sich mit den staatlichen Machtorganen und der außenpolitischen Konzeption Kubas.

Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas

Die Errungenschaften der kubanischen Revolution



Ausbeutergeist und Verschwendung des entwickelten Kapitalismus

Aber kein Land kann sich über die Grenzen, die durch objektive Faktoren gesetzt werden, hinwegsetzen. Und noch etwas muß man hinzufügen: Nicht nur unser Land, sondern die ganze Welt wird damit konfrontiert, daß die traditionellen Energiequellen begrenzt sind, daß sich die Reserven an Mineralien schrittweise erschöpfen, die Umwelt verschmutzt wird, die Bevölkerung stark wächst – in einigen Regionen hat dies schon kritische Ausmaße angenommen – und daß die Nahrungsmittel knapp sind. Natürlich werden diese Probleme noch durch die ungleiche Entwicklung der Nationen, die unglaubliche Verschwendung und Vergeudung durch die kapitalistischen Konsumgesellschaften verschlimmert. Sie haben in das Bewußtsein großer Gemeinschaften eine materielle Lebensweise, Gebräuche und Sitten eingeflößt, die dem sozialen System eigen sind, das sie repräsentieren. Der Überfluß herrscht über das Wesentliche, der Händler- und Ausbeutergeist steht über allem, und der Mensch wird entfremdet und moralisch ruiniert. Das alles ist unvereinbar mit einer rationalen und angemessenen Lösung der geistigen und materiellen Probleme der Menschen. Eine solche Lebensweise widerspricht auch den verhältnismäßig begrenzten Mitteln, die die Natur und die Umwelt dem Menschen bereitgestellt haben, vor allem wenn man an eine gerechte Verteilung des Nutzens der Zivilisation und des Fortschritts für die gesamte Menschheit denkt.

Millionen Menschen leben immer noch in größter Armut, ohne Elektrizität, ohne fließendes Wasser, ohne medizinische Versorgung, ohne Kleider, Schuhe, Nahrungsmittel, angemessene Wohnungen und Ausbildung, während eine Handvoll entwickelter kapitalistischer Länder mehr als 50 % der Weltressourcen verschwendet. Deshalb können kapitalistische Gesellschaften nie Leitbild für das materielle Leben einer entwickelten sozialen Gesellschaft sein. Es gibt auch keine Lösung für diese, die Menschheit bedrängenden Probleme außer auf der Grundlage des So-

zialismus im Weltmaßstab.

Wenn die Lehren von Marx, Engels und Lenin nicht wahrheitsgemäß bewiesen hätten, daß die kapitalistische Gesellschaft aufgrund der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft historisch dazu verurteilt ist zu verschwinden, müßte man zu dem gleichen Schluß durch eine einfache arithmetische und logische Analyse kommen; eine Betrachtung der begrenzten natürlichen Ressourcen, des Bevölkerungswachstums, der Verschwendung und Unordnung, die der kapitalistischen Gesellschaft innewohnen, führt zu der unvermeidlichen Konsequenz, rationale Lösungen für die Probleme zu finden, die die Menschheit bedrängen.

Wir würden unser Land täuschen, wenn wir unserem Volk weismachen wollten, daß wir, obwohl wir Herr über unser eigenes Schicksal auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und frei von imperialistischer Bevormundung sind, grenzenlosen Zugang zu Reichtum und Überfluß für unsere Gesellschaft haben werden. Die erste Begrenzung liegt in den natürlichen Ressourcen der physikalischen Umwelt, in der unser Volk lebt, dazu kommt die landwirtschaftliche Basis, von der wir ausgehen, der technologische und kulturelle Entwicklungsstand, den wir erreicht haben und die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten der Welt, in der wir leben.

Sozialismus ist mehr als materielles Wohlergehen

Aber es gibt auch eine Begrenzung moralischer Natur; selbst wenn es möglich wäre, kann ein Volk es sich nicht leisten, nur über das eigene materielle Wohlergehen nachzudenken, ohne die Probleme und Schwierigkeiten anderer Länder zu beachten.

Gemäß unserem kommunistischen Bewußtsein ist und sollte es das gerechte und edle Ziel unseres Volkes sein, den materiellen Lebensstandard durch hingebungsvolle Arbeit zu erhöhen, indem wir auf die natürliche Umwelt, in der wir leben, Einfluß neh-

men. Aber zur gleichen Zeit müssen wir bedenken, daß diese Umgebung begrenzt ist, daß jedes Gramm Reichtum der Natur unter Anstrengungen abgerungen werden muß; daß materielle Güter dazu da sind, die realen und angemessenen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen; daß überflüssige Dinge abgeschafft werden sollten; und daß unsere Gesellschaft nicht durch absurde Konzepte, Gewohnheiten und Abschweifungen geführt werden kann, mit denen das kapitalistische Produktionssystem die Welt verseucht hat.

Das wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, daß unser Land aus großer Armut aufbrach, daß es den Massen an den grundlegendsten Dingen fehlte; darum sollten wir nie übermäßigem Ehrgeiz freien Lauf lassen über die Grenzen der realen Möglichkeiten und der moralischen Prinzipien unserer Revolution hinaus.

Sozialismus bedeutet nicht nur materiellen Reichtum, sondern auch die Gelegenheit, dem Volk einen größeren Teil des kulturellen und geistigen Reichtum zugänglich zu machen, einen Menschen mit dem tiefen Gefühl für menschliche Solidarität heranzubilden frei von Selbstsucht und Gemeinheit, die die Menschen im Kapitalismus herabsetzen und unterdrücken.

Wir sollten niemals den Verschwendungsgeist fördern, den Egoismus, etwas zu wollen, das wir nicht wirklich brauchen oder die Eitelkeit des Luxus und der ungesunden Begierden. Wir sollten niemals der vulgären Mentalität und einfältigen Eitelkeit der kapitalistischen Konsumgesellschaft verfallen, die die Welt ruinieren. Unsere Pflicht ist es, unsere ganzen Energien und Mittel – die begrenzt sind – darauf zu konzentrieren, mit bestimmten Prioritäten den Reichtum und die Dienste zu schaffen, die uns eine schrittweise Verbesserung der materiellen und kulturellen Basis für unser Volk sichern und die uns gleichzeitig erlauben, als Bürger einer neuen Welt zu denken, zu handeln und unsere Verpflichtungen zu erfüllen.

Die ökonomische Entwicklung 1976–1980

Durch die realistische Analyse unserer Möglichkeiten schlagen wir dem Parteitag vor, die durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate auf ca. 6 % jährlich für die nächsten fünf Jahre festzulegen. Das ist keine übertriebene Zahl; sie liegt sogar noch unter der, die wir in der Periode von 1971 bis 1975 erreichten. Aber unsere Ausgangsbasis ist heute höher. 6 Prozent von 100 ist nicht dasselbe wie 6 Prozent von 160. Das bedeutet, daß wir 1980 ein Bruttosozialprodukt haben werden, das um 34 % über dem von 1975 liegt. In nur 11 Jahren wird sich die Wirtschaftskapazität des Landes verdoppelt haben.

Es sollte noch bedacht werden, daß gemäß der sozialistischen Verfahrensweise nur die materielle Produktion in den Wachstumsraten berücksichtigt ist. Dienstleistungen wie Ausbildung und Gesundheitsversorgung sind nicht wie in den kapitalistischen Ländern im Bruttosozialprodukt enthalten. Andernfalls wären die jetzigen und für die kommenden fünf Jahren veranschlagten Wachstumsraten wesentlich höher, wenn wir die reichhaltigen Ressourcen und die gut bekannten, durch die Revolution erreichten materiellen und menschlichen Investitionen mit aufzählen würden.

Die Möglichkeit, solche Wachstumsraten in den nächsten fünf Jahren zu erreichen, ist für unsere Revolution sehr befriedigend, denn es herrscht eine Situation in der Welt, in der die wirtschaftliche Produktion vieler Länder – mit Ausnahme der sozialistischen Staaten – stagniert oder abnimmt.

Die Grundlagen, auf denen der Fünfjahrplan formuliert werden wird, sind in den Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden fünf Jahre – von 1976 bis 1980 –, die dem Kongreß vorgelegt werden, enthalten. Wir können hinzufügen, daß die Richtlinien nach den bisherigen Kriterien ausgearbeitet wurden und auf realistischen Möglichkeiten basieren.

Die Vorbereitungskommission des Parteitages hat sehr darauf geachtet, daß alle Beschlüsse, die der Partei übertragen wurden, erfüllt werden. In jedem Fall werden wir es eher auf uns nehmen, die Aufgaben überzuerfüllen, als das Risiko, irgendwelche, durch den Kongreß gefaßten Beschlüsse später nicht zu erfüllen. Das Wort der Partei soll heilig sein, und wir alle haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das so ist.

Der Industrialisierungsprozeß unseres Landes wird während der nächsten Fünfjahrperiode bedeutend beschleunigt werden. Während der ersten Jahre der Revolution hatten wir keine andere

Wahl, als uns auf die landwirtschaftliche Produktion zu konzentrieren. In dieser Etappe werden wir größte Aufmerksamkeit der Landwirtschaft widmen, aber das Hauptgewicht wird auf der Industrialisierung liegen. Für die meisten, in dieser Periode zu bauenden Fabriken wurden die Verträge schon unterzeichnet, bei den anderen stehen wir in Verhandlungen.

Das Hauptgewicht auf die Industrialisierung

Dieses Industrialisierungsprogramm wird noch nicht alle Schwierigkeiten lösen, aber es bedeutet einen wichtigen Fortschritt. Unter anderem beinhalten die Direktiven eine Erhöhung der Zuckerproduktion von 35% auf 40%, so daß wir bis 1980 ein stabiles Produktionsvolumen von 8 bis 8,7 Mio t Zucker erreichen dürften. Wie man sieht, ist das ein geringerer Betrag als der, den wir uns in dem Jahrzehnt vor 1970 gestellt hatten, aber er ist viel realistischer. Zweckgebundene Investitionen werden getätigt, um vorhandene Einrichtungen wiederherzustellen, zu vereinigen oder zu erweitern, darunter fällt der Wiederaufbau mehrerer Zuckermöhlen und der Bau von neuen Werken. 10 Betriebseinrichtungen für die Produktion von Eiweiß für Tiernahrung aus Melasse mit einer Kapazität von fast 10 000 t pro Betrieb werden fertiggestellt werden.

Das System der Verladung von Iosem und in Säcken verpacktem Zucker wird vervollständigt werden. Das Automationsprogramm wird fortgesetzt und die Produktivität in diesem Bereich um mehr als 40% ansteigen.

Die Erzeugung von elektrischem Strom wird um über 35% gesteigert. Neue thermo-elektronische Einheiten mit einer Gesamtleistung von 900 000 kw, die zur Zeit konstruiert oder unter Vertrag sind, werden in Betrieb gesetzt. In nur fünf Jahren wird die Kapazität der neuen Einrichtungen fast drei mal so hoch sein wie vor der Revolution. Das nationale Hochspannungsnetz wird mit 220 000 Volt betrieben. Der Bau des ersten 880 000 kw Atomkraftwerkes wird unternommen, das garantiert eine Übereinkunft mit der UdSSR.

In der chemischen Industrie werden die Kapazitäten für die Ölverarbeitung vergrößert und mit dem Bau einer neuen Ölraffinerie begonnen. Die Produktion von Stickstoffdünger wird beträchtlich steigen, und die Arbeiten für eine neue Produktionsstätte werden in Angriff genommen.

Die Produktion von neuen Glasbehältern wird ausgeweitet und eine neue Fabrik mit größeren Kapazitäten gebaut.

Die Papierherstellung wird erhöht und die Qualität des Papiers zunehmen. Die vorhandenen Betriebe werden ausgebaut, und es wird ein Kombinat errichtet, das 60 000 t Papier einstampfen und 80 000 t Papier herstellen kann.

Die Reifenproduktion wird ausgeweitet und eine neue Fabrik mit höherem Ausstoß ist geplant.

Die 2 Nickelfabriken werden umgebaut und ihre Kapazitäten erweitert. Zwei neue 30 000 t Fabriken werden erbaut, eine mit Hilfe der UdSSR, die andere mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die Leistung der nicht Eisen verarbeitenden metallurgischen Industrie wird um mindestens 90% angehoben. Die Produktion von Wellblechen für Bauvorhaben und andere Zwecke wird um 75% wachsen, die hierfür notwendigen Investitionen wurden bereits vorgenommen.

Technische und wirtschaftliche Studien werden vervollständigt und die Arbeit am Bau eines integrierten Eisen- und Stahlwerkes wird aufgenommen. Die Arbeitsproduktivität in der Stahlproduktion wird um 45% ansteigen.

Ein modernes Werk für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte wird fertig ausgebaut. Ein Werk für die Produktion von Zuckerrohrschneidern wird die Arbeit aufnehmen, das eine Produktionskapazität von 600 Maschinen pro Jahr erreichen wird.

Während der nächsten Fünfjahrperiode werden 9000 Busse in den bereits erstellten zwei Werken gebaut, und die Produktion von anderen Transportmitteln wird anwachsen.

Die Investitionen werden solange gesteigert, bis die Produktion von 100 000 Fernsehgeräten und 300 000 Radios pro Jahr erreicht ist.

2 große moderne Zementfabriken, die die Produktionskapazität auf über 5 Mio t steigern, werden fertiggestellt und die Produktion aufnehmen. Die Herstellung von Baumaterial und vorgefertigten Elementen wird verdoppelt.

3 neue moderne Textilfabriken werden errichtet – 2 davon sind bereits unter Vertrag. Die bereits existierenden Produktionsstät-



Düngemittelwerk Cienfuegos

ten werden durch Vergrößerung und Modernisierung ihre Leistung beträchtlich erhöhen.

2 neue Fabriken der Möbelindustrie werden ihre Arbeit aufnehmen.

Neue Pasteurisierungsbetriebe und Betriebe für die Herstellung von Yoghurt werden gebaut.

2 neue Getreidemöhlen werden in dieser Periode errichtet und mit der Arbeit beginnen.

7 Zuckerfabriken, die bereits gekauft wurden, eine Traubenzuckerfabrik und verschiedene andere Fabriken zur Herstellung von Hafer- und Getreidemehl und Cornflakes werden bald erbaut.

1980 wird die Kapazität des Fischfangs 350 000 t erreichen, das bedeutet eine Verdoppelung der jetzigen Fangkapazität. Die Fischverarbeitungsindustrie wird mechanisiert und ihre Produktion durch die Inbetriebnahme eines neu geplanten Werkes mit einer Verarbeitungskapazität von 60 000 t pro Jahr beträchtlich anwachsen.

Einige neue Holzfabriken sind zu gründen, die die Rückstände des Zuckerrohrs als hauptsächliches Rohmaterial verarbeiten.

2 moderne Druckereien müssen gebaut werden und ihre Arbeit aufnehmen.

Diese Aufzählung umfaßt noch nicht alle, jedoch die wichtigsten Projekte auf dem Gebiet der Industrie. Einige von ihnen sind bereits verwirklicht oder in Auftrag gegeben.

Größte Aufmerksamkeit für die Landwirtschaft

Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Landwirtschaft widmen. In den nächsten fünf Jahren werden wir nicht weniger als eine Million Hektar Land – Weideflächen eingeschlossen – kultivieren. Die Arbeitsproduktivität wird um 35% über der von 1975 liegen.

Der Zuckerrohranbau muß der oben angegebenen Zuckerproduktion angepaßt werden. Das bedeutet, daß die Anbauflächen auf 1,7 Mio Hektar oder auf fast 127 000 Caballerias anwachsen müssen. 1980 muß 60% des Schnitts mechanisiert sein, die Zuckerrohrpflanzung für die neuen Mühlen hat zu beginnen.

Das Zitrusprogramm muß vorangetrieben werden. Die Reisangebiete sind genau festzulegen und zu entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit sollte auf die technische Ausrüstung gelegt werden, um sicher zu stellen, daß der Konsum der Bevölkerung durch die nationale Produktion gedeckt werden kann.

Die Produktion von Tabak muß gesteigert und das Programm zur Verbesserung der Kaffeepflanzungen ausgeführt werden.

Die Gemüseproduktion wird 1980 1,5 Mio t erreichen, das ist fast 50% mehr als 1975.

Die Milchproduktion wird zu dieser Zeit um 80% über der von 1975 liegen.

Die Viehaufzucht ist zu entwickeln, ihre Struktur zu verbessern und die Aufzucht von Kühen zu erhöhen

Die Eierproduktion soll 2 Mrd Stück pro Jahr erreichen und das zum Verkauf bestimmte Geflügel soll den derzeitigen Stand von 40 000 t um 85% übersteigen.

Die Schweineproduktion soll 80 000 t Lebendgewicht erreichen, das bedeutet eine Verdoppelung der gegenwärtigen Zahl.

Viel Aufmerksamkeit wird den agrotechnischen Einrichtungen geschenkt: der Erhöhung der Samenqualität, der tierärztlichen Versorgung, dem Pflanzenschutz, den Bodenproben und den agrochemischen Laboratorien. Die steigenden Wasserressourcen des Landes sind so rationell wie möglich zu nutzen. Das geschieht durch Ausnutzung der Dämme und Kleindämme, Brunnen und Bewässerungssysteme. Das Aufforstungsprogramm wird weitergeführt. (...)

Fehler in unserer Arbeit

An dieser Stelle muß man jedoch auch über Fehler sprechen. Jede Revolution hat ihre utopischen Phasen, in denen die Vorkämpfer der Revolution, wenn sie an die ruhmvolle Aufgabe gehen, ihre Träume Wirklichkeit werden zu lassen und ihre Ideale in die Tat umzusetzen, glauben, daß sie ihren historischen Zielen viel näher seien und daß sich der Wille, die Wünsche und Absichten der Menschen über die objektiven Tatsachen hinwegsetzen und alles Beliebige erreichen könnten. Damit will ich nicht sagen, daß Revolutionäre keine Träume oder keinen festen Willen haben sollen. Ohne Träume und Utopien gäbe es keine Revolutionäre. Manchmal geben die Menschen auf, weil sie Hindernisse für den Überwindlich halten, die es in Wirklichkeit nicht sind. Unsere eigene Geschichte zeigt uns, daß Schwierigkeiten, die unüberwindbar schienen, doch bezwungen werden konnten. Aber ein Revolutionär muß auch ein Realist sein, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Geschichte und der gesellschaftlichen Entwicklung handeln; er muß aus der unerschöpflichen Quelle der politischen Wissenschaft und der weltweit gesammelten Erfahrungen die Kenntnisse schöpfen, die unerläßlich sind, um revolutionäre Prozesse zu leiten. Man muß auch wissen, wie

man aus den Tatsachen und den Realitäten Lehren zieht.

Manchmal ist eine utopische Einstellung auch begleitet von einer gewissen Verachtung der Erfahrungen aus revolutionären Prozessen anderer Länder.

Der Keim des Chauvinismus und des Kleinbürgertums, mit dem diejenigen von uns behaftet sind, die auf nur intellektuelle Art auf die Wege der Revolution gelangt sind, führt – manchmal unbeußt – zu einer Selbstüberschätzung und Selbstzufriedenheit.

Zweifellos hat die kubanische Revolution einen wichtigen Beitrag für die revolutionäre Weltbewegung geleistet. Die Tatsache, daß es die erste sozialistische Revolution in diesem Teil der Welt war, verleiht ihr eine gewisse Auszeichnung vor der Geschichte. Ihren Beitrag hat sie durch die Ereignisse selbst geleistet, aber unsere Revolution hat auch die revolutionäre Theorie durch ihre Praxis, ihre Initiativen und ihr Beispiel bereichert.

Jedoch hat sich die kubanische Revolution nicht von Anfang an die reichen Erfahrungen anderer Völker zunutze gemacht, die schon lange vor uns mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen hatten. Wären wir bescheidener gewesen, hätten wir nicht eine so übermäßig hohe Meinung von uns selbst gehabt, dann hätten wir verstanden, daß die revolutionäre Theorie in unserem Land nicht genügend entwickelt war und daß es uns in Wirklichkeit an gut ausgebildeten Ökonomen und Wissenschaftlern des Marxismus mangelte, die wir gebraucht hätten, um tatsächlich bedeutende Beiträge zur Theorie und Praxis des Aufbaus des Sozialismus zu leisten. Wir hätten dann mit der Bescheidenheit, die Revolutionären ansteht, nach allem gesucht, was wir aus diesen Quellen hätten lernen und auf die besonderen Bedingungen unseres Landes hätten anwenden können. Das bedeutet natürlich nicht, daß man auf eine klare Analyse der Besonderheiten unserer Lage und unserer Wirtschaft hätte verzichten sollen, um dann in jedem einzelnen Fall das anzuwenden, was für uns brauchbar ist und das zurückzuweisen, was nicht anwendbar ist. Es geht nicht um Nachahmung um jeden Preis, sondern darum viele nützliche Erfahrungen auf dem Gebiet der Leitung der Wirtschaft korrekt anzuwenden. Um es zusammenzufassen, der Marxismus-Leninismus ist eine Wissenschaft, die durch die Praxis der Völker, die den Sozialismus aufbauen, außerordentlich bereichert wird. Die kubanischen Revolutionäre können ebenfalls zu diesem Erfahrungsschatz beitragen, aber wir können die Beiträge der anderen nicht ignorieren. Trotz unserer besonders schwierigen Bedingungen – wegen der Wirtschaftsblockade und der Unterentwicklung unseres Landes – hätte es uns sehr geholfen, wenn wir es klug verstanden hätten, uns jene Erfahrungen anzueignen.

Wirtschaftsmethoden waren nicht bestmögliche

Ohne jeden Zweifel sind wir in all den Jahren der Revolution außerordentlich vorangekommen. Sehr ehrgeizige Pläne konnten verwirklicht werden. Große Fortschritte wurden in der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und beim Aufbau von infrastrukturellen Einrichtungen erzielt und in den letzten Jahren vollziehen sich diese Fortschritte in noch größerem Tempo.

Es muß aber auch gesagt werden, daß in vielen Fällen die vorhandenen Mittel unzureichend eingesetzt wurden. Die Leitung unserer Wirtschaft war nicht so leistungsfähig, wie sie hätte sein können. Die angewandten Methoden der Wirtschaftsführung waren nicht die bestmöglichen. Im allgemeinen haben unsere Verwaltungskader nicht das notwendige Bewußtsein für Wirtschaftlichkeit, kümmern sich nur ungenügend um die Fragen der Kosten und der Produktivität. Es läßt sich nicht mehr schätzen, was uns dieses mangelnde Bewußtsein für Wirtschaftlichkeit an zusätzlichen Arbeitsstunden und zusätzlichem Materialverbrauch gekostet hat und immer noch kostet.

Bei der Führung unserer Wirtschaft haben wir zweifellos idealistische Fehler begangen und zeitweise auch die Tatsache ignoriert, daß es objektive ökonomische Gesetze gibt, an die auch wir uns halten müssen.

In den ersten Jahren, als wir mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, gab es nebeneinanderher zwei Systeme der Wirtschaftsführung: die Haushaltsfinanzierung, die in der Industrie vorherrschte, und die wirtschaftliche Rechnungsführung, die teilweise in der Landwirtschaft, im Außenhandel und bei einem

kleineren Teil der Industriebetriebe eingeführt wurde.

Um 1961 mit der Zuckerernte fertigzuwerden, war es notwendig, einen zentralen Fonds zur Finanzierung der Ernte einzurichten. Dieser Fonds war der Ausgangspunkt für das System der Haushaltsfinanzierung, das von Che Guevara propagiert und in der Industrie angewandt wurde und einen wichtigen Versuch darstellte, eine zentrale Planung einzuführen, ein System der Rechnungsführung und Wirtschaftsstatistik auch für die untersten Einheiten zu entwickeln und den Einsatz der knappen Fachkräfte und moderner Kontroll- und Verwaltungstechniken zu steuern. In diesem System wurden vor allem die Kosten genau kontrolliert; Produktionseinheiten mit gemeinsamer Technologie zu Gemeinschaftsunternehmen zusammengefaßt, über die so eine sehr strenge Verwaltungskontrolle gewährleistet war. Jedoch war das System der Haushaltsfinanzierung, wie sich herausstellte, ohne Zweifel hoch zentralisiert und machte nur wenig Gebrauch von anderen Methoden wie ökonomischen Hebeln, Marktbeziehungen und materiellen Anreizen.

Die Schwierigkeiten der Wirtschaftsführung

Die Besonderheiten der Landwirtschaft, ihre große Abhängigkeit von natürlichen Faktoren machten es notwendig, den unteren Einheiten ein höheres Maß an Autonomie zu geben; daher empfahl es sich, ein System wirtschaftlicher Rechnungsführung, das ein geringeres Maß an Zentralisierung mit sich brachte, einzuführen.

Trotzdem waren in der Landwirtschaft die notwendigen Produktionsmittel nicht immer gesichert. Ständig mußten Subventionen aus dem Staatshaushalt gewährt werden; die Kontrolle durch die Banken war nur gering; Kredite wurden im allgemeinen automatisch gewährt; und es gab keinen Fonds für materielle Anreize, der aus den Ergebnissen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe finanziert worden wäre. Aus diesen Gründen funktionierte das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung nur teilweise und in sehr begrenztem Umfang. Zu Beginn der Revolution hatte man kurz darüber diskutiert, welches der beiden Systeme geeigneter sei. Aber da es keine profunde Analyse gab, kam es zu keinem Beschluß, so daß mehrere Jahre lang beide Systeme nebeneinander bestanden.

Tatsache ist, daß kein einheitliches System der Wirtschaftsführung für die gesamte Wirtschaft existierte, und unter diesen Umständen trafen wir die weniger richtige Entscheidung – nämlich, uns ein neues Verfahren auszudenken.

Aufgrund einer idealistischen Interpretation des Marxismus versuchten wir, abweichend von den praktischen Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder eigene Methoden zu finden.

In der Folgezeit wurde ein Leitungssystem eingeführt, das von wirtschaftlicher Rechnungsführung weit entfernt war, wie sie in den sozialistischen Ländern üblich ist, aber auch vom System der Haushaltsfinanzierung, das wir in Kuba in der Praxis zu erproben begonnen hatten; gleichzeitig wurde ein neues System für die Aufzeichnung wirtschaftlicher Vorgänge eingeführt, nachdem man im Verkehr zwischen den einzelnen Einheiten des staatlichen Sektors alle Formen von Waren und alle Gebühren und Zahlungen abgeschafft hatte. Einigen von uns waren diese Dinge zu kapitalistisch vorgekommen, weil wir nicht verstanden, warum es notwendig ist, bestimmte Formen von Warenbeziehungen auch zwischen Staatsbetrieben aufrechtzuerhalten. Der Staatshaushalt wurde abgeschafft, Geldmittel wurden nur noch für die Bezahlung der Löhne und Gehälter, für Kredite und Verkaufsbeziehungen mit dem privaten Sektor der Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

In der Praxis wurden die Gebühren und Zahlungen im 1. Halbjahr 1967 abgeschafft. Ende 1967 wurde die bisherige Form der Buchführung durch das neue System ersetzt.

Bereits Ende 1965 waren das Finanzministerium aufgelöst und die Nationalbank reorganisiert worden. Der letzte Haushalt, der aufgestellt wurde, galt für das Jahr 1967, aber seine Durchführung wurde nicht mehr kontrolliert, da am Ende des 1. Halbjahres 1967 Zahlungen und Gebühren eingestellt worden waren. Gleichzeitig zeichneten sich weitere Tendenzen ab. Die Politik der unentgeltlichen Beziehungen – die in einigen Fällen nicht zu rechtfertigen war – wurde 1967 weitergeführt und erreichte 1968/69 ihren Höhepunkt.

Seit 1968 stand die Löhnhöhe nicht mehr im Verhältnis zum Verkaufserlös der erzeugten Produkte. Es wurde eine Arbeitszeitregelung propagiert, die von dem Bewußtsein der Werktätigen ausging, wobei auf die Bezahlung von Überstunden verzichtet werden sollte. 1967 wurden die Zinsen für Darlehen und die Steuern, die von den Bauern erhoben worden waren, abgeschafft. Als letzte Steuer wurde am 7. Juli desselben Jahres die Zuckerrohrsteuer aufgehoben. Dadurch, daß man darauf verzichtete, die Entlohnung nach der geleisteten Arbeit zu bemessen, kam es zu einer merklichen Erhöhung des Geldumlaufes, während gleichzeitig einzelne Güter und Dienstleistungen knapper wurden, was günstige Bedingungen für solche Erscheinungen wie Fernbleiben von der Arbeit, mangelnde Arbeitsdisziplin schuf, ja geradezu dazu verleitete.

Das Problem der Wirtschaftlichkeit

Gleichzeitig war es notwendig, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die dringendsten sozialen und menschlichen Bedürfnisse des Landes zu befriedigen und die Entwicklung unter den Bedingungen der Blockade weiterzuführen. Bei den genannten Maßnahmen ließ es sich aber nicht vermeiden, daß in dieser Phase der Revolution der Geldumlauf anstieg. Man hätte glauben können, daß wir uns stärker kommunistischen Formen der Produktion und Verteilung annäherten, aber in Wirklichkeit entfernten wir uns von den richtigen Methoden des Aufbaus des Sozialismus, der dem Kommunismus vorausgeht.

Die angewandten Methoden trugen keineswegs dazu bei, ein Bewußtsein für Wirtschaftlichkeit zu wecken.

Als dieses System eingeführt wurde, hörten unsere Verwaltungskader, die noch wenig Erfahrung bei der Leitung der Wirtschaft gesammelt oder sich nie um Kosten gekümmert hatten, vollends auf, diesen Gradmesser zu beachten bei dem Einsatz der Arbeitskraft und des Materials überhaupt; sie richteten ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Produktionsziffern während die Erfüllung oder Nichterfüllung der Pläne keinerlei Einfluß auf das Kollektiv eines Betriebs hatte.

1967 wurden an der Universität die Studien der politischen Ökonomie des Sozialismus und der Studiengang über die wirtschaftliche Rechnungsführung abgeschafft.

Die Zahl der Studenten am Institut für Wirtschaftswissenschaften, die während des Studienjahres 1964/65 noch 4818 betragen hatte, sank auf 1338 im Studienjahr 1969/70 und erst im darauffolgenden Jahr war wieder ein relativer Anstieg zu verzeichnen.

Negative Tendenzen auch auf politischem Gebiet

Während dieser Zeit wurden auch auf politischem Gebiet Fehler begangen. Bereits 1962 waren Erscheinungen des Sektierertums aufgetreten, aber sie wurden rechtzeitig analysiert und überwunden. Jetzt machten sich andere negative Tendenzen bemerkbar:

- Das Studium des Marxismus-Leninismus ging seit 1966 zurück;
- Seit 1965 trat einige Verwirrung hinsichtlich der Funktion von Partei und Staat auf;
- Zwischen 1967 und 1970 konzentrierte die Partei ihre Aufmerksamkeit zu sehr auf die Verwaltung und übernahm in vielen Fällen deren Funktionen;
- die Gewerkschaften spielten nicht mehr die ihnen zukommende Rolle, und vor allem ausgehend vom 12. Kongreß 1966 entwickelte sich eine Bewegung der Vorhut der Arbeiterklasse, die praktisch die Gewerkschaftsbewegung ersetzte;
- ganz allgemein nahm die Bedeutung der Massenorganisationen ab.

Die Tatsache, daß unsere Partei Mängel in den Führungsebenen aufwies, beeinflusste die Entwicklung in diesen Fragen, obwohl die Mitglieder kämpferisch eingestellt und begeistert bei der Sache waren, und die Mitgliederzahl seit der Gründung der Partei – auf der Grundlage der Vereinigung der Kräfte der drei Organisationen – ständig gestiegen war und obwohl 1965 das Zentralkomitee geschaffen worden war. Nach der Kritik am Sektierertum wurde die meiste Energie dem Aufbau und der Entwicklung der Grundorganisationen gewidmet, aber dem Zentralkomitee stand praktisch kein Apparat zur Verfügung.

Jahrelang war die Tätigkeit der Partei vom Organisationssekre-

teriat angeleitet worden. Das Politbüro war als höchste Instanz der Partei tätig, während das Zentralkomitee seine Funktionen praktisch nicht wahrnahm. Außerdem beriet das Politbüro – das sich aus Genossen zusammensetzte, die auch zahlreiche staatliche Funktionen innehatten – die wichtigsten politischen Fragen, aber in der Leitung der Partei und des Staates gab es kein wirklich systematisches Vorgehen.

Wir wären keine ehrlichen Revolutionäre, wenn in einem Rechenschaftsbericht über die Revolution vor diesem 1. Parteitag nicht auch offen ausgesprochen würde, daß wir nicht immer in der Lage waren, anstehende Probleme rechtzeitig zu entdecken, Fehler zu vermeiden, Versäumnisse zu überwinden und uns stets genau an die Arbeitsmethoden zu halten, die der Führung und der Arbeit der Partei zugrundeliegen sollten. Weil das revolutionäre Werk unseres Volkes von Dauer sein soll und die Partei dafür der beste Garant ist, müssen die jetzigen und künftigen Generationen der Kommunisten wissen, daß es diese Mängel gab und daß im Verlauf der Revolution diese Fehler begangen wurden. Bei der Gestaltung der Geschichte spielen wir Menschen – unabhängig von den objektiven Gesetzen – unsere eigene Rolle, und niemand kann uns von den Fehlern lossprechen, die wir begangen haben. Wie ein bedeutender Lehrer einmal gesagt hat, gibt uns nur die Wahrheit das Recht, die Toga der Weisheit anzulegen.

Wir haben diese Fehler aufgezeigt mit der gleichen Überzeugung, mit der wir daran festhalten, daß unsere Organisation schon heute eine große Partei ist voll Mut und Stärke, die im Feuer einer außerordentlichen Revolution geschmiedet wurde, die diese Schwierigkeiten hinter sich gelassen hat und die auf der Grundlage sehr fester Regeln und Prinzipien, mit eiserner, strenger Disziplin, makelloser Reinheit und heldenhaftem Kampfgeist unser Volk in eine würdige, wunderbare Zukunft führen wird. Unser historischer Parteitag ist dafür der beste Beweis.

Darlegung der Kritik vor dem Volk

Zur Analyse der augenblicklichen Situation sagten wir am 20. Mai 1970:

„Wir müssen zu all den Fragen zurückkehren, die bei der Kritik des Sektierertums aufgeworfen wurden: Wie die Partei arbeiten muß, was Massenorganisationen sind, wie wichtig sie sind. Denn die Partei ist keine Massenorganisation; die Partei wählt aus, die Partei ist eine Vorhut...“

Die Partei muß eine Auswahl der Entschlossensten sein, sie muß ständig bemüht sein, sich auf die Besten unserer Arbeiterklasse zu stützen, und die Partei muß sich um die Entwicklung der Massenorganisationen kümmern, wurde damals festgestellt, statt selbst zu einer Massenorganisation zu werden.

Wir müssen den politischen Apparat stärken. Die Partei ist nicht dazu da zu verwalten: Sie muß führen, leiten, Initiator sein, Unterstützung geben, sie gewährleistet überall die Erfüllung der Pläne, die Führung der Revolution.“

Die bisherigen Fehler und der künftige Kurs wurden am 26. Juli 1970 vor dem ganzen Volk dargelegt.

Am 28. September dieses Jahres gingen wir besonders auf diese Frage ein und erklärten:

„In diesem Augenblick sind wir besonders bemüht, die Organisationen unserer Arbeiter so gut wie möglich zu entwickeln. Da in den letzten beiden Jahren unsere Arbeiterorganisationen in ihrer Arbeit nachgelassen haben, wobei die Schuld nicht bei den Organisationen und an den Arbeitern liegt, sondern bei uns, der Partei, der politischen Führung des Landes...“

Das war das Ergebnis idealistischer Vorstellungen und durch die Schaffung einer Organisation, deren Wichtigkeit wir nicht bezweifeln, der Organisation der Vorhut der Arbeiter, wurde die Arbeiterbewegung insgesamt vernachlässigt. Auch wurden in gewissem Maße Partei und Verwaltung gleichgesetzt, was die Lage noch komplizierte...“

Die Rolle unserer Partei – das sollte man gut verstehen – kann nicht und niemals darin bestehen, daß sie die Verwaltung oder die Massenorganisationen ersetzt; vielmehr muß sie diese gewaltige Revolution der Massen anleiten.“

Die Schwierigkeiten haben wir vor der Bevölkerung klar dargelegt. Es fanden wichtige Zusammenkünfte der Parteiführung und große Produktionsversammlungen überall im Lande mit Vertre-

tern der Arbeiter und Betriebsleitungen statt.

1970 wurde ein ununterbrochener Aufschwung an allen Produktionsfronten der Revolution eingeleitet, wobei es folgende Maßnahmen besonders hervorzuheben gilt:

- Die Wiederbelebung und Stärkung der Massenorganisationen, vor allem der Gewerkschaften;
- die Stärkung der Partei und eine klare Abgrenzung ihrer Funktionen von denen des Staates und der Massenorganisationen;
- die Stärkung des Staatsapparates;
- die Angleichung der Löhne an die Produktionsergebnisse und weitere Maßnahmen, die sich aus dem historischen 13. Kongreß Zentrale der Werktätigen Kubas (CTC) ergaben und deren Ergebnisse bereits sichtbar sind;
- die Einschränkung ungerechtfertigter kostenloser Leistungen auf ein Minimum und weitere Maßnahmen, die dazu beitrugen, unsere inneren Finanzen in Ordnung zu bringen;
- die teilweise Wiedereinführung wirtschaftlicher Kontrollen, mit besonderer Betonung der Rechnungsführung und der Senkung der Kosten;
- Einschränkung des überhöhten Geldumlaufs durch verstärkte Produktion von Konsumgütern und verbesserte Dienstleistungen, Bereitstellung langlebiger Konsumgüter und Preiserhöhungen für nicht lebensnotwendige Güter wie alkoholischer Getränke, Zigaretten und Zigarren.

ren, die keine Schule besuchten, betrug 52, 43,7 bzw. 37,6 %. Nur 17 % in der Altersgruppe zwischen 15 und 19 Jahren erhielten irgendeine Form der Ausbildung. Im Durchschnitt erreichte das Bildungsniveau der über 15jährigen nicht einmal das eines 3. Schuljahres.

Fünf Jahre später, im Jahr 1958 läßt sich der traurige Zustand im Bildungswesen an folgenden vier Zahlen ablesen:

- eine Million Analphabeten;
- über eine Million Beinahe-Analphabeten;
- 600 000 Kinder ohne Schulen;
- 10 000 Lehrer ohne Anstellung.

Der Haushalt des Erziehungsministeriums für Ausgaben und Investitionen betrug im Jahr 1959 79,4 Millionen Pesos. Jahrzehntelang waren die Mittel, die für das Bildungswesen bestimmt waren, von den zuständigen Beamten systematisch unterschlagen worden. Für eine Anstellung als Lehrer mußte man sogar etwas bezahlen.

Die technische und Berufsausbildung waren in miserablen Zustand, denn es gab im ganzen Land nur sehr wenige Ausbildungsstätten, die praktisch überhaupt nicht ausgestattet waren. Es gab nur ein einziges technisches Ausbildungszentrum für Industrieberufe; die übrigen - ungefähr 17 - bildeten lediglich Facharbeiter aus.



Wenn unser Land trotz der Versäumnisse des Führungssystems, das 1967 eingeführt und bis heute beibehalten wurde, in den letzten Jahren außerordentliche wirtschaftliche Erfolge erzielt hat, dann liegt das vor allem an dem hohen Bewußtseinsgrad, den die Massen erreicht haben, an ihrem grenzenlosen Enthusiasmus, an der Stärkung der Partei, des Staatsapparates und der Massenorganisationen und an dem bemerkenswerten Widerhall, den jeder Aufruf der Revolution bei der Bevölkerung unseres Landes fand. (. . .)

Entwicklung im sozialen Bereich: Das Bildungswesen

Im sozialen Bereich hat unsere Revolution eindrucksvolle Ergebnisse erzielt, mit denen unser Land an der Spitze der lateinamerikanischen Länder steht.

Zur Zeit des Sturms auf die Moncada konnten 23,6 % der über 10 Jahre alten Bevölkerung weder lesen noch schreiben. Nur 55,6 % der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren besuchten eine Schule. 1,5 Mio Einwohner über 6 Jahre hatten überhaupt keine Schule besucht. Der Anteil der Kinder im Alter von 7, 8 und 9 Jah-

Es gab nur 6 Landwirtschaftsschulen, von denen jede 30 Stipendiaten aufnehmen konnte, die in Zweijahreskursen landwirtschaftliche Facharbeiter mit dem Abschluß für weiterführende Schulen in der Landwirtschaft und Tierhaltung ausbildeten.

Mit dem Gesetz Nr. 561 vom September 1959 wurden im ganzen Land 10 000 neue Klassenräume geschaffen, und wenige Monate nach dem Sieg der Revolution gab es bereits zweimal so viele Lehrer auf dem Land wie jemals zuvor im Kapitalismus.

69 frühere Garnisons-Kasernen der Diktatur wurden in Schulen umgewandelt, die insgesamt 40 000 Schüler aufnehmen konnten.

Der Kampf gegen das Analphabetentum

Am 26. Dezember 1959 begann die Reform in Richtung auf ein integriertes Bildungswesen.

Um die Bildung in die abgelegensten Teile des Landes zu tragen, folgten 3000 Absolventen der Lehrerbildungsanstalten und Jugendliche, die zum Teil einen Abschluß für weiterführende Schulen hatten, einem Aufruf der Revolution und gingen freiwillig als Lehrer in die Berge und organisierten sich später in der Frank Pais-Brigade der aktivsten Lehrer. Mit denselben Zielen begann



707 000 Erwachsene lernten Lesen und Schreiben

Antfang 1961 der Ana Betancourt-Bildungsplan für die Bauernfrauen, durch den über 150 000 junge Frauen, vor allem die aus den Bergen, eine Schulausbildung erhielten.

1961 wurde die Kampagne gegen das Analphabetentum durchgeführt – eine große Tat unseres Volkes, vor allem unserer Lehrer und Studenten –, durch die 707 000 Erwachsene Lesen und Schreiben lernten. Kurz darauf, noch unter dem Eindruck der Begeisterung für die Kampagne gegen das Analphabetentum, begann die Erwachsenenbildung, mit dem großen, ständigen Bemühen das Bildungsniveau der Bevölkerung zu heben, womit gleichzeitig auch die Durchführung der Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefördert wurde. Ebenso wurden Arbeiter- und Bauern-Fakultäten geschaffen, um ihr den Zugang zur Universität zu ermöglichen.

Am 6. Juni 1961 wurde das Gesetz über die Verstaatlichung des gesamten Bildungswesens verabschiedet; und der Besuch aller Bildungseinrichtungen war von nun an kostenlos. Am 22. Dezember 1961, nach Beendigung der Kampagne gegen das Analphabetentum, wurde ein groß angelegter Studienförderungsplan verkündet. 40 000 Mitglieder der Brigaden gegen das Analphabetentum, Söhne unserer Arbeiter und Bauern, nahmen später als erste Stipendiaten das Studium auf.

Um das kulturelle Niveau unserer Arbeiter, Bauern und Hausfrauen anzuheben, wurden erweiterte und Fortbildungskurse eingerichtet. Für die Werkstätigen wurden Grundlagenkurse geschaffen, um das technische Niveau zu verbessern, die Produktivität zu steigern, die Qualität der Erzeugnisse zu erhöhen und Kosten zu senken. Aus diesen Kursen entstanden die Fortbildungsabteilungen der Ministerien und anderer Stellen, deren Aufgaben durch das Gesetz Nr. 1272 vom 6. Juni 1974 geregelt wurden.

Eine Hochschulreform wurde durchgeführt, bei der – neben anderen Maßnahmen – die Leitung der Universität neu geregelt, ihr Aufbau verändert und die wissenschaftliche Forschung weiter entwickelt wurde; weitere Fachrichtungen, sowie Pädagogische Institute wurden eingerichtet, ein Stipendienvergabesystem geschaffen, das Aufnahmeverfahren neu geregelt, um den Bedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen und das Arbeits- und Studienprogramm zu schaffen.

Verbindung von körperlicher Arbeit und Studium

1962 gingen Zehntausende Stipendiaten in die Berge von Oriente, um bei der Kaffeernte zu helfen. Dies war unsere erste Erfahrung mit der Verbindung von körperlicher Arbeit und Studium in unserem Bildungssystem, was später zu einer Revolution im

Bildungswesen führte. Im April 1966 sammelten wir auf diesem Gebiet weitere Erfahrungen, als 35 Tage lang in der Provinz Camagüey die Schule aufs Land verlegt wurde, und später sich auch Schüler und Studenten weiterführender- und Hochschulen an den Aufgaben in der Produktion beteiligten. Diese Erfahrungen wurden später in allen weiterführenden Schulen in allen Städten des Landes genutzt, die jeweils für mindestens sieben Wochen aufs Land verlegt wurden.

Der Gedanke, Studium und Arbeit miteinander zu verbinden, nahm Gestalt an, als im Schuljahr 1968/69 in ländlichen Gebieten die ersten weiterführenden Schulen für die 1. Stufe geschaffen wurden. Das Prinzip Studium und Arbeit miteinander zu verbinden, ist heute in unserem gesamten Bildungssystem fest verankert, jeweils entsprechend dem Alter der Schüler und dem Charakter der Bildungseinrichtung.

Während 1958, im Jahr vor der Errichtung der revolutionären Macht, in allen Einrichtungen des Bildungswesens insgesamt 811 345 Schüler und Studenten eingeschrieben waren, sind es im jetzigen Schuljahr 3 051 000. Praktisch sind ein Drittel der Bevölkerung Schüler oder Studenten. 2,7mal so viele Kinder wie früher besuchen heute die Grundschule, 6,1mal so viele Kinder weiterführende Schulen. Die Zahl der Studenten hat sich um das 5,5fache erhöht, d. h. es sind über 67 000 mehr als früher. Alle Kinder, d. h. 100 % zwischen 6 und 12 Jahren besuchen die Schule, was nur mit den Zahlen höchstentwickelter Länder der Welt vergleichbar ist. Heute lernen unsere Kinder nach Büchern und Lehrmethoden, die bei allen, die die früheren Schulen kannten, Neid hervorrufen. Die Zahl der Stipendien für alle Einrichtungen des Bildungswesens beträgt jetzt 620 000, einschließlich der Schulstipendien, wo Unterkunft und Verpflegung eingeschlossen sind.

Im Hochschulbereich, wo es zur Zeit des Sieges der Revolution etwa 15 000 Studenten gab, sind es im laufenden Studienjahr 83 000.

Seit der Hochschulreform im Jahre 1963 haben sich an den Universitäten tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Neue Studienpläne auf wissenschaftlicher Grundlage, die Einrichtung neuer Disziplinen und Fachrichtungen nach den Erfordernissen der Entwicklung unseres Landes, eine Umverteilung der Studentenzahlen zugunsten wissenschaftlicher und technischer Zweige, Verbindung der Forschung mit der Lehre und die Demokratisierung des Hochschullebens haben – zusammen mit weiteren Maßnahmen – zu einer qualitativen Veränderung in den Bildungseinrichtungen des Hochschulbereichs geführt. 50 % der neuimmatrikulierten Studenten in diesem Studienjahr kommen aus Arbeiterfamilien.

Vor dem Sieg der Revolution gab es weder Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene, wie sie heute von einer halben Million Menschen wahrgenommen werden, noch die von verschiedenen Stellen durchgeführten technischen Fortbildungskurse, an denen sich Zehntausende unserer Werktätigen beteiligen, noch die Sonderbildungsstätten für geistig oder körperlich Behinderte, die heute 12 000 Schüler und Studenten betreuen. 1958 gab es weniger als 30 000 Schulabgänger mit dem Abschluß des 6. Schuljahres; im kürzlich abgeschlossenen Schuljahr waren es 190 000.

Die großartigen Erfolge im Bildungswesen

Heute haben wir 21 Lehrerausbildungsstätten für Grundschullehrer, mit 33 000 Studenten. Mehr als 12 000 Lehrerstudenten studieren an den vier Abteilungen der Pädagogischen Hochschule „Manuel Ascunce Domenech“. Zehntausende Lehrer aus der arbeitenden Bevölkerung werden in Auffrischungs- und Weiterbildungslehrgängen ausgebildet. In den vergangenen Jahren wurden auch Anstrengungen unternommen, um die Berufsausbildung, die technische Ausbildung und die Ausbildung der Lehrer für die berufliche Bildung erheblich zu verbessern und um zurückgebliebenen Kindern und jungen Menschen besondere Förderung zukommen zu lassen. Die Leibeserziehung und die Sportschulen haben einen großen Aufschwung genommen; ein neuer Lehrplan für Mathematik wurde eingeführt; die Arbeitsgemeinschaften für wissenschaftlich Interessierte, die Bewegung zur Unterstützung jüngerer Schüler und die Berufsschulen wurden weiterentwickelt; ein Netz von Schulbüchereien und pädagogischen Dokumentationszentren sowie die Grundlagen für die Entwicklung einer Industrie für audiovisuelle Medien wurden geschaffen.

1974 wurden 23 223 000 Schulbücher – ohne die Universitätslehrbücher – hergestellt. Es wurden 46 Mio Bleistifte und 64 Mio Schulhefte verteilt. Schüler in Ganztagschulen werden auf Staatskosten verpflegt; die insgesamt 311 000 Internatsschüler erhalten zusätzlich ihre Unterkunft mit allem, was dazu gehört, sie werden mit Bussen von der Schule nach Hause gebracht und erhalten ihre Schuluniform umsonst. 1974 wurden 1 370 000 Fahrten mit insgesamt 32 Mio Kindern durchgeführt. Jedes Jahr werden – als Teil der Einrichtungen, die den neuerrichteten Schulen zur Verfügung stehen – 600 Busse in Betrieb genommen. 70 % der heutigen Schulgebäude wurden nach 1959 gebaut, umgebaut oder es wurde mit dem Umbau begonnen. Unser sozialistischer Staat wendet heute 12mal soviel Mittel für das Bildungswesen auf als jemals zuvor der Kapitalismus. Die Bildungsausgaben – einschließlich der Investitionen für die Schulen – sind in diesem Jahr auf 874,6 Mio Pesos angestiegen. 240 000 Werktätige, darunter 60 % Frauen, stehen im Dienst des Erziehungsministeriums.

Planungen für die kommenden Jahre

Bis 1980 sind folgende Schüler- und Studentenzahlen geplant: 1 700 000 Grundschüler, 1 Mio Schüler an weiterführenden Schulen, 140 000 Studenten. Gegenwärtig wird intensiv an einem Plan gearbeitet, der vorsieht, das Niveau unseres Bildungssystems weiter zu erhöhen, damit es der Gesellschaft, die wir aufbauen, gerecht wird. Das erfordert Arbeit auf politischem, geistigem, wissenschaftlichem, technischem, körperlichem, moralischem, ästhetischem und polytechnischem Gebiet, eine patriotische und militärische Ausbildung der jungen Generation sowie eine berufliche Ausbildung in den einzelnen Fachgebieten, die sicherstellt, daß die Gesellschaft darauf zählen kann, daß jeweils die benötigte Anzahl zur Verfügung steht von qualifizierten Fachkräften, die die weiterführenden Schulen abgeschlossen haben, von spezialisierten Lehrern mit Universitätsabschluß und von Kadern, die auch an ihre eigene Gesundheit und ihre eigenen Bedürfnisse denken und die in der Lage sind, den Bedürfnissen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes für den Rest dieses Jahrhunderts und im kommenden Jahrhundert gerecht zu werden.

Das Gesetz über die Grundlagen des Bildungswesens

Der Plan schafft auch die Grundlagen für eine stetige, ununterbrochene Weiterentwicklung unseres Bildungssystems, denn die methodischen und organisatorischen marxistisch-leninistischen Prinzipien und die wissenschaftlichen Voraussagen über die Entwicklung des Bildungswesens, auf denen der Plan beruht, erfordern weitere Studien und Forschungen, die für die Festlegung längerfristigen Perspektiven herangezogen werden. Ein Gesetz über die Grundlagen des Bildungswesens muß in naher Zukunft verabschiedet werden. Es wird vorher von der Bevölkerung in den politischen und Massenorganisationen diskutiert werden, um qualitative Veränderungen zu ermöglichen, die in dem Plan für die Weiterentwicklung des Bildungswesens vorgesehen sind. Dieses Gesetz wird nach und nach die neunjährige allgemeine Schulpflicht in der Grundstufe und die zwölfjährige Schulpflicht in den weiterführenden Schulen einführen.

Ein bedeutender Fehler in unserer Arbeit im Bildungswesen bestand in den 60er Jahren darin, daß wir darauf bestanden, die Erstausbildung der Lehrer in den Bergen von Oriente durchzuführen, um sie an das harte Leben auf dem Land zu gewöhnen. Wir merkten erst allmählich, daß dieses System unrealistisch war und zeitweise auch die Zahl der verfügbaren, ausgebildeten Lehrer einschränkte. Aber es gibt auch andere Wege: Heute bestehen in allen Teilen unseres Landes moderne, gut funktionierende Lehrerausbildungsstätten, an denen Zehntausende junge Menschen ausgebildet werden.



Viele Villen der kubanischen Bourgeoisie wurden in Schulen und Internate umgewandelt

Eine unserer größten Errungenschaften war die Durchsetzung des Prinzips der Verbindung von Studium und praktischer Arbeit. Dadurch wurde es möglich, eine der erhabensten Ideen von Marx über die Bildung des ganzen Menschen und gleichzeitig Martis kluge und tiefe Gedanken über die Erziehung künftiger Generationen in Kuba in die Praxis umzusetzen.

Damit haben wir den jungen Menschen bei uns die Möglichkeit gegeben, an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilzunehmen und gleichzeitig einen Beitrag zu den steigenden Kosten im Bildungswesen zu leisten, was für die Lösung dieses Problems in einem unterentwickelten Land unerlässlich ist. Dies trägt gleichzeitig dazu bei, sie von früher Kindheit an in den Gewohnheiten schöpferischer Arbeit zu unterrichten, was die Gefahr ausschließt, daß sie durch ausschließlich geistige Betätigung deformiert werden.

Die Durchsetzung dieser Ideen und die Erfolge des kubanischen Bildungswesens haben Interesse und Bewunderung bei Lehrern, Pädagogen und führenden Persönlichkeiten anderer Länder hervorgerufen und werden auch von internationalen Gremien, die sich mit den Fragen des Bildungswesens beschäftigen, bewundert. (...)

Medizinische Versorgung einst: Notstand der Armen

Vor der Revolution konnte man den Zustand des Gesundheitswesens in unserem Land nur als himmelschreiend bezeichnen. Der im Etat dafür vorgesehene Betrag war lächerlich niedrig. Um ein Bett im Krankenhaus zu bekommen, brauchte man die Empfehlung eines Politikers. Die Ärzte waren in der Hauptstadt konzentriert, wo für nur 22 % der Bevölkerung 61 % der vorhandenen Krankenhausbetten zur Verfügung standen. Auf dem Land gab es überhaupt keine medizinische Versorgung. Etwa 500 Firmen beschäftigten sich mit der Herstellung und dem Vertrieb pharmazeutischer Produkte, einem Geschäft, das sich durch hohe Profite und häufige Skandale auszeichnete. Große ausländische Konzerne, vor allem USA-Konzerne, kontrollierten 70 % des Marktes. Die Produkte wurden für ein Vielfaches ihrer Herstellungskosten verkauft. Es gab praktisch keine Gesundheitsstatistiken. Tausende, vor allem Kinder, starben jedes Jahr an Krankheiten, von denen man sie hätte heilen können. Die medizinische Versorgung war nur einer von vielen Geschäftszweigen, die den Ärmsten nicht zur Verfügung standen und, wenn es doch einmal der Fall war, war die Versorgung äußerst mangelhaft.

Die Revolution hat tiefgreifende Veränderungen auf diesem Gebiet durchgeführt und hervorragende Ergebnisse erzielt. Die Gesundheit der Bevölkerung erhielt höchste Priorität; alle vorhandenen Mittel und die Verantwortung für das Gesundheitswesen wurden dem Ministerium für Gesundheit unterstellt.

Viele Krankenhäuser, mit deren Bau teilweise vor 10 Jahren begonnen worden war, wurden sofort fertiggestellt, neue Krankenhäuser gebaut, bereits bestehende wurden modernisiert und erweitert.

Das Gesetz Nr. 723 vom 23. Januar 1960, mit dem der Gesundheitsdienst auf dem Land geschaffen wurde, legte fest, daß Ärzte nach ihrer Prüfung 1 Jahr lang ausschließlich in Landgemeinden zu arbeiten hätten; später wurde diese Zeit auf 2 Jahre verlängert.

Bald wurde mit dem Bau eines Netzes von 56 Krankenhäusern auf dem Land begonnen, die zusammen mit 118 Ambulanzen, die im Inneren des Landes errichtet wurden, die frühere Benachteiligung der Landbevölkerung bei der ärztlichen Versorgung beseitigten. Anstelle der früheren 161 Erste-Hilfe-Stationen in städtischen Gebieten, die sich in bedenklichem Zustand befanden, bestehen heute 336 moderne Polikliniken, die sowohl der Vorbeugung als auch der Behandlung dienen. Unser Krankenhausnetz umfaßt insgesamt 255 Einheiten, die mit allen erforderlichen Einrichtungen und in vielen Fällen auch mit den modernsten Instrumenten der medizinischen Wissenschaft ausgestattet sind. Die Zahl der Betten hat sich in den Jahren von 1959 bis 1974 von 28 536 auf 46 402 erhöht.

In allen Großstädten und einem großen Teil der wichtigsten Städte auf dem Land können die Patienten auch zu Haus behandelt werden. Statt einer einzigen Blutbank, wie es sie vor der Revolution gab, gibt es heute 22, die über das ganze Land verteilt sind und von der Bevölkerung freiwillig und reichlich mit Blut versorgt werden.

Wie Dantes Inferno

Im Kapitalismus waren die psychiatrischen Kliniken in unserem Land nur ein Ort, um sich Kranke vom Hals zu schaffen; dort spielten sich oft grauenvolle Szenen ab, und viele Patienten starben an Unterernährung und Mißhandlungen, und einige Direktoren machten sogar aus dem Begräbnis noch ein Geschäft. Die Mazorra-Klinik war nur vergleichbar mit Dantes Inferno. Die heutigen psychiatrischen Kliniken sind wissenschaftlich geführte Einrichtungen, in denen die Patienten menschlich behandelt werden. Die Behandlung ist wirksam und führt in vielen Fällen zur Heilung.

Es wurden auch neue Einrichtungen im Gesundheitswesen geschaffen, die vorher völlig unbekannt waren, so z. B. 96 Kliniken für Zahn- und Kieferkrankheiten, 47 Entbindungsheime, 35 Labors für Hygiene und Seuchenverhütung und 10 biomedizinische Forschungseinrichtungen. Früher besaß das Land nur eine einzige medizinische Hochschule, die bis 1959 etwa 300 Ärzte im Jahr ausbildete, aber viele von ihnen wanderten aus, weil sie keine Stelle fanden. Heute bestehen 4 solche Hochschulen, die pro Jahr 1000 Ärzte und 300 Zahnärzte ausbilden. Von den 6000 Ärzten, die es vor der Revolution in Kuba gab und die fast alle in der Hauptstadt konzentriert waren, verließen bekanntlich 3000 das Land aufgrund der verbrecherischen imperialistischen Manöver, die darauf abzielten, unserem Land die Fachkräfte zu rauben. Gegenwärtig besitzt unser Land über 10 000 gut ausgebildete Ärzte, die im ganzen Land tätig sind. Ihre Ausbildung ist unvergleichbar besser als früher, denn schon seit den ersten Jahren der Revolution ist die Vermittlung theoretischen Wissens mit der praktischen Ausbildung verbunden.

Früher gab es nur eine einzige Schule, die etwa 80 Krankenschwestern im Jahr ausbildete. Heute gibt es 34 solche Schulen, die im Jahr etwa 500 Krankenschwestern ausbilden. Auch wurden Kurse für Schwesternhelferinnen geschaffen, in denen jetzt pro Jahr 2000 Helferinnen ausgebildet werden. In den Ausbildungsstätten auf Provinz- und regionaler Ebene wurden Ausbildungskurse für medizinische und technische Hilfskräfte geschaffen, die den Abschluß für weiterführende Schulen einschließen. Insgesamt 56 506 derartige Hilfskräfte wurden seit Beginn der Revolution bis 1974 ausgebildet.

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen, die vor der Revolution 20 Mio Pesos betragen, erhöhten sich 1975 auf 400 Mio, das ist eine Steigerung um das Zwanzigfache.

Die Preise für Arzneimittel wurden gesenkt, ihre Herstellung und ihr Vertrieb befinden sich in der Hand unseres Staates. Unsere pharmazeutische Industrie wurde neu organisiert und modernisiert. Ihre Produktion erhöhte sich um über 80 %.

Internationale Anerkennung für Kubas heutiges Gesundheitswesen

Diese ungeheuren Anstrengungen haben zu hervorragenden Ergebnissen geführt, die man am Befinden und am Gesundheitszustand der Bevölkerung ablesen kann.

Die Kinderlähmung, die früher in 300 Fällen im Jahr zu Lähmungen oder zum Tod führte, wurde bis 1963 ausgerottet. Die Malaria, die 3000 Menschen im Jahr befiel, wurde 1968 ausgerottet. Die Diphtherie, die im Durchschnitt 600 Kinder im Jahr befiel, wurde 1971 ausgerottet. Magen-Darm-Krankheiten, eine der größten Plagen, die Kinder in unterentwickelten Ländern befällt, die noch 1962 in Kuba zu 4 157 Todesfällen führten, wobei es sich in 80 % der Fälle um Kinder unter einem Jahr handelte, konnten eingedämmt werden und führten 1974 nur noch zu 761 Todesfällen. Ebenso konnten Tuberkulose, Wundstarrkrampf und andere ansteckende Krankheiten eingedämmt werden.

97 % aller Entbindungen finden bereits in Entbindungsheimen statt. Jede werdende Mutter wird vorher im Durchschnitt 8,5 mal untersucht. Die Kindersterblichkeit, die vor der Revolution mehr als 60 von 1000 lebendgeborenen Kindern während des ersten Lebensjahres zum Opfer fielen, sank auf 28,9 im Jahr 1974. Die Fürsorge für Mutter und Kind hat nicht nur zur Senkung der Kindersterblichkeit während des ersten Lebensjahres geführt, sondern hatte darüber hinaus u. a. folgende positive Auswirkungen:

– Die Kindersterblichkeit der Kinder im Vorschulalter, d. h. zwischen dem 1. und 4. Lebensjahr, sank auf 1,2 pro 1000 Einwohner;

- die Kindersterblichkeit der Schulkinder im Alter von 5–14 Jahren sank auf 0,5 pro 1000 Einwohner;
- die Müttersterblichkeit ging auf 0,5 pro 1000 zurück.

Die Lebenserwartung, die vor der Revolution unter 55 Jahren lag, ist auf 70 Jahre gestiegen. Alle ärztlichen Behandlungen sind völlig kostenlos. Insgesamt 140 000 Werktätige sind im Gesundheitswesen tätig.

Mit den Maßstäben, die wir in unserem Land im Gesundheitswesen gesetzt haben, heben wir uns bereits von höher entwickelten Ländern positiv ab.

Das Gesundheitsministerium und die Massenorganisationen – die Komitees zur Verteidigung der Revolution, die Kubanische Frauenvereinigung, die Nationale Vereinigung der Kleinbauern und die Zentrale der Werktätigen Kubas – haben mit dazu beigetragen, daß ein solches Ergebnis erzielt werden konnte. Ohne ihren Beitrag, ohne ihre Aufklärungsarbeit hätten wir diese außerordentlichen Erfolge mit so begrenzten Mitteln niemals erreichen können.

Die Erfolge der Revolution auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung werden auch von internationalen Gesundheitsorganisationen anerkannt und bewundert.

Die Ärztegeneration, die in unserer neuen Gesellschaft ausgebildet wurde und die älteren Ärzte, die der Revolution treu geblieben sind, haben einen bewundernswerten Geist der Solidarität entwickelt, zu dessen Merkmalen es gehört, überall wo es nützt ohne Rücksicht auf die gegebenen Bedingungen, dem Volk zu dienen, sei es innerhalb oder außerhalb unseres Landes. In den Jahren der Revolution haben 18 Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas von der internationalistischen, hingebungsvollen, humanen manchmal auch heroischen Tätigkeit unserer Ärzte und Experten des Gesundheitswesens profitiert.

Aber trotz aller Errungenschaften gibt es noch Schwierigkeiten. In den kommenden 5 Jahren müssen die erzielten Ergebnisse gefestigt und noch übertroffen werden. In diesem Zeitraum sollen über 100 neue Polikliniken und Krankenhäuser gebaut werden. In unserem Programm sind auch Alters- und Versorgerheime vorgesehen. Die Pläne sind: 1 Arzt auf 750 Einwohner, 1 Zahnarzt auf 3000 Einwohner, 55 Spezialisten mit erweitertem Abschluß auf 10 000 Einwohner.

Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um die Kindersterblichkeit auf 25 von 1000 Lebendgeburten zu senken. Das Ausbildungsniveau des ärztlichen Personals und die Qualität der Leistungen des Gesundheitswesens werden weiter verbessert. (. . .)

Die Beseitigung der sozialen Unsicherheit

Vor der Revolution wurden die meisten Gelder, die für Pensionen und Altersrenten bestimmt waren, unterschlagen. Viele Werktätige im Ruhestand, vor allem aus der Landwirtschaft, erhielten ganze 6 Pesos Rente im Monat. Ein großer Teil der Werktätigen wurde auch noch dieses Anspruchs beraubt. Die Gelder verwalteten viele verschiedene Stellen, was einen enormen bürokratischen Aufwand mit sich brachte, der alle nur erdenklichen Arten von Unterschlagungen ermöglichte.

Von 1959 an wurden Mittel zur Verfügung gestellt, die es ermöglichten, zunächst alle bestehenden Ansprüche auf Altersrenten voll auszuzahlen. Im selben Jahr wurde die Mindest-Altersrente auf 40 Pesos im Monat angehoben. Kriegsoffer, Zivilisten wie Militärs gleich, ob sie der Revolutionsarmee oder der besiegten Armee der alten Diktatur angehört hatten, erhielten eine Rente. Zusätzlich wurden Tausende unerledigte Altersrentenanträge bewilligt.

1963 verabschiedete die Revolution das Gesetz Nr. 1100 über die Sozialversicherung. Es war vorher in allen Betrieben und an allen Arbeitsplätzen diskutiert worden, und gewährte allen Werktätigen, die in einem bezahlten Arbeitsverhältnis stehen, einen 100prozentigen Sozialversicherungsschutz, wobei sämtliche früheren Arbeitsverhältnisse voll anerkannt wurden. Gefährliche Arbeiten wurden dabei besonders berücksichtigt, und es wurde – erstmals in Kuba – ein Krankengeld auch bei häufig vorkommenden Unfällen eingeführt. Die Sozialversicherung ging in die Verantwortung des Staates über. Die Mittel und ihre Verwaltung wurden einheitlich zusammengefaßt.

Parallel dazu wurden verschiedene Maßnahmen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet durchgeführt, mit denen neu auf-



Alle Leistungen des Gesundheitswesens sind kostenlos

tauchende Probleme gelöst wurden, die im Gesetz nicht geregelt waren, wie die Frage der Auszahlung sowohl einer Altersrente als auch einer Pension für die kubanischen Werktätigen, die früher auf dem Militärstützpunkt Guantanamo gearbeitet hatten, denen aber die US-Regierung die Pensionen gesperrt hatte, die Einrichtung eines Altersrentenfonds für die über 7000 Tagelöhner von den Antillen, die um 1920 nach Kuba gebracht und in der Landwirtschaft eingesetzt worden waren, Ruhestandsgelälter für die über 22 000 Arbeiter und kleinen Landbesitzer, die nach der Verstaatlichung der Kleinbetriebe im Jahr 1968 nicht mehr in der Lage oder zu alt waren, um in den Staatsbetrieben weiterzuarbeiten. Und schließlich, die Anhebung der Mindest-Altersrente auf 60 Pesos monatlich.

Ergänzend dazu wurde ein Sozialversicherungssystem zur wirtschaftlichen Absicherung der Werktätigen und ihrer Familien für den Fall geschaffen, daß ihr Einkommen vorübergehend sinkt oder ihnen aus anderen Gründen besonders hohe Ausgaben entstehen. Darunter fallen unter anderem die Studenten der verschiedenen Einrichtungen unseres Bildungswesens und der wissenschaftlich-technischen Fachrichtungen an den Universitäten, junge Arbeiter, die zum Wehrdienst eingezogen werden und die der einzige oder einer der Ernährer der Familie sind, die an Lungentuberkulose Erkrankten, die während der Behandlung ihren vollen Lohn erhalten, Gruppen von Werktätigen mit zu niedrigem Einkommen, die entweder keine Miete zu zahlen brauchen oder einen Zuschuß zum Kantinenessen erhalten oder beides. Weiterhin wurden Sozialhilfekommissionen eingesetzt, die sicherstellen, daß in unserer Gesellschaft niemand ohne Fürsorge gelassen wird. Diese Kommissionen gewähren Mittellosen, die nicht unter das Gesetz über die Sozialversicherung fallen, finanzielle und andere Unterstützung.

Fürsorge für alle und unter allen Umständen

Um Kollektive zu belohnen, die sich durch ihre Leistungen besonders verdient gemacht haben, wurde im Oktober 1968 die

Resolution 270 verabschiedet, die vorsieht, daß die Werktätigen eines solchen Kollektivs 100% ihres Lohns als Altersrente erhalten. Da jedoch die Auswahlkriterien für diese Kollektive in der Resolution nicht klar formuliert, viel zu allgemein gehalten waren, führte dies zu einem starken Ansteigen der Ausgaben für die Renten, was unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten weit überstieg. Außerdem führte dies dazu, daß sich auch Werktätige, die körperlich noch voll arbeitsfähig waren, pensionieren lassen wollten, was sich unser Land wegen des Mangels an Arbeitskräften nicht leisten kann.

Dies wurde nach dem 13. Gewerkschaftskongreß korrigiert, und das Gesetz Nr. 1100 wurde wieder angewandt, wobei die Renten, die nach der Resolution 270 gewährt worden waren, weitergezahlt wurden.

Die Revolutionsregierung prüft jetzt die Möglichkeiten für eine neue, verbesserte Gesetzgebung über das Renten- und Sozialversicherungswesen, das den Errungenschaften unserer Revolution besser entspricht.

Mit dem Gesetz Nr. 1100 wurde auch den werdenden Müttern Mutterschaftsgeld gewährt. Vor der Revolution kamen nur sehr wenige werktätige Frauen in den Genuß einer solchen Absicherung, denn von den 194 000 werktätigen Frauen arbeiteten 70% als Hausangestellte, die keinen Anspruch darauf hatten. Nach der neuen Regelung gilt der Mutterschaftsschutz für alle Frauen sowohl im staatlichen als auch im privaten Sektor der Wirtschaft. Sie erhielten damit Anspruch auf 12 Wochen bezahlten Urlaub, auf die notwendige ärztliche Versorgung und den Krankenhausaufenthalt für Mutter und Kind vor und nach der Geburt bis zur endgültigen Entlassung aus dem Krankenhaus. 1974 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das vollständig regelt, welche Fürsorge, welche Rechte und welchen Schutz unsere Gesellschaft den werktätigen Müttern gewährt.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was unser Land für die Renten- und Sozialversicherung ausgeben, braucht man sich nur vor Augen zu halten, daß 1975 im Haushalt 593,3 Mio Pesos dafür vorgesehen waren – mehr als das 5fache des Jahres 1959, als der Betrag sich auf 114,3 Mio belief und fast so hoch wie der gesamte Staatshaushalt vor der Revolution war. In 24 Stunden werden 1,6 Mio Pesos für Renten und Sozialversicherung ausgegeben. An diesen Beispielen kann man ablesen, was die Revolution geleistet hat, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu schützen und zu sichern und unseren Werktätigen unter allen nur denkbaren Umständen Fürsorge zuteil werden zu lassen. Zusätzlich zu den bereits geschilderten Maßnahmen gibt es noch die Sozialfürsorge der örtlichen Organe und die Leibrenten für Betroffene der Stadt- oder Landreform.

Selbst in den ersten Jahren der Revolution, als der Kampf noch härter war, und es noch keinen Plan für die Entlohnung von Häftlingen und ihrer geleisteten Arbeit gab, wurde dem Innenministerium ein staatlicher Fonds zugewiesen – der immer noch besteht –, aus dem die bedürftigen Kinder und anderen Verwandten der Personen unterstützt werden, die wegen konterrevolutionärer Verbrechen verurteilt sind. In unserem Land wird absolut niemand ohne Fürsorge gelassen. Im Entwurf unserer Verfassung sind diese Prinzipien verankert, die unsere humane Gesellschaft, die auf Solidarität gegründet ist, tausendmal gerechter gemacht haben.

Das Ende von Arbeitslosigkeit und Bummelantentum

Im Jahre 1958 hatte Kuba mehr als 6 700 000 Einwohner. Ungefähr ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung – etwa 700 000 – waren arbeitslos; davon entfielen 45% auf ländliche Gebiete. Über 100 000 Jugendliche erreichten jährlich das arbeitsfähige Alter, hatten jedoch keine Aussichten auf Arbeit. Hinzu kamen Probleme rassistischer Diskriminierung und der Diskriminierung der Frauen. Schwarze Kubaner und Mestizen (Mischlinge) hatten keine Möglichkeit außer unter schlechtesten Bedingungen und zu niedrigsten Löhnen, Arbeit zu finden; Arbeit, die in den meisten Fällen erniedrigend und menschenunwürdig war.

Vom ersten Augenblick an ergriff die Revolution Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch den Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion, des Bausektors und der industriellen Produktion. Die außerordentlichen Anstrengungen auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen erhöhten zudem die Anzahl der Arbeitsplätze. Zehntausende – u. a. viele qualifizierte aber ar-

beitslose Menschen – begannen sofort mit einer Tätigkeit im Bildungs- und Gesundheitswesen oder in anderen sozialen Sektoren.

Heute arbeiten allein über 400 000 Menschen im Bereich der Bildung und des Gesundheitswesens. Die Verteidigungsanstrengungen des Landes und die Sicherheit der Nation erforderten eine ebenso hohe Anzahl an Menschen. Vor der Einrichtung des Militärdienstes waren die Arbeitszentren die Hauptrekrutierungsfelder für diese Aufgaben, was aber neue Arbeiter erforderte, welche die bis dahin ausgeführten Tätigkeiten übernehmen konnten.

Mit den neuen Schulen und Stipendienplänen bekamen junge Menschen, die sich früher in den Reihen der Arbeitslosen fanden, vielfältige Studienmöglichkeiten. Einige Jahre nach dem Sieg der Revolution herrschte die umgekehrte Situation vor. Es gab nicht genug Menschen für alle Arbeitsplätze. Die Mobilisierung von Industriearbeitern, Soldaten und Studenten für die Zuckerrohrernte wurde notwendig. Die grausame Arbeitsdiskriminierung verschwand, und das Engagement der Frauen erhöhte sich: 1958 gab es 194 000 werktätige Frauen, wovon 70% als Dienstboten tätig waren; im Jahre 1975 betrug ihre Zahl 647 000 – also das 3,3fache. Allein im staatlichen Sektor beträgt der Anteil der Frauen bereits 28%.

Die Revolution hat 1 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen; davon fast 500 000 zwischen 1970 und 1974. Nach geschlechtlicher Verteilung wuchs im letzten Zeitraum der Beschäftigungsgrad der Männer um 23% und der der Frauen um 40%. Die Verhältniszahl der Hochschulabsolventen und mittleren Techniker ist erheblich gestiegen; im Jahre 1970 waren es 19 je 1000 Werk-tätige; 1975 waren es 49 und 1980 erwarten wir, daß es 81 je 1000 Werk-tätige sein werden. Außerdem stellt das 1973 verabschiedete Sozialdienstgesetz einen wichtigen Mechanismus dar zur Sicherung einer 3jährigen ständigen Tätigkeit für mittlere und höhere Hochschulabsolventen in ihnen gemäß den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes zugewiesenen Arbeitszentren.

Vor der Revolution stieg die Beschäftigtenzahl um jährlich 37 900 Arbeiter an; in den 17 Jahren der Revolution belief sich die Zahl auf 82 300. Während dieser Jahre betrug die Wachstumsrate der Beschäftigtenzahl 3,6 und die der Bevölkerung 2,1. Außerdem beteiligten sich Hunderttausende Jugendliche und junge Menschen während des Studiums an der Produktion im Rahmen von Arbeitsprogrammen.

Es war notwendig, die „Armee der Arbeitenden Jugend“ zu gründen, um den Bedarf an Arbeitskräften in einigen Bereichen der Volkswirtschaft zu decken, wo die Bevölkerungsdichte niedriger ist. Sie wurden beim Bau von Tausenden von Betriebskantinen, ganztägigen Grundschulen, mittleren Internaten und Kindertagesstätten eingesetzt, um die Einbeziehung der ganzen Familie, insbesondere der Frauen, in die Produktion zu erleichtern. In unserem Land beteiligten sich sogar die Strafgefangenen gegen Bezahlung an der Produktion. Bummelantentum ist verboten. Unser Verfassungsentwurf legt das Recht auf Arbeit als eines der grundlegenden Prinzipien unserer Gesellschaft fest. Kein anderes Land unserer Hemisphäre kann eine derartige Leistung vorweisen.

Überwindung der Lohnanarchie

Zur Zeit des Kapitalismus sind Löhne als Instrumente zur Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse eingesetzt worden. Aufgrund des Klassencharakters des Systems und der Interessen der Bourgeoisie an der Herausbildung privilegierter Arbeiterschichten zu ihrem eigenen Vorteil wurden große Lohnunterschiede in verschiedenen Wirtschaftszweigen, selbst innerhalb eines einzigen Bereiches, geschaffen mit dem Ergebnis, daß in vielen Fällen die höchsten Löhne nicht den Interessen des Landes gerecht wurden oder nicht mit einer gerechten Verteilung der Löhne übereinstimmten. Die kubanischen Arbeiter, die in Arbeitskämpfen einige Verbesserungen in der Arbeitsgesetzgebung errungen hatten, sahen, daß die Unternehmer ihre Rechte immer nur verhöhnten. Eine Konsequenz des Systems war es, daß eine Armee von mehreren Hunderttausend Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ständig die Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten bedrohte.

Als die Revolution siegte, herrschte vollkommene Lohnanarchie.

Nach dem Sieg der Revolution erhöhten die Unternehmer und Großgrundbesitzer, die Vertreter der ausländischen Konsortien

in demagogischer Absicht die Löhne, um Differenzen zu fördern, das Volk zu spalten und der Revolution Schwierigkeiten zu bereiten.

Vom Augenblick des Sieges an bewies die Revolution uneingeschränkten Respekt vor den Errungenschaften der Werktätigen. Die Aufgabe der Fabriken durch ihre Besitzer, die Notwendigkeit der Zusammenfassung äußerst primitiver Anlagen und der durch die Blockade bedingte Mangel an Rohstoffen konnten den Arbeitern ihre Arbeitsplätze und Bezahlung nicht nehmen.

Die bis dahin geltenden Sätze für Gehälter wurden unabhängig vom Arbeitsplatz beibehalten. Später, mit dem Einfrieren der Gehälter im Jahre 1962, mit der Einführung neuer Lohn- und Gehaltsstufungen, der Schaffung neuer Dienstleistungen und Industrieanlagen und aufgrund verwaltungstechnischer Schwächen und unvorhergesehener Faktoren wurde die Praxis der Beibehaltung des bisherigen Lohns selbst bei einem Arbeitsplatzwechsel zu einer niedriger bezahlten Tätigkeit geändert. Als 1962 die neuen Lohn- und Gehaltseinstufungen eingeführt wurden, behielten 79,9 % der Werktätigen ihre bisherigen Löhne, die jedoch über der Bezahlung lagen, die für die Arbeitsplätze vorgesehen war. Die Durchführung aller Maßnahmen des neuen Lohnsystems, das die Arbeitsbedingungen vieler Arbeiter erheblich verbesserte, ermöglichte im Jahre 1972 am Vorabend des 13. Arbeiterkongresses eine Reduzierung dieser Zahl auf nur 18,9% aller nicht in der Landwirtschaft Tätigen.

In der Vergangenheit hielten die enormen Lohnunterschiede die breiten Massen über viele Jahre hinweg auf einem niedrigen Einkommensniveau. 1959 erhielten ca. 350 000 Zuckerrohrarbeiter ihre erste Lohnerhöhung; ihr Lohn liegt heute um 96 % höher



Arbeiter der kubanischen Ölraffinerie

als der, den sie im Jahre 1958 bekamen. Die Stabilisierung der Löhne in der Zuckerindustrie sicherte 73 000 Arbeitern, die bisher nur 3 bis 4 Monate jährlich gearbeitet hatten und unter der sogenannten „toten Saison“ gelitten hatten, Vollbeschäftigung während des ganzen Jahres. Die dementsprechende Einsetzung dieser Arbeitskräfte nach der Zuckerrohrernte bildet eine wichtige Reserve für die nationale Volkswirtschaft. Außerdem gab es vorbildliche Aktionen z. B. der Lehrer, die in den frühen Jahren der Revolution trotz ihrer niedrigen Gehälter eine 50prozentige Gehaltskürzung auf sich nahmen, so daß die Zahl der Klassenräume, da nur Mittel für den Bau von 5000 vorhanden waren, auf 10 000 erhöht werden konnte. Sie leisteten damit einen entscheidenden Beitrag zur Anhebung des Bildungsniveaus. Gegenwärtig liegen die Gehälter der Lehrer der Elementar- und weiterführenden Schulen 1,4 bzw. 1,6 mal höher als zur Zeit des Kapitalismus.

In den ersten 10 Jahren der Revolution begannen fast 1 Mio Menschen zum ersten Mal zu arbeiten, was einen 58,5prozentigen Anstieg der verfügbaren Arbeitskräfte bei vollständiger Beschäftigung der männlichen Bevölkerung bedeutete.

Stetiger Anstieg der Arbeitereinkommen nach Leistung

Der Gehaltsfond betrug 1970 3,07 Mrd Pesos und im Jahre 1975 4,25 Mrd, also eine Erhöhung um fast 40 %. 1975 betrug der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen der Bevölkerung 79 %. Der durchschnittliche Monatslohn liegt zur Zeit bei 136 Pesos, 21 % höher als im Jahre 1970. Das durchschnittliche Monatseinkommen einer Familie beträgt 203 Pesos. Heute hat in 50 % der kubanischen Familien mindestens ein Familienmitglied ein Einkommen, zwei Familienangehörige in 30%, 3 in 12% und 4 oder mehr in 8% der Familien.

Voraussetzungen für die wissenschaftliche Arbeitsorganisation wurden mit der Revolution eingeleitet. Die übernommene deformierte Gehaltsstruktur war von einer vollständig unzulänglich technischen Organisation aller Arbeitsbereiche begleitet: mit unterschiedlichen Bezeichnungen desselben Postens, Mängeln an den Produktionsnormen und dem Fehlen der dazu erforderlichen Techniker. Es war notwendig, mehr als 10 000 Arbeitsplätze in 340 Bereichen nach ihren Eigenschaften, dem Verhältnis von Kompliziertheitsgrad und Arbeitsbedingungen zur Bezahlung zu überprüfen, um eine einheitliche Lohn- und Gehaltsstruktur schaffen und im Jahre 1967 die Produktionsrate mit den Löhnen und Gehältern in Einklang bringen zu können. Aufgrund von Verschlechterungen in den Jahren von 1967 bis 1970 wurden 1970 eine Reihe von Maßnahmen zur optimalen Auslastung aller Arbeitskräfte ergriffen.

Gegenwärtig arbeiten 68 091 Betriebseinheiten mit 1 620 969 Arbeitern nach Produktionskennziffern. Von der Gesamtzahl der Arbeiter arbeiten heute 48 % nach Produktionskennziffern, 20 % werden nach der Stückzahl oder der erbrachten Leistung entlohnt. Von den zunächst 100 Rationalisierern zu Beginn der Revolution gibt es heute 10 000 und das Institut „Julian Grimau“ für die Ausbildung von Technikern hat über 860 Techniker ausgebildet.

Das Verhältnis zwischen Produktionskennziffern und den verschiedenen Bezahlungsarten nach Leistung hat gute Ergebnisse erbracht, z. B. eine Produktivitätssteigerung je Arbeitsschicht in unseren Häfen von 3,6 auf 8,4 t, in der nicht maschinellen Zuckerrohrernte um 10,8 %, in der Baustoffindustrie um 36 % (70 % davon nach Produktionskennziffern), im Transportwesen um 74 %, in der Leichtindustrie um 10 % – 62,9 % davon nach Produktionskennziffern. Die Einführung grundlegender Prinzipien der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, insbesondere technischer Normen, ermöglichte die Fortsetzung der Produktivitätssteigerungen, der Kostenreduzierung und die Steigerung der Effektivität, so wie es für unsere Volkswirtschaft erforderlich ist.

Die Justiz – Fortschritte im Strafvollzug

Wie in allen anderen Bereichen des nationalen Lebens haben wir im Laufe der Jahre wesentliche Fortschritte bei der Schaffung und Weiterentwicklung von Justiz- und Finanzorganen gemäß den marxistisch-leninistischen Prinzipien erzielt.

In diesem Bereich bestanden die ersten Schritte der Revolution darin, die sogenannten Provisorischen Gerichte einfach aufzulösen. Diese waren von der Tyrannei ins Leben gerufen worden

zur Verhängung brutaler und willkürlicher Unterdrückungsmaßnahmen gegen Revolutionäre in Prozessen, die den elementarsten Garantien entbehrten, und gegen alle anderen, die gegen die Monopole und die sonstigen mächtigen Ausbeuter ihre Forderungen erhoben hatten.

Die Justiz wurde von bedingungslosen Dienern des Putsches vom 10. März und von korrumpierten Söldnerelementen gesäubert; revolutionäre Gerichte zur Verurteilung von Kriegsverbrechern, Folterern und Attentätern wurden eingerichtet.

Die ersten Schritte zur umfassenden Umwandlung der Justiz, die – abgesehen von Änderungen, die die Yankeeinvasoren geführt hatten, und einigen anderen Modifikationen – aus der Zeit der spanischen Herrschaft stammte, wurden 1963 durch die Schaffung der ersten Volksgerichte unternommen, die über Straftaten von weniger als 180 Tagen Gefängnis befinden und deren Richter in Massenversammlungen gewählt werden.

Nachdem der entsprechende Entwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt worden war und sich mehr als 3 000 000 Bürger daran beteiligten, wurde im Jahre 1973 das Gesetz zur Organisation des Justizwesens verabschiedet. Das Gesetz legt eine einheitliche Gerichtsbarkeit für das ganze Land fest, die dem Obersten Volksgericht untersteht. Alle Gerichte sind kollegial und bestehen aus Berufs- und ehrenamtlichen Richtern, die allesamt gewählt werden und deren Amtszeit verlängert werden kann. Sie sind außerdem rechenschaftspflichtig und können abberufen werden. Jegliches Gerichtsurteil kann vor die nächst höhere Instanz zur Berufung kommen.

Die Funktion der neuen Staatsanwaltschaft besteht hauptsächlich in der Überwachung der strikten Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit nicht nur in den Gerichten, sondern auch in den staatlichen Ämtern. Um eine juristische Tätigkeit vor Gericht auszuüben, müssen Rechtsanwälte Kollektiven angehören, die als gesetzlich eigenständige Organe für das gesellschaftliche Wohl arbeiten.

Es ist also ein umfassendes Justizwesen aufgebaut worden, das zutiefst demokratisch ist, in enger Verbindung zu den Massen steht und in der Lage ist, den Zielen der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Aufgabe der Hebung des juristischen Gesellschaftsbewußtseins zu dienen. Bemerkenswerte Fortschritte sind vom Justizministerium erzielt worden, dessen Bedeutung mit der Betonung auf seine beratende Unterstützung höherer Staatsämter und durch einen beachtlichen Beitrag zur Erstellung grundlegender Gesetzeswerke erheblich gestiegen ist.

Juristen sind zu verstärkten Anstrengungen bei der Weiterentwicklung unseres Staates und neuer Mechanismen des wirtschaftlichen Leitungssystems aufgerufen. Wir werden mehr und besser ausgebildete Juristen mit stärkerer Spezialisierung auf die verschiedenen Bereiche der Justiz benötigen. Die Gründung eines Nationalen Juristenverbandes, der die Hauptstütze der technischen und beruflichen Weiterentwicklung für seine Mitglieder sein muß, steht noch aus. Unsere sozialistische Gesetzlichkeit, wie sie von Marti für eine freie Nation gefordert wurde, muß sich dahingehend entwickeln, daß sie mit wachsender Wirksamkeit den Zielsetzungen unserer Gesellschaft dient. Das ist die wichtigste Aufgabe des revolutionären Juristen.

Die Ablösung der bürgerlichen Verfassung

Eine der Aufgaben, vielleicht die politisch wichtigste, der sich unsere Partei widmen muß, besteht in der Verankerung unserer erlangten Stärke und Einheit, unseres revolutionären Prozesses zu einer permanenten Realität durch ihre feste und vollkommene Institutionalisierung.

Wenn wir unsere Revolution gründen auf unverletzliche Prinzipien, wirksame und dauerhafte Institutionen, die die Errungenschaften des Volkes konsolidieren und die stets das Prinzip der Leistung und des Verdienstes als höchstes und unantastbares Parteiprinzip absichern, werden wir auch zukünftig die ununterbrochene und immer weiter vorantreibende Marschroute dieses Prozesses sichern. Dies wird zu noch beispielhafterer Einheit, ideologischer Festigkeit, Ehrlichkeit und Prinzipientreue derjenigen, die den Prozeß weitervorantreiben, führen. Unser revolutionärer Staat hat jahrelang eine provisorische Struktur gehabt. Die Revolution hat sich nicht beeilt, endgültige Staatsformen in unserem Land festzulegen. Dies geschah nicht nur aus Zweckmäßigkeit, sondern um feste, dauerhafte und wohlgedachte, realitätsbezogene Institutionen zu schaffen. Aber der provisorische Zustand existiert bereits zu lange; es ist an der Zeit, das zu

ändern. Unser Prozeß hat genug Erfahrung vermittelt und ist ausreichend verankert, um diese Aufgabe gründlich anzugehen und zu verwirklichen. Außerdem ist es eine unaufschiebbare Notwendigkeit, die historische und moralische Pflicht dieser Generation von Revolutionären.

Vor allem in den letzten Jahren sind weitergehende Maßnahmen zur Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit immer wieder gefordert worden. Wertvolle revolutionäre Gesetze wie das Gesetz zur Ordnung des Justizwesens, des Strafverfahrens, die Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit und das Familiengesetzbuch wurden entworfen, diskutiert und verabschiedet.

Die Annahme der Verfassung hat außerordentlich hohe politische, institutionelle und juristische Bedeutung. Sie wird die Verfassung aus dem Jahre 1940 ablösen, die – mit unzähligen Änderungen und Unzulänglichkeiten aufgrund des Widerspruchs zwischen den mit dem revolutionären Prozeß geänderten Grundlagen und der Formulierung als einer bürgerlichen Verfassung – bisher in Kraft gewesen ist. Solche Veränderungen wurden durch eine Resolution des Ministerrats vorgenommen, der die siegreiche Revolution in der Verfassung in Form einer Klausel verankerte. Heute brauchen wir eine sozialistische Verfassung gemäß den Bedingungen unserer Gesellschaft, dem gesellschaftlichen Bewußtsein des Volkes, seinen ideologischen Überzeugungen und Erwartungen – eine Verfassung, die unsere allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze, die durch die Revolution erreichten tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen und die historischen Errungenschaften unseres Volkes widerspiegelt. Kurz, wir brauchen eine Verfassung, um das heute Erreichte zu konsolidieren und das, was wir morgen erreichen wollen, tatsächlich zustande zu bringen. Unser Verfassungsentwurf ist vollständig ausgearbeitet. Der Entwurf verbindet die Erfahrungen unseres eigenen Volkes mit den allgemeinen Erfahrungen früherer Pioniere der sozialistischen Gesellschaft.

Die erste sozialistische Verfassung auf amerikanischem Boden . . .

Wir meinen, daß dieser Text der Würde des ersten sozialistischen Staates der Arbeiter, Bauern, körperlich und geistig Arbeitenden auf amerikanischem Kontinent entspricht, in dem die Macht und Souveränität tatsächlich in den Händen der Werktätigen liegt, eine Macht, die sich auf kollektives Eigentum an Produktionsmitteln und die feste Front der Arbeiter und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer organisierten marxistisch-leninistischen Vorhut, der Kommunistischen Partei Kubas, der führenden Kraft der Gesellschaft und des Staates, gründet.

Gemeinsam mit dem tiefen revolutionären Inhalt sollte man den beispielhaften Prozeß der sozialistischen Demokratie, in dem unsere Verfassung vom Volk angenommen wird, hervorheben. Rund 6 200 000 Menschen nahmen an den Diskussionen über den Entwurf teil, in Parteiorganisationen und Grundeinheiten, in den Gewerkschaften, den Komitees zur Verteidigung der Revolution, im Kubanischen Frauenverband, in der Nationalen Vereinigung der Kleinbauern, im Studentenverband, im Verband der Mittelschüler, in den Militäreinheiten und Vertretungen im Ausland – abgesehen von den Kindern beteiligten sich alle anderen Bürger an der Analyse des Entwurfes; 5 500 000 stimmten für den Entwurf ohne Veränderungen, 16 000 schlugen verschiedene Veränderungen und Zusätze vor, die mit mehr als 600 000 Stimmen in den verschiedenen Versammlungen befürwortet wurden. Auf diese Weise haben wir einen Text erhalten – bereichert durch die öffentliche Diskussion und durch die zentrale Vorbereitungskommission vervollständigt – über den unser Kongreß vor der Durchführung des für den 15. Februar geplanten Referendums beraten wird; ein Entscheid durch freie, gleiche und geheime Wahl, nach dem die Verfassung, wenn sie bewilligt wird, am 24. Februar 1976, dem Nationalfeiertag, dem 81. Jahrestages des ruhmreichen Unabhängigkeitskrieges von 1895 als Frucht der ergreifenden Bemühungen Jose Martis und seiner heldenhaften Revolutionären Partei feierlich in Kraft treten wird.

Es wird eine ungeheure revolutionäre und menschliche Befriedigung sein, gerade an diesem Tag eine Verfassung in Kraft zu setzen, die als Synthese der historischen Kämpfe unseres Volkes das Bestreben unseres Nationalhelden feierlich bekräftigt, die als Grundgesetz unserer Republik die Achtung der Menschenwürde der Kubaner widerspiegeln muß. Bürgerliche Verfassun-

gen, selbst in Ländern mit tiefverwurzelten Institutionen, können nicht über die Proklamierung formaler Rechte und Freiheiten, die täglich von der grausamen Klassengesellschaft mit Füßen getreten oder ignoriert werden, hinausgehen.

Unsere Verfassung dagegen wird vollständig und gründlich verwirklicht und jedes darin enthaltene Recht ist rechtskräftig, zutreffend, in der Wirklichkeit erfahrbar und absolut garantiert durch die materiellen, politischen und moralischen Leistungen der Revolution: das allgemeine Recht auf Arbeit und die Freiheit von Ausbeutung und Zwangsarbeit, die eine andauernde Geißel der Arbeiter in der kapitalistischen Welt sind.

Das Recht der Bauern auf Land und das Verbot von hohen Mieten, von Pachtzins, Kündigung und Erpressung durch Großgrundbesitzer, Lagerhausbesitzer und imperialistische Konzerne. Das Recht jedes Kindes, Jugendlichen und Erwachsenen auf öffentliche, freie und wissenschaftliche Ausbildung, die eine Vorbereitung auf das Leben ist und den Genuß des Kulturreichtums ermöglicht.

Das Recht aller Kranken auf freie medizinische Versorgung und Krankenhausbehandlung, das in allen, selbst den entlegensten Regionen des Landes zu verwirklichen ist.

Das Recht auf körperliche und sportliche Betätigung und Erholung zur allseitigen Entwicklung, Gesundheit und zum Wohlergehen des Volkes. Das Recht aller Arbeiter auf Erholung und bezahlten Urlaub. Das Recht auf soziale Fürsorge im Alter, bei Krankheit oder bei Unglücksfällen.

Das Recht der arbeitenden Frauen auf bezahlten Schwangerschaftsurlaub, um eine sichere Geburt und die Fürsorge für das Neugeborene zu gewährleisten.

Das Recht der Frauen auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, auf gleiche Behandlung im zivilen, politischen und sozialen Leben wie in der Familie.

Das Recht aller Bürger – unabhängig von ihrer Hautfarbe und ihrem Geburtsort – auf volle Gleichberechtigung in jeder Hinsicht, menschenwürdig zu leben und sich frei zu bewegen ohne demütigende und abscheuliche Diskriminierung.

Das Recht aller Bürger, sich in Gewerkschaften, in den Komitees zur Verteidigung der Revolution, den Bauernverbänden, in den Frauen-, Studenten-, Schriftsteller-, Künstler-, Berufs-, Wissenschaftler- und Sportverbänden zu organisieren, was mit gesellschaftlichem Ansehen und der Sicherheit vollständiger Freiheit verbunden ist.

Das Recht aller Bürger, einschließlich der Jugendlichen ab 16 Jahren, der Frauen und der Angehörigen der Streitkräfte auf Teilnahme am politischen Leben und auf freie, geheime und allgemeine Wahlen und auf die Möglichkeit, von ihnen gewählte Vertreter durch ihre Stimme abzuwählen.



... und ihre Andersartigkeit gegenüber der verlogenen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie

Während in den von Faschismus, Reaktion und imperialistischer Herrschaft heimgesuchten Ländern, in denen auch die vorhandenen begrenzten Rechte beseitigt, verletzt und verleugnet werden, Gewerkschaften, Studentenorganisationen und andere Massenverbände verboten und verfolgt werden, Willkür, Folter und Mord an Arbeitern, Bauern und fortschrittlichen Elementen zum Alltag gehören, und die Diskriminierung der Frauen,

Schwarzen und anderen unterdrückten Bevölkerungsgruppen zunimmt, erheben wir diese Rechte auf die Stufe der verfassungsmäßig garantierten Prinzipien und nehmen sie in den wichtigsten Gesetzestext unserer Nation auf. Während in diesen Ländern die Institutionen der beschränkten und verlogenen, bürgerlich-parlamentarischen Demokratie beseitigt werden, sieht unsere Verfassung die Schaffung von Vertretungsorganen des proletarischen Staates vor: der Nationalversammlung, der Bezirks- und Ortsversammlungen der Volksmacht; die erstere setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die letzteren aus Delegierten, von denen alle gewählt und abgewählt werden können, ebenso wie alle Richter unseres Justizwesens.

Rechte und Pflichten ergänzen sich natürlich. In einer ausbeutungsfreien Gesellschaft ist Arbeit Recht und Pflicht jedes Gesellschaftsmitglieds und eine Ehre für die Arbeiter. Es ist allgemeine Pflicht, die Verfassung und Gesetze zu respektieren und einzuhalten und durch eigene Anstrengungen zum sozialistischen Aufbau beizutragen.

Der Entwurf legt die Prinzipien unserer Außenpolitik auf der Grundlage des proletarischen und sozialistischen Internationalismus fest: die Prinzipien der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den um ihre Souveränität, ihren Fortschritt und ihre Entwicklung kämpfenden Völkern, die Prinzipien Martis der Zusammenarbeit und Entwicklung der Einheit mit anderen lateinamerikanischen und karibischen Ländern, die brüderliche Freundschaft, die gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Unsere Verfassung bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Ihre Verabschiedung stellt uns vor die Aufgabe, unsere gesamte Rechtsprechung, alle anderen Gesetzeswerke und unseren ganzen juristischen Apparat auf ihre übergreifenden Gesetze umzustellen. Wir müssen uns also verstärkt der Aufgabe widmen, überholte Praktiken, die in den Militärbefehlen der Interventionisten, in den aus der Kolonialzeit stammenden Gesetzen sowie in den Gesetzen und Erlassen der bürgerlichen Republik enthalten waren, abzuschaffen und neue Gesetze zu entwickeln, die den Bedingungen unseres sozialistischen Aufbaus angepaßt sind. Wir müssen, kurz gesagt, den Zerstörungsprozeß der Gesetzlichkeit, die die Interessen der Ausbeuter wahrte, zu Ende führen und sie durch unsere sozialistische Gesetzlichkeit ersetzen. Wir müssen in den nächsten Jahren unsere Arbeit in dieser Richtung fortsetzen. Jeder einzelne und alle zusammen müssen als entschiedene Verteidiger der sozialistischen Gesetzlichkeit ein festes Bollwerk für die Verfassung bilden, die das Volk annehmen, verwirklichen und einhalten wird. (...)

Die Massen- und gesellschaftlichen Organisationen

Unser Volk hat starke Massenorganisationen gebildet. Das ist einer der fruchtbarsten Aspekte unseres revolutionären Prozesses. Diese organisierten Kräfte des Volkes erkennen die Führung unserer marxistisch-leninistischen Partei an und akzeptieren sie bewußt und freiwillig.

Unsere Revolution besitzt eine machtvolle und unerschöpfliche Quelle in der politischen und revolutionären Energie der Massen- und gesellschaftlichen Organisationen. Sie sind das Verbindungsglied, das die engen Beziehungen der Partei zu den Massen herstellt. Sie sichern ihren Einfluß in der Erziehung, bei der Orientierung und Mobilisierung. Sie sind die große Schule zur Entwicklung der Aufrichtigkeit von Millionen und Abermillionen von Arbeitern, Männern und Frauen, Älteren, Jugendlichen und Kindern. Sie sind die Schmiede, wo unzählige Kader und revolutionäre Aktivisten ausgebildet werden. Sie ermöglichen der Führung der Partei den Kontakt mit den Gefühlen, Problemen und Meinungen jedes Teils der Bevölkerung, deren spezifische Interessen sie vertreten und verteidigen.

Die Arbeitergewerkschaft CTC ...

Die Zentrale der Werktätigen Kubas – CTC, die ruhmreiche Gewerkschaftsorganisation unserer Arbeiterklasse, vereinigt die Kraft von über 2 065 000 Männern und Frauen.

Die CTC, 1939 gegründet, führt das patriotische Erbe der kubanischen Arbeiter im Exil fort, die mit Jose Martí die Kubanische Revolutionäre Partei gegründet hatten. Sie führt das Erbe der Kämpfe der ersten Gewerkschaftsorganisation, des vor 50 Jahren geschaffenen Nationalen Arbeiterverbandes Kubas fort, der

später unter der Führung von Ruben Martinez Villena und der ersten marxistisch-leninistischen Partei, eine hervorragende Rolle im Kampf gegen die Machado-Tyrannie spielte. Trotz der Terrorkampagne gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung kannte der Widerstand der Arbeiter gegen das blutige Batista-regime viele Formen. Am 1. Januar 1959 legte ein revolutionärer Generalstreik als Antwort auf den Aufruf der Rebellenarmee das ganze Land lahm, und die Arbeiter gingen auf die Straße. Dies war ein Beitrag, der die Manöver des Imperialismus zum Scheitern verurteilte und der Revolution zum Sieg verhalf.

Die revolutionäre CTC spielte eine entscheidende Rolle in den revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse um die Macht, bei der Verstaatlichung der Reichtümer des Landes, der Alphabetisierungskampagne, der Mobilisierung für die Zuckerernte, der Aufrechterhaltung der Produktion angesichts der imperialistischen Wirtschaftsblockade und bei zahlreichen Anstrengungen, die den Sieg und die Konsolidierung der ersten sozialistischen Revolution auf amerikanischem Boden ermöglichten. Unsere militante Arbeiterbewegung besitzt die Erfahrungen von 15 Zuckerrohrernten, in denen sie die wichtigste wirtschaftliche Tätigkeit der Nation unterstützte und sicherte.

Die Beteiligung der städtischen Arbeiter als freiwillige Erntehelfer wurde zur Ehrensache und zu einer beispielhaften proletarischen Initiative wie die der Bewegung der „Millionärbrigaden“. Aufgrund des Anstiegs der Arbeitsproduktivität der Brigaden brachten sowohl die freiwilligen als auch die hauptberuflichen Zuckerrohrarbeiter während der letzten Zuckerrohrernte 178 Mio Arrobas, das sind 2 Mio t, Zuckerrohr mehr als 1974 ein – ein Ergebnis, das mit 3332 Arbeitern weniger erreicht wurde. In der jetzigen Zuckerrohrernte hatte unsere Arbeiterbewegung 680 „Millionär-“ und „Multimillionärbrigaden“, 57 Kollektive gewannen den Jesus Menendez Sonderorden und 1024 Arbeiter wurden als Helden oder Heldinnen der Zuckerrohrernte ausgezeichnet. Die Bewegung der „Millionäre“ ist heute einer der Eckpfeiler unserer Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität, zur Reduzierung der Arbeitskräfte bei der Ernte und beim Voranschreiten zur vollständigen Mechanisierung der Zuckerrohrernte. Im ganzen Land hat die Gewerkschaftsbewegung die Bildung von kleinsten Brigaden gefördert, deren Zahl sich heute auf 1150 beläuft und in deren Reihen über 27 000 Arbeiter stehen. Diese kleinsten Brigaden haben einen begeisterten und dauerhaften Anstoß zum Bau von Wohnungen, Schulen, Industrieanlagen, Kindertagesstätten, Supermärkten und anderen wirtschaftlichen und öffentlichen Anlagen gegeben.

Das Bewußtsein über die Bedeutung und die Notwendigkeit der kulturellen und technischen Förderung der Arbeiter wächst. Unsere Gewerkschaften haben eine Kampagne ins Leben gerufen, wonach die gesamte Arbeiterklasse bis 1980 das Bildungsniveau der 6. Klasse erreicht haben wird; eine Million Arbeiter hat dieses Niveau noch nicht erreicht, was die noch anstehenden Aufgaben unterstreicht.

Die nicht berufliche Kulturbewegung und der Massensport erzielten große Fortschritte. Die Gewerkschaften haben sich ständig den sozialen Problemen gewidmet und Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Verwirklichung der in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung verankerten Rechte unternommen.

...und der revolutionäre Geist des Proletariats

Der sozialistische Wettbewerb hat außerordentlich gute Ergebnisse erzielt. Tausende Arbeitszentren haben ihre jährlichen Produktionspläne erfüllt und übererfüllt zur Ehre des 1. Parteitages. Einige haben übermenschliche Taten vollbracht. Richtungsweisende Bewegungen unter den Textilarbeitern, den Werftarbeitern, den Stahl- und Bauarbeitern haben die Stärke und den revolutionären Geist unserer Arbeiterklasse deutlich sichtbar gemacht.

Gemäß den Beschlüssen des 13. Kongresses wurde der Orden „Nationaler Held der Arbeit“ geschaffen und in diesem Jahr an die 34 besten Arbeiter des Landes verliehen. Seit 1970 hat die Gewerkschaftsbewegung eine fruchtbare Wiederbelebung und demokratische Umorganisation durchgemacht, die in der Bildung der 23 nationalen Gewerkschaften und der Abhaltung des äußerst wichtigen 13. Kongresses der CTC im November 1973 ihren Höhepunkt fand und dessen erfolgreiche Durchführung den letzten Bemühungen des Genossen Lazaro Pena zu verdanken ist.

Befriedigt können wir heute feststellen, daß die Revolution durch eine starke und erfahrene Arbeiterbewegung untermauert wird, die in der Lage ist, neue Aufgaben in der würdigen Tradition unserer Arbeiterklasse und des kubanischen Proletariats der letzten 17 Jahre zu bewältigen.

Nach dem 13. Kongreß wurde vom Politbüro eine Kommission zur Durchführung und Umsetzung der Beschlüsse geschaffen, die sich aus Vertretern des Zentralkomitees der Partei, der CTC und des Arbeitsministeriums zusammensetzt. Die Zentrale der Werktätigen Kubas erzielte als Hauptantriebskraft solide und bedeutende Fortschritte bei der Verwirklichung der Beschlüsse, die auf die gerechteste Umsetzung der Prinzipien der sozialistischen Verteilung abzielen. Insbesondere das Verhältnis von Produktionskennziffer und Bezahlung hat sich anhand der konkreten Errungenschaften der Produktion als völlig richtig erwiesen. Aufgrund dieser Arbeit erhöhten sich die Produktionsleistung und die Produktivität und die Selbstkosten wurden gesenkt, was zu einer Einsparung von Arbeitskräften und anderen Ressourcen führte. Gegenwärtig dehnen wir das System der auf Produktionskennziffern beruhenden Entlohnung auf 571 000 Arbeiter in 8549 Arbeitszentren im ganzen Land aus. Eine weitere hervorragende Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung in jüngster Zeit ist ihre Beteiligung zusammen mit allen Arbeitern an der Festlegung der Produktionskennziffern für die Wirtschaftspläne des Jahres 1975/76, was für die Verbesserung unserer sozialistischen Planung von großer Bedeutung gewesen ist.



Arbeiter der Nickelhütte von Moa

Dies geschieht einerseits durch die Verbreitung umfassender Informationen über die anstehenden Aufgaben in jedem Arbeitszentrum und andererseits, wo immer es möglich ist, durch die Anhörung, Analyse und Aufnahme der Kriterien und Erfahrungen der Arbeiter, der Partei, der Gewerkschaften und der mittleren und unteren Verwaltungsorgane.

Mehr als 1 260 000 Arbeiter beteiligten sich an den Diskussionen um den Wirtschaftsplan 1975. In diesem Jahr nehmen mehr als 1 340 000 Arbeiter mit noch reicheren Erfahrungen und noch besseren Maßstäben an der Analyse und Diskussion der Pläne für das Jahr 1976, das erste Jahr der Fünfjahresperiode teil.

Die bislang wichtigste Errungenschaft der Zentrale der Werktätigen Kubas in dieser Etappe der revolutionären Machtausübung bestand jedoch in dem Beitrag zur Vorantreibung des revolutionären Bewußtseins unserer Arbeiterklasse und in der Förderung einer neuen kollektiven und solidarischen Haltung gegenüber der Arbeit und dem Gemeineigentum. Ein solches Bewußtsein entwickelte sich durch die massenhafte Beteiligung an der Landesverteidigung, durch freiwillige Arbeit, durch kulturelle und technische Fortschritte, durch die tägliche Produktionsschlacht, die Ausübung gewerkschaftlicher Demokratie und das Gefühl der Würde, das die Revolution in jedem Arbeiter durch seine aktive Teilnahme an allen lebensnotwendigen

Entscheidungen stärkt. Das ist die beste Garantie für die Dauerhaftigkeit, die Standhaftigkeit und den ununterbrochenen Fortschritt unseres revolutionären Prozesses.

Die Traditionen der werktätigen Bauern

Die Nationale Vereinigung der Kleinbauern (ANAP) wurde am 17. Mai 1961, am 15. Jahrestag des Attentats auf den Bauern Niceto Perez und am 2. Jahrestag der Verabschiedung des ersten Agrarreformgesetzes gegründet.

Die ANAP hat zur Zeit 232 358 Mitglieder im ganzen Lande, die in 6162 Kleinbauereinheiten erfaßt sind. Davon sind 162 126 Eigentümer, die restlichen Mitglieder sind assoziierte Verwandte.

Es waren überwiegend arme Bauern, die 1868 und 1895 den größten Teil der Befreiungsarmee gestellt hatten; sie waren es, die in der bürgerlichen Republik mutig für Grund und Boden gegen die Vertreibung und Mißhandlungen durch ausländische Konzerne und Großgrundbesitzer kämpften, wie z. B. im Kampf von Realengo 18, Las Ventas de Casanova, Caujeri und Las Maobas; sie haben sich zur Verteidigung ihrer Rechte im Nationalen Bauernverband Kubas zusammengeschlossen, dem angesehenen Vorläufer der ANAP; gerade sie halfen uns, in den Bergen zu überleben, und sie schlossen sich gemeinsam mit den Landarbeitern der Rebellenarmee an, und kämpften oft unter Einsatz ihres Lebens für den Sieg der Revolution.

Die ANAP setzte diese Kampftraditionen fort und war das Ergebnis revolutionärer Umgestaltungen, die durch die Agrarreform und andere revolutionäre Gesetze die Grundlagen für ein festes Bündnis zwischen den Arbeitern und werktätigen Bauern geschaffen haben. Die ANAP spielte nicht nur eine wesentliche Rolle bei der Erhöhung der Produktion und der Schaffung des bäuerlichen Sektors, der eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung für den Tabak- und Kaffeeanbau hat und beinahe die Hälfte der Landesversorgung an Obst, Rüben und anderen Gemüsesorten und 26% der Viehproduktion stellt und 18% der Zuckerrohrproduktion innehat – sondern auch zur weiteren sozialen Umgestaltung auf dem Land beitrug. Diese Organisation beteiligte sich an der Mobilisierung und Gewinnung der Bauernmassen für die Miliz und die Revolutionären Streitkräfte im Kampf gegen die Konterrevolution und die von der CIA organisierten Banden in den Bergen und den Ebenen des Landes.

Sie unterstützte Vorhaben im Bildungswesen auf dem Gebiet der Kultur, des Sports und der Erholung. Sie hat sich für die Verbreitung revolutionärer Ideen unter den bäuerlichen Kleinrentnern, für ihre politische und ideologische Weiterentwicklung und für die Stärkung der Positionen der Revolution eingesetzt und zwar vor allem angesichts der schädlichen Wühlarbeit einiger religiöser Sekten mit betont politischem Charakter, angesichts des Obskurantismus und angesichts aller anderen, von unseren ideologischen Feinden in den ländlichen Gegenden angezettelten Kampagnen.

Während der letzten Zuckerrohrernte gab es 256 „Millionärbrigaden“ bäuerlicher Erntehelfer und 232 Arbeiter errangen den Titel „Held“ oder „Heldin der Zuckerrohrernte“.

Der 4. Kongreß der Nationalen Vereinigung der Kleinbauern im Dezember 1971 leistete einen bemerkenswerten Beitrag zur Arbeit der Bauernorganisationen in den letzten Jahren und half gewisse Schwierigkeiten und Fehler in einigen landwirtschaftlichen Entwicklungsplänen in bezug auf die Beziehungen zu den Bauern wie hinsichtlich der Mobilisierung für die Zuckerrohrernte im Jahre 1970 zu bewältigen.

Die Notwendigkeit der Fortführung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses

Die revolutionäre Politik der uneingeschränkten Achtung des freien Willens des werktätigen Bauern, die Politik der wirksamen Hilfe und Unterstützung bildet die feste Grundlage, auf der sich das Bündnis von Arbeitern und Bauern heutzutage immer stärker entwickelt. Gemäß diesen Prinzipien müssen wir weiter fortschreiten. Wir halten es für angemessen, an dieser Stelle eine Frage anzusprechen, die wir für bedeutsam halten: Unsere Bevölkerung, die 1958 6 763 061 Menschen zählte, stieg bis Juni 1975 auf 9 296 068 an. Ca. 85 Menschen leben durchschnittlich auf einem Quadratkilometer unseres Landes. Demgegenüber vergrößert sich das bebaubare Land, das 7 097 838 Hektar beträgt, nicht. Außerdem reduziert der Ausbau der Städte, der Industrieanlagen, Schulen, Krankenhäuser, Bauernhäuser, Stauseen,

Milchproduktionsanlagen und anderer landwirtschaftlicher Bauten, Eisenbahnstrecken, Straßen, Hochspannungsleitungen usw. ständig und in zunehmendem Maße die verfügbare Fläche. Gegenwärtig bedecken Bauten und Straßen schon mehr als 600 000 Hektar.

Unser Land muß nicht nur Milch, Fleisch, Reis, Rüben und andere Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung produzieren, sondern auch Millionen Tonnen Zucker, der durch den Export unsere Existenzgrundlage sichert. Die Größe des Landes pro Kopf nimmt mit dem Anwachsen der Bevölkerungszahl ab.

Während 1958 1,04 ha Land pro Kopf der Bevölkerung einschließlich der Weideflächen bebaut wurden, liegt diese Zahl im Jahre 1975 bei 0,76 ha. Aus diesen 0,76 ha – das sind 7600 Quadratmeter, also drei Viertel eines Straßenblocks für jeden Kubaner – müssen wir sowohl unseren gesamten eigenen Bedarf an Nahrungsmitteln gewinnen als auch steigende Mengen Zucker für den Export, der bis 1980 beinahe 0,8 t pro Person betragen wird. Und je mehr das Volk besitzt, je mehr Anlagen aller Art wir bauen, desto weniger bebaubares Land wird zur Verfügung stehen. Das zwingt uns dazu, auch den letzten Quadratzentimeter unseres Landes landwirtschaftlich zu nutzen und zunehmend intensivere und mechanisiertere landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu entwickeln. Das kann allerdings nicht in Kleinparzellen geschehen, wo Flugzeuge zur Schädlingsbekämpfung nicht eingesetzt werden können, die maschinelle Zuckerrohrernte unmöglich ist, umfangreiche, automatische Bewässerungsanlagen und



Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft bei der Zuckerrohrernte

andere Techniken zur optimalen Nutzung des Landes und zur Erhöhung der Produktivität je Arbeiter und Hektar nicht eingeführt werden können. Aus diesem Grund legten wir unseren Bauern – die noch 30% des fruchtbaren Bodens besitzen, der aber größtenteils zerstückelt und über das ganze Land zerstreut ist – am 15. Jahrestag der Agrarreform die absolute Notwendigkeit für unser Volk dar, bessere Methoden der landwirtschaftlichen Produktion einzuführen und zwar auf der sozialen wie auf der technischen Ebene durch das Beschreiten zweier Wege: durch die Integration in die umfangreichen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Nur dadurch werden wir in der Lage sein, alle Bauernfamilien mit Strom, mit fließendem Wasser, mit familiengerechten Wohnbedingungen, mit den besten kulturellen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen versorgen zu können, was bei der Verstreuerung der Bauern über das ganze Land unmöglich wäre.

Dieser Aspekt wurde in den vor dem Parteitag geführten Diskussionen in allen Kleinbauereinheiten und in aller Gründlichkeit analysiert. Wir wollen unterstreichen, daß so ein Projekt nicht über Nacht verwirklicht werden kann – selbst wenn man es wollte, wäre es nicht wünschenswert.

Ein derartiges Vorhaben muß überlegt und nach einer gründlichen Analyse der Voraussetzungen des Landes hinsichtlich der Fragen, wann, wie und welche Schritte unternommen werden, sorgfältig und verantwortungsvoll durchgeführt werden. Z. B. besteht in den Gebirgsgebieten aufgrund der Beschaffen-

heit des Bodens, der Landschaft und den Schwierigkeiten bei der Einführung neuer Technologien keine Eile oder zwingende Notwendigkeit zur sofortigen Verwirklichung dieser Kriterien. Die Annahme der Vorlage durch die Kleinbauereinheiten beinhaltet keine Verpflichtung zur Zusammenlegung des Landes. Sie stellt lediglich ein demokratisches Meinungsbild dar. Die Integration in den staatlichen Plan oder die Bildung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft kann nur durch den freien Entschluß jedes einzelnen Bauern und aufgrund der Überzeugung, daß dies seine Pflicht ist und seinen Interessen entspricht, verwirklicht werden. Die Revolution achtet und wird auch weiterhin den freien Willen jedes Bauern achten. Die Bauern sind der Bündnispartner der Arbeiterklasse. Sie wird nie Zwangsmethoden gegen ihre Kampfesbrüder anwenden oder von der Überzeugungsarbeit abgehen, ob das nun erfolgreich ist oder auch nicht. Dieses Prinzip wird streng eingehalten. Das ist es, was wir unseren Bauern noch einmal versichern.

Wir wissen, daß neue Generationen aufwachsen und mit großen revolutionären Vorstellungen erzogen werden, daß die alte Lebensweise der Bauern zurückbleiben wird, so wie wir schon Armut, Ausbeutung, Analphabetentum, Vernachlässigung und Ungerechtigkeit hinter uns gelassen haben. Wir wissen, daß das ganze Volk – darunter wie in allen historischen Epochen unsere heldenhaften und enthusiastischen Bauern – entsprechend dem Gang der Geschichte, den Bedürfnissen des Landes und dem Aufruf der Revolution fortschreiten wird.

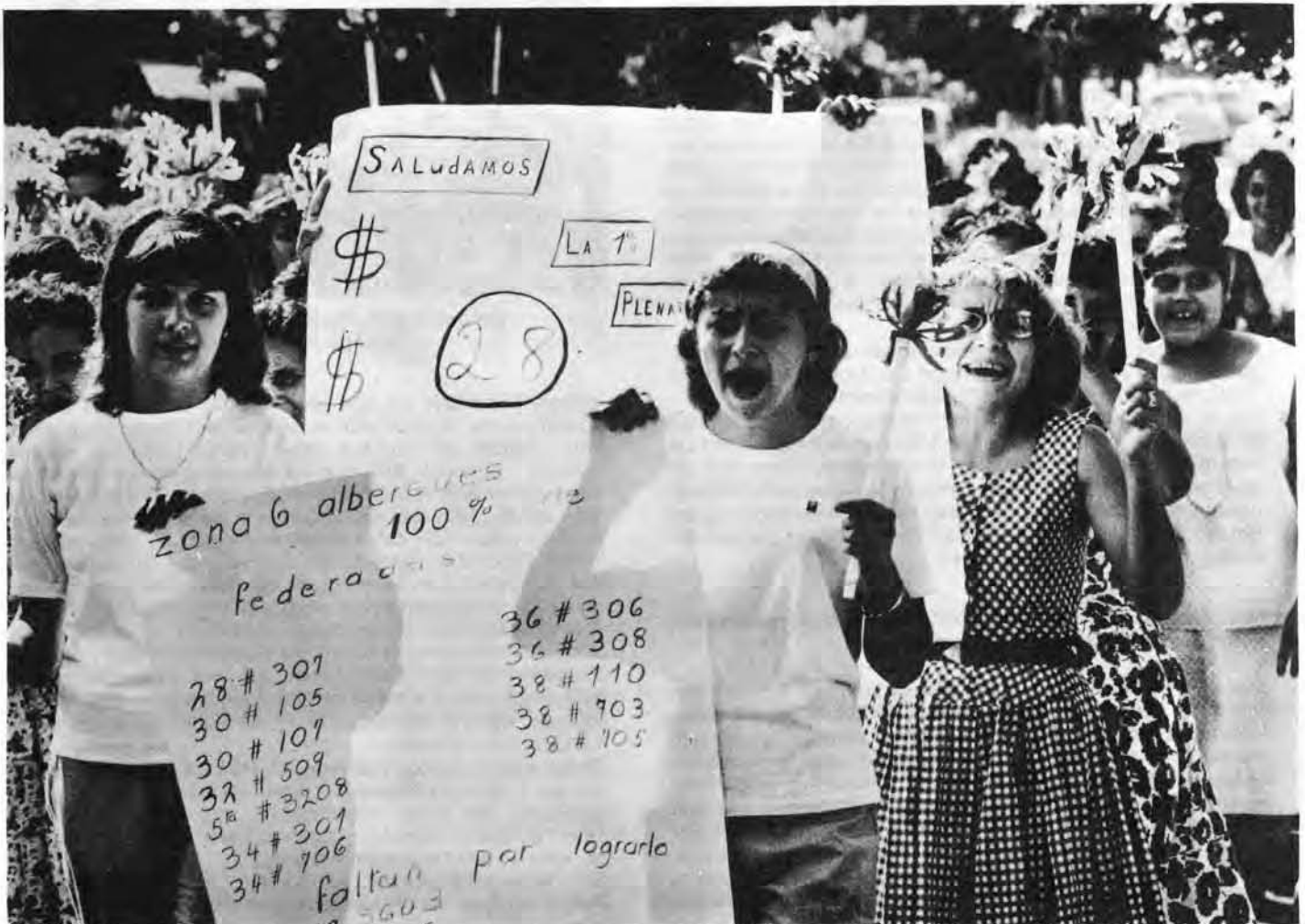
Der gewaltige Beitrag der kubanischen Frauenbewegung

Die Kubanische Frauenvereinigung (FMC), die am 23. August 1960 auf der Grundlage der Vereinigung aller damals bestehenden revolutionären Frauenorganisationen geschaffen wurde, wuchs von zunächst eifrigen tausend Mitgliedern auf 2 127 000

Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Studentinnen, Hausfrauen, Technikerinnen und Angehörigen der Streitkräfte und des Innenministeriums an und organisiert 80% aller Frauen über 14 Jahre. Die Kampftraditionen der kubanischen Frauen reichen zurück bis in die Zeit der ersten Aufstände in unserem Land gegen die Grausamkeiten der Eroberer und die Peitsche der Sklavenhalter. Der Patriotismus unserer Widerstandsbewegung füllt Seiten der Heldengedichte von 1868 und 1895, aus der vor allem Persönlichkeiten wie Ana Betancourt und Mariana Grajales herausragen. Revolutionäre Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Studentinnen und Intellektuelle standen in der vordersten Front im Kampf gegen die Machado-Tyrannie, gegen den Imperialismus und für die Verteidigung der Interessen des Volkes während der Pseudo-Republik. Die kubanische Frau war bei der Moncada dabei, sie war in den Guerillaeinheiten der Rebellenarmee und im gefährlichen Kampf im Untergrund nach dem 26. Juli 1953. Sie spielte eine immer wichtigere Rolle bei allen revolutionären Aufgaben seit dem Sieg am 1. Januar.

Die kubanische Frau, die völlig gedemütigt und von der halbkolonialen Gesellschaft in den Hintergrund verwiesen worden war, benötigte diese eigene Organisation, um ihre spezifischen Interessen zu vertreten und sich für ihre umfassende Beteiligung am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben der Revolution einzusetzen.

Von solchen Zielvorstellungen geleitet, führte die kubanische Frauenvereinigung unzählige Aktivitäten in den verschiedensten Bereichen durch. Sie haben dazu beigetragen, über eine halbe Million Frauen in die Produktion einzubeziehen, Frauen für viele Aufgaben zu mobilisieren: für die Landesverteidigung, die Alphabetisierungskampagnen, die Weiterbildungsveranstaltungen, für landwirtschaftliche Arbeiten und die Gesundheitsfürsorge, für die Solidarität und politische Schulungen. Das wichtigste und ausschlaggebendste Resultat dieser Bemühungen ist der bemerkenswerte Wandel des politischen und ideologischen Bewußtseins unserer Frauen, zweifellos einer der hervorragendsten Erfolge, die die Revolution heute aufweisen kann.



Kundgebung der Kubanischen Frauenvereinigung (FMC)

Die folgenden Angaben verdeutlichen die Aktivitäten der FMC: 900 000 Frauen haben sich der Bewegung der für Bildung kämpfenden Mütter angeschlossen, über 500 000 Frauen haben seit 1960 Nähschulen absolviert, über 110 000 Bäuerinnen gehören den FMC-ANAP Brigaden an, 1,5 Mio FMC-Mitglieder besuchen die Gesundheitsforen der Organisation, über 50 000 Frauen sind Mitglieder der Gesundheitsbrigaden, über 13 000 haben sich für derart lobenswerte Tätigkeiten wie die Sozialarbeit eingesetzt. In diesem Jahr, in dem die FMC äußerste Anstrengungen zu Ehren des 1. Parteitages unternahm, wurden 95 000 Frauen in die produktive Arbeit einbezogen; das scheinbar zu ehrgeizige Ziel der Frauenarbeit in Bauberufen wurde vierfach übererfüllt, 20 000 Genossinnen übernahmen derartige Arbeiten; mehr als 221 Mio Arrobas (2,5 Mio t) Zuckerrohr wurden geerntet; und über 7 Mio freiwillige Arbeitseinsätze fanden zur Unterstützung verschiedener volkswirtschaftlicher Bereiche statt.

In den 15 Jahren ihres Bestehens stand die FMC im Mittelpunkt der glorreichen Bewegung zur Verwirklichung der Menschenwürde und der sozialen und menschlichen Emanzipation unserer Frauen. Auch in Zukunft wird sie das Zentrum des Kampfes zur Beseitigung der letzten diskriminierenden Vorurteile und der Verwirklichung der vollen Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen sein.

Der bedeutende 2. Kongreß der Kubanischen Frauenvereinigung vom November 1974 erklärte dies zu ihrem Ziel. Es ist ein historisch bedeutsamer Kampf, der alle Revolutionäre unter uns betrifft und in dem die Frauenorganisation unweigerlich von der politischen und ideologischen Stärke unserer Partei sowie von den Volksorganisationen und den Behörden des revolutionären Staates unterstützt werden wird.

Der Stolz unseres Volkes: die Komitees zur Verteidigung der Revolution

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), zu Recht der Stolz unseres Volkes, wurden am 28. September 1960 während des revolutionären Kampfes als schlagkräftige und entschlossene Antwort der Massen auf den konterrevolutionären Terrorismus gebildet. Heute sind sie mit 4 800 000 Mitgliedern die breiteste Massenorganisation, die 80 % der Bevölkerung des Landes über 14 Jahre umfaßt.

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution wurden auf einen Aufruf der revolutionären Führung unseres Landes hin gegründet, um vor dem Feind auf der Hut zu sein und ihn zu bekämpfen. Als der Söldnerangriff in der Schweinebucht gestartet wurde, unterstützten die CDR aktiv die staatlichen Sicherheitskräfte, um jegliche innere Aktion von Seiten konterrevolutionärer Elemente zu unterbinden. Sie wurden auch während der Oktoberkrise und angesichts all der anderen Aggressionsakte und -drohungen des Imperialismus mobilisiert. Die CDR übernahmen die Rolle von Sonderverbänden während der intensiven politischen und ideologischen Kämpfe der ersten Revolutionsjahre, als die Feinde unseres Volkes versuchten, boshafte Verleumdungen zu verbreiten und Provokationsakte heraufzubeschwören, was ihrem Klassenhaß entsprach. Die CDR spielten auch eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Schwarzen Markt und bei der Organisierung der Nahrungsmittelversorgung.

Seit 1961 setzten sich die CDR kontinuierlich für die Bildungsarbeit und die ideologische Schulung der Massen ein; sie leisteten einen wertvollen Beitrag in der Erfüllung unserer Solidaritätsverpflichtungen, indem sie ihre Mitglieder dazu anhielten, die Kämpfe der Völker zu studieren und sie durch Aktionen zu unterstützen und indem sie ihrer Freundschaft zu den sozialistischen Ländern Ausdruck verliehen. Sie haben die Freiwilligenarbeit als einen unabdingbaren Faktor zur Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der Massen ständig gefördert. Sie haben die Arbeit der CDR-FAR Front zur Förderung der patriotischen militärischen Einsatzbereitschaft unserer jungen Menschen und ihrer Familien weitergeführt, und sie haben mit ihrem üblichen Eifer kulturelle und sportliche Erholungsmöglichkeiten für unser Land erschlossen.

Die CDR sind eine Kraft, die die verschiedensten wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufgaben der Gesellschaft bewältigen können. Angesichts der Notwendigkeit, wichtige Aufbaupläne zu realisieren, setzten sich die Komitees zur Verteidigung der Revolution in Marsch, um das Lateinamerika-Stadion wiederaufzubauen, um die Tallapiedra Kraftwerkanlage, das Zentralkrankenhaus von Havanna, die Molkereien unserer Hauptstadt, die Stadien von Matanzas und Cienfuegos auszubauen und viele

andere Aufbau- und Umbauvorhaben an Schulen, Wohnhäusern und Anlagen vorzunehmen.

Andere wichtige Aufgaben der CDR in den letzten 15 Jahren bestanden in der Auswahl von beinahe 3 900 000 in der Erziehung beispielhaften Eltern, dem Beitrag zur Einbeziehung von mehr als 71 000 Menschen als Volkstlehrer in das Bildungswesen, der Sammlung von 1 181 000 Blutspenden, ihrer Tätigkeit zur Überzeugung 2,5 Mio Frauen, Krebs-Vorbeugeuntersuchungen vornehmen zu lassen, in der Impfung von 1 850 000 Kindern gegen Kinderlähmung, der Sammlung von über 700 Mio Behältern aus Glas und anderen Rohstoffen, um dadurch Millionen von Dollar an ausländischen Devisen einzusparen und in der massenhaften Unterstützung bei der Zuckerrohrernte, allgemeiner landwirtschaftlicher Arbeiten und anderer sozialer und ökonomischer Aufgaben. In diesem Jahr haben die CDR z. B. 12 000 Caballerias (über 160 000 ha) Land gesäubert, um die Mechanisierung der Zuckerrohrindustrie zu unterstützen.

Für das Volk sind die CDR kampfstärke, immer einsatzbereite und unersetzbare Instrumente, auf deren Hilfe die Revolution bei der Ausführung ihrer Arbeit jederzeit zählen kann. In großartiger Weise antworteten die CDR kürzlich auf den Aufruf zur Säuberung und Verschönerung unserer Städte und Ortschaften, der das Ziel hat, Kuba in einen Garten zu verwandeln; ebenso trugen sie zu solch revolutionären Bestrebungen wie die Schaffung der Volksmacht in der Provinz Matanzas bei, ein Experiment, das im nächsten Jahr mit der Hilfe der CDR auf das ganze Land ausgedehnt wird.

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution sind auf die Zukunft ausgerichtet, auf den Sozialismus und Kommunismus. Auch sie werden bald ihren ersten Kongreß abhalten.

(Dritter und letzter Teil in der Nr. 4/1976)

(Quelle: Granma, 28. Dezember 1975 und 4. Februar 1976)

elan

März'76

Die Enthüllung des Monats! Bundesdeutsche Waffen- händler verschoben über Tarnfirmen Kriegsmaterial nach Angola!

Millionengeschäfte mit dem angeblichen Befreiungskampf von FNLA/Unita. elan-Redakteure haben das Komplott aufgedeckt.

Wie funktioniert das Geschäft mit den Söldnern?

Wer sind die Drahtzieher des schmutzigen Waffengeschäfts?

elan hat sie aufgespürt. Mit Namen und Adresse.

Hier sind die Beweise:

Knallharte Fakten und Dokumente. Alles in der Märzangabe von elan – dem sozialistischen Jugendmagazin. Für 1 DM.

elan – jeden Monat neu. Mit allem, was junge Leute interessiert:

Politik, Information aus Betrieb und Schule, Hintergründe, Sport, Freizeit.

Probeheft anfordern! elan, Postfach 789, 4600 Dortmund 1

Afar und Issa

Lothar A. Heinrich

Der Unabhängigkeitskampf der Afar und Issa gegen die französische Kolonialmacht

Jahrelang ist es Frankreich überaus erfolgreich gelungen, eine seiner wichtigsten Kolonien aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Erst die Ereignisse am 3. Februar dieses Jahres haben auch in Europa einen entsprechenden Widerhall gefunden. An diesem Tag hatte ein Kommando der Front de Libération de la Côte des Somali (Befreiungsfront der Küste der Somali - FLCS) in der Nähe des Ortes Loyada einen Bus mit französischen Schulkindern gekidnappt und die Unabhängigkeit der Kolonie wie die Freilassung der in den Kolonialgefängnissen inhaftierten Mitkämpfer gefordert. Die Reaktion der Kolonialmacht war bezeichnend für den generellen Charakter ihrer Herrschaft: Sie verstärkte ihre Truppen und flog von Paris aus Scharfschützen ein, die nicht nur die beteiligten Mitglieder der FLCS, die inzwischen nur noch die Freilassung ihrer Kameraden forderten, sondern auch eines der Schulkinders erschossen. Gleichzeitig begann die Kolonialmacht eine bewaffnete Provokation gegen die Demokratische Republik Somalia, um so von den Problemen der Kolonie auf einen äußeren Konflikt abzulenken.

Auf 20 Einwohner 1 Soldat

Mit einem Soldaten auf 20 Einwohner und einem elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun rund um die Hauptstadt Djibouti erinnert diese letzte französische Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent, die heute den Namen Französisches Territorium der Afar und Issa (TFAI) führt, stark an Algerien während des Unabhängigkeitskrieges.

Das TFAI hat eine Ausdehnung von 23.000 km²; davon sind 89% Wüste und 10% Weide und Wald. Die genaue Zahl der Einwohner ist nicht bekannt; die Schätzungen schwanken zwischen 200.000 und 250.000¹⁾, rund 120.000 von ihnen leben in der Hauptstadt. Weit über die Hälfte der Bevölkerung gehört zum Volksstamm der Somali bzw. Issa. Die übrigen sind im wesentlichen mit den äthiopischen Danakil identische Afar und ca. 10.000 Europäer.

Die französische Präsenz geht auf das Jahr 1862 zurück. Von 1896 bis 1967 trug die Kolonie, die 1946 den Status eines Überseeterri-



toriums erhalten hatte, den Namen Französische Küste der Somali. Frankreich rechtfertigt seine Anwesenheit mit dem Ergebnis zweier Referenden über die Unabhängigkeit von 1958 und 1967. Zudem macht es sich die Argumentation des Präsidenten des lokalen Parlamentes, Ali Aref Bourhans, zu eigen, der den "Schutz" von seiten Frankreichs so lange für nötig hält, als die angeblichen tribalistischen Widersprüche zwischen den Afar und den Issa nicht beigelegt seien und die Nachbarstaaten, vor allem Somalia, das Territorium annectieren wollten. Bei genauem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, daß die Gründe für die koloniale Präsenz und den Wunsch Ali Arefs ganz andere sind.

Seit sich im Gefolge des 2. Weltkrieges auch in Somalia ein immer stärkeres Nationalbewußtsein entwickelte, kam es auch im französischen Teil immer wieder zu Erhebungen gegen die Fremdherrschaft. Der französische Kolonialismus begegnete dem auf althergebrachte Weise und begann durch die Bevorzugung der politisch noch nicht erwachten Afar, ethnische Spannungen zu erzeugen bzw. zu fördern. Dabei protegierte Paris vor allem die Afar Notablen, wie den seit nunmehr 15 Jahren amtierenden Präsidenten Ali Aref. Diese Unterstützung war für ihn auch wirklich ausschlaggebend und nahm bei den lokalen Parlamentswahlen und mehr noch

beim Referendum von 1967 sehr massive Formen an. Neben den unter kolonialen Bedingungen allgemein üblichen Methoden wie Bestechung von Stammeshäuptlingen und der direkten Einschüchterung der Wähler fand seit Mitte der 60er Jahre ein besonders effektives Mittel Verwendung: die Massendeportation. Um das ethnische Zahlenverhältnis zugunsten der in der Vergangenheit loyaleren Afar zu verändern, haben die Kolonialbehörden allein seit 1966 über 20.000 potentielle Opponenten, zumeist Issa, aus den Armutsvierteln Djiboutis in Nacht und Nebelaktionen auf Militärlastwagen verfrachtet und in Notlagern in der Wüste abgeladen. Seit Mai 1975 wurden auf diese Weise weit über 1.000 Einwohner der Stadt vertrieben. Ein großer Teil der Deportierten besitzt keinen französischen Paß, was aber lediglich das Ergebnis einer gezielten Politik ist. Während alle Afar einen solchen Paß besitzen, sind es bei den Issa nur 23.000. Gleichzeitig holen die Behörden weitere Afar aus Äthiopien ins Land. Der erwähnte Zaun hat nun gerade die Funktion, die heimliche Rückkehr der Deportierten zu verhindern. Die Zahl derer, die bei dem Versuch es dennoch zu tun auf Minen treten oder von den Wachen erschossen werden, ist beträchtlich. Es ist also offensichtlich, daß die "Wahlen" eine Farce sind, zumal wenn man hört, daß Ali Aref in Wahlkreisen mit 400 eingeschriebenen Wählern 4.000 Stimmen erhalten hat²⁾.

Die Haltung Somalias und Äthiopiens

Ebenso fadenscheinig ist das Argument, daß Äthiopien oder Somalia die Eigenständigkeit des Territoriums bedrohen und daher zumindest die militärische Anwesenheit Frankreichs auch nach einer formalen Unabhängigkeit notwendig bleibe. Nachdem die somalische Regierung trotz ihres generellen historischen Anspruches ihre auf dem Respekt des ungeschmälernten Selbstbestimmungsrechtes beruhende Position schon vor Jahren formuliert hat³⁾, hat die äthiopische Regierung auf der OAU-Gipfelkonferenz am 30.7. 1975 das Selbstbestimmungsrecht ebenfalls anerkannt. Damit ist natürlich ein eventueller freiwilliger Anschluß nicht ausgeschlossen. Die Haltung Somalias wird entsprechend auch von der einzigen legalen Oppositionspartei der Kolonie, der Ligue Populaire Africaine de l'Indépendance (Afrikanische Volksliga für die Unabhängigkeit - LPAI), gewürdigt: "Somalia ist ein privilegierter Zeuge. Dadurch, daß es von unseren Problemen spricht, verhindert es, daß unser Leiden ignoriert bleibt. Die Idee einer Annexion unseres Territoriums existiert nur in der Vorstellung Frankreichs. Somalia ist in der Tat für uns das, was London für Frankreich während der Nazi-Besetzung war." 4)

Natürlich ist die Opposition gegen die Regierung Ali Aref und die ihn stützende Kolonialmacht nicht nur das Ergebnis nationalistischer Gefühle. Neben der beispiellosen Brutalität der Unterdrückungsmethoden hat vor allem auch die schlechter werdende wirtschaftliche und soziale Lage der werktätigen Bevölkerung zu einem wachsenden Widerstand bei Issa und Afar gleichermaßen geführt. Einen organisatorischen Höhepunkt hat diese Entwicklung im Februar 1975 mit dem Zusammenschluß der Union Populaire Africaine (Afrikanische Volksunion) Hassan Gouleds, der Ligue pour l'avenir et l'ordre (Liga für Zukunft und Ordnung) Ahmed Dinis und der Action Justice et Progrès (Aktion für Gerechtigkeit und Fortschritt) zur erwähnten LPAI erreicht. Die führenden Leute dieser Partei, die gleichermaßen Afar und Issa umfaßt, haben zwar jahrelang im Rahmen der vom Kolonialismus geschaffenen Institutionen mitgearbeitet. Sie haben jedoch vor allem nach den blutigen Ereignissen des Jahres 1967, als De Gaulle bei seinem Besuch Djiboutis von der Bevölkerung mit dem Ruf nach Unabhängigkeit empfangen wurde und die Polizei daraufhin ein Blutbad anrichtete, erkannt, daß nur die Unabhängigkeit die notwendige grundlegende Änderung der herrschenden Zustände herbeiführen kann. Inzwischen ist die LPAI eine, allerdings bloß taktische, wie es scheint, Allianz mit der von Mogadiscio aus operierenden Bewegung FLCS, die für den bewaffneten Kampf eintritt, eingegangen. Damit wird die im äthiopischen Exil sich befindende Mouvement de Libération de Djibouti (Befreiungsbewegung von Djibouti - MLD) endgültig an den Rand gedrängt.

Die soziale und wirtschaftliche Lage des TFAI ist katastrophal. Außer dem Hafen, einigen Banken, dem Flughafen und der Eisenbahn nach Addis Abeba gibt es kaum wirtschaftliche Aktivitäten. Die gesamte Agrarfläche beträgt nur 90 ha.; 80% der einheimischen Bevölkerung sind arbeitslos. Für sie gibt es anders als für die hier arbeitenden Franzosen keinerlei staatliche Versicherung. Auf dem Gesundheitssektor kann sich die Kolonie mit 1 Arzt auf 30.000 Einwohnern nur noch mit Äthiopien vergleichen. Die nomadische Bevölkerung des Hinterlandes erhält keinerlei Schulbildung, während das schulische Weiterkommen der einheimischen städtischen Bevölkerung durch bestimmte Mechanismen bewußt hintertrieben wird. Um die Bevölkerung unter diesen Umständen ruhig zu halten, bedient sich die Kolonialmacht nicht nur der erwähnten terroristischen Methoden, sondern importiert massiv das in Frankreich aus gutem Grund verbotene Rauschmittel Qat.

Täglich werden von der Bevölkerung 4-5 t dieses Apathie hervorrufenden Giftes konsumiert. Eine andere soziale Seuche, die eng mit dem Charakter Djiboutis als Militärbasis verbunden ist, ist die Prostitution. Auch an den 4.500 lizenzierten Prostituierten verdient die Verwaltung nicht schlecht.

Die Bedeutung der strategischen Lage

Es ist offensichtlich, daß Frankreich nicht aus irgendwelchen ökonomischen Gründen an seiner Kolonie festhält. Vielmehr ist ihre strategische Lage von ausschlaggebender Bedeutung. Nach dem Verlust der Marinebasis von Diego Suarez auf Madagaskar verbleiben dem imperialistischen Lager nur noch 5 Stützpunkte im Bereich des westlichen Indischen Ozeans und des Nahen Ostens: Diego Garcia, Masirah vor der Küste Omans, die Kagnew-Station in der äthiopischen Provinz Eritrea, alle 3 in anglo-amerikanischer Hand, und schließlich die französischen Basen La Réunion und Djibouti. Davon ist zumindest die Kagnew-Station durch den Kampf der eritreischen Befreiungsbewegung unmittelbar bedroht. In letzter Zeit ist eine Verstärkung der imperialistischen Militärmacht in diesem Raum zu beobachten. Im TFAI selbst hat sich die Zahl der Fremdenlegionäre als Antwort auf den wachsenden Widerstand des Volkes deutlich erhöht. Mit der jüngsten Entsendung zweier Kriegsschiffe ist auch die französische Flotte weiter verstärkt worden. Sie umfaßt damit in dieser Region 18 Einheiten⁵⁾, darunter den Flugzeugträger Clemenceau.

Wenn Frankreich seit geraumer Zeit ebenso wie sein Statthalter Ali Aref erklärt, es wolle das TFAI in die Unabhängigkeit entlassen, so ist das durchaus glaubhaft. Die Frage ist nur, welche Art Unabhängigkeit. Frankreich ist als Teil der imperialistischen Allianz in erster Linie aus militärischen Gründen an Djibouti interessiert und fördert daher schon seit längerem eine Lösung, die die Beibehaltung der Marinebasis beinhaltet. Dabei findet Paris nicht nur, wie ja auch nicht anders zu erwarten, bei Ali Aref Unterstützung, sondern ebenso - wenn auch etwas zurückhaltender - von Seiten Äthiopiens. Äthiopien war das einzige Land, das gegen die UN-Resolution vom 5.12.1975 stimmte, in der Frankreich u.a. aufgefordert wurde, seine Militärbasis in Djibouti aufzulösen. Die imperialistischen Länder enthielten sich aus taktischen Gründen der Stimme.

Dennoch ist das politische Überleben Ali Arefs überaus zweifelhaft. Es ist längst offensichtlich, daß er jeden nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung zugunsten der LPAI und der

FLCS verloren hat. Auch unter den Afar und unter Parlamentsabgeordneten, die einmal auf der Liste Ali Arefs gewählt worden waren, nimmt die Zahl derer zu, die sich von ihm distanzieren. Wie die zukünftige Entwicklung aussehen wird, hängt nicht unwesentlich davon ab, ob die LPAI ihre konsequente gegen jeden Militärstützpunkt gerichtete Linie beibehält.

Seit Februar dieses Jahres kann man beobachten, daß alle möglichen Kräfte unter ihnen die äthiopische Regierung für eine Übereinkunft zwischen Ali Aref und der LPAI eintreten, eine Möglichkeit, die noch vor kurzem von beiden abgelehnt wurde. Es deutet einiges darauf hin, daß mit der inzwischen zutage tretenden kompromißlerischen Tendenz bei der LPAI der Einfluß der FLCS weiter ansteigt. Gleichzeitig hat sich auch die Haltung der somalischen Regierung weiter verhärtet. Sie hatte sich schon im Juli 1975 für ein Referendum unter Aufsicht der UNO, der OAU oder gar unter "französischer demokratischer Kontrolle" ausgesprochen und betont, daß der neue Staat frei sei, zu kooperieren mit wem es ihm beliebt. Lediglich die Existenz ausländischer Militärbasen sei für Somalia nicht annehmbar. Die Haltung Somalias in dieser Frage ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Somalia die FLCS unterstützt, die bereits die ersten Vorbereitungen für den bewaffneten Kampf im TFAI getroffen hat. Die französische Antwort auf diese Bedrohung der neokolonialen Interessen hat nicht auf sich warten lassen. Seit Dezember letzten Jahres konzentriert Paris Truppen an der somalischen Grenze und hat diese Truppen bisher zweimal in der Nähe von Loyade provokativ eingesetzt, das erstemal am 20.12. und zuletzt im Zusammenhang mit der Geiselnahme. Das wurde in Mogadiscio als direkter Angriff auf die somalische Revolution gewertet und es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß Somalia, auch wenn es prinzipiell für eine friedliche Lösung der Konflikte eintrete, sich mit allen Mitteln zu verteidigen wisse. Seitdem ist es nicht wieder zu unmittelbaren Auseinandersetzungen gekommen. Die Spannungen dauern jedoch innerhalb des TFAI und an der somalischen Grenze an.

Anmerkungen:

- 1) Pour la Justice A Djibouti, Dialogue Nr. 49/1975 (Publication du Mouvement Chrétien pour la Paix), Paris, S. 17 und 20
El Moudjahid, Algier, 31.5.1975
- 2) Jeune Afrique, Paris, 25.7.1975
- 3) Pour la Justice A Djibouti, Dialogue Nr. 49/1975, S. 15
- 4) Jeune Afrique, Paris, 13.6.1975
- 5) El Moudjahid, Algier, 27.2.1976

Im 1. Halbjahr 1975 rekonstituierte sich in Ägypten die marxistische Bewegung unter illegalen Bedingungen zur Ägyptischen Kommunistischen Partei (ÄKP). Nachdem sich die ÄKP erstmals am 1. Mai 1975 an die ägyptische Öffentlichkeit gewandt hatte, publizierte das Zentralkomitee der Partei im August 1975 ein erstes programmatisches Dokument, den "Politischen Report der Ägyptischen Kommunistischen Partei".

Dieses ungekürzt wiedergegebene Grundsatzdokument zeichnet sich durch eine umfassende Charakterisierung des außenpolitischen Abrückens der Regierung Sadat von den nationalen (d.h. gesamtarabischen bzw. "nationalistischen") Interessen ebenso aus wie durch eine eingehende Betrachtung des sozialökonomischen Restaurationsprozesses und der verschiedenen Gruppierungen und Klassenkräfte des herrschenden Bündnisses.

Für den ägyptischen Volkswiderstand formuliert der Report fünf aktuelle Kampfaufgaben, darunter die Aufforderung an alle antiimperialistischen, nationaldemokratischen Kräfte des Landes, eine gemeinsame Front der Volkskräfte zu schaffen. Mit ihrer Aufforderung wendet sich die KP Ägyptens in erster Linie an die linksnasseristischen Kräfte, die zum großen Teil noch innerhalb der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) arbeiten und die sich wie der Major Khaled Moheddiene oder Kemal E. Rifaat auf die von Nasser entwickelte ASU-Nationalcharta von 1962 als programmatische Grundlage stützen.

Die KP Ägyptens geht auf mehrere in den 20er und 30er Jahren begründete marxistische Gruppierungen zurück, deren stärkste den Namen Hadtu-Bund trug. Mehrere dieser Gruppen, die besonders in den 50er Jahren harten Verfolgungen ausgesetzt waren, hatten sich 1958 zu einer lockeren marxistischen Assoziation, der Vereinigten Ägyptischen Kommunistischen Partei, zusammengeschlossen. Mit ihrer offiziellen Auflösung im Jahre 1964 erfolgte die Mitarbeit eines großen Teils ihrer Mitglieder innerhalb der ASU.

Die nun vollzogene eigenständige Reorganisierung der ägyptischen Marxisten ist u.a. das Resultat des Rechtskurses der ägyptischen Führung und der von der ASU gegen die Linkskräfte verhängten rigorosen Einschränkung ihrer politischen Bewegungsfreiheit. Zum anderen zeugt die Neukonstituierung der KP Ägyptens als eine revolutionäre Arbeiterpartei auf marxistisch-leninistischer Grundlage davon, daß sie ein höheres Maß an ideologisch-politischer Geschlossenheit und Einheit im Handeln für unabdingbar hält. Ihr kommt als der einzigen, politisch organisierten Kraft der revolutionären Linken eine "historische Verantwortung" für die Zukunft des Landes und der arabischen Befreiungsrevolution zu.

Politischer Report der Ägyptischen Kommunistischen Partei

Der antinationale Kurs des Regimes und die Aufgaben des Volkswiderstandes

Die herrschenden Kreise Ägyptens schwenken, entgegen dem Lauf der Geschichte, zusehends auf den Kurs der Reaktion und gehen dabei in allen Bereichen Schritt für Schritt zurück.

Das Abrücken Kairo von den arabischen Nationalinteressen

Die herrschenden Kreise fühlen sich der amerikanischen Rolle im Nahen Osten verpflichtet und zeigen sich bereit, einer amerikanischen Lösung des Nahostkonflikts zuzustimmen. Sie erkennen Stück für Stück den Staat Israel an, und steuern auf eine von der arabischen Welt abgehobene Koexistenz mit dem Staat Israel.

Sie schließen eine separate Teillösung mit Israel als Entgelt für einige Kilometer Wüstenland auf dem Sinai nicht aus. Immer mehr rücken die herrschenden Kreise vom "strategischen Bündnis" mit der Sowjetunion ab. Sie inszenieren Kampagnen gegen die Sowjetunion und demontieren die ägyptischen Beziehungen zu den Ländern des sozialistischen Lagers. Sie sind nach Kräften bemüht den amerikanischen Imperialismus reinzuwaschen, indem sie ihm die Rolle eines Friedensstifters andichten, seine gegen alle Volksrevolutionen gerichteten imperialistischen Provokationen

als "Aktivitäten im Dienste des Friedens und der weltweiten Entspannung" bezeichnen und indem sie die USA als einen treuen Freund Ägyptens und der Araber feilbieten.

Sie weiten ihre Beziehungen besonders mit den als imperialistische Stellvertreter agierenden Regimes aus, z.B. mit dem iranischen Regime. Ferner hegen sie die Absicht, eine offizielle Freundschaftsmission nach Chile zu senden, um so der faschistischen Junta Chiles zur Überwindung ihrer Isolation zu verhelfen. Ihre Zusammenarbeit mit den reaktionären arabischen Regimes nimmt weiter zu und die Achse Kairo-Riad wurde geschmiedet, während das ägyptische Regime gleichlaufend seine Beziehungen mit Syrien einfro, seine Verbindungen zum palästinensischen Widerstand lockerte und die Zusammenstöße mit Libyen fortführte. Die Tendenz des Abrückens von den nationalen (gesamtarabischen, d.Red.) Verpflichtungen nimmt zu. Die herrschenden Kreise Ägyptens decken die Manöver des Imperialismus und der Reaktion bei deren Bedrohung des palästinensischen Widerstands und der Einheit des Libanon, indem sie die Position eines neutralen Beobachters zwischen der Reaktion auf der einen, der nationaldemokratischen Bewegung und des

palästinensischen Widerstands auf der anderen Seite beziehen.

Der Zermürbungskrieg gegen die Volksbewegung

Die herrschenden Kreise Ägyptens unterdrücken Volksbewegungen wie die Kampfaktionen der Arbeiter der Rüstungsfabriken am 1. Januar 1975, der Mehalla-Textilarbeiter, der Fellachen (Bauern, d.Red.) von Dekernes und andere.

Sie setzen ihren Zermürbungskrieg gegenüber den Linkskräften in Ägypten mit fortgesetzten Inhaftierungen fort. Die fortschrittliche Presse wurde abgewürgt, was ein Blick auf die Zeitung Al Katib, die Beschränkungen bei Al Talia oder das unregelmäßige Erscheinen der Publikation der Universität von Mansourah anzeigen. Die Führungspositionen in der Presse übergab man an die Rechtskräfte, während die linksorientierten Journalisten in Randpositionen abgedrängt wurden. Die über Wahlen des Rates der Journalistenunion für den Höheren Rat des Pressewesens bestimmte journalistische Interessenvertretung wird ignoriert. Das vom Generalkongreß der ägyptischen Studenten beschlossene Studentenprogramm wird ebenfalls ignoriert. Stattdessen wurde ihnen ein Programm aufgezwungen, welches die demokratischen Rechte der Studenten beschneidet und die Kontrolle über die Studentenbewegung noch verstärkte. Viele fortschrittliche Kräfte wurden von den Kandidatenlisten für die Mitgliedschaft in der Arabischen Sozialistischen Union (ASU - 1962 gegründete Regierungspartei, d. Red.) gestrichen.

Zeichen der ökonomisch-sozialen Restauration

Die geschätzten Kapitalinvestitionen des privaten Sektors stiegen von 30 Mio Ägyptische Pfund (LE) im Jahre 1974 auf 100 Mio LE 1975. Dem privaten Sektor wurde sowohl der Besitz von Öltankern bis zu einer Kapazität von 40.000 BRT als auch von Frachtschiffen bis zu einer Kapazität von 15.000 BRT, sodann der Erwerb von Passagierschiffen und eines Teils des inländischen Passagiertransportwesens zugestanden. Der Gesamtbetrag der Regierungsaufträge für Unternehmer des privaten Sektors erhöhte sich von 100.000 auf 500.000 LE. Einheimische Privatunternehmer und Freiberufliche genießen nun die gleichen steuerlichen Begünstigungen wie das arabische und sonstige Fremdkapital. Dem ägyptischen privaten Sektor wurden dieselben Anlageprivilegien gewährt wie zuvor schon (per Gesetz von 1971, d.Red.) den anderen arabischen Kapitalinvestoren. Der Aktienverkauf von Gesellschaften des staatlichen Sektors wurde ebenso erlaubt wie die

Auflösung von Anlagen des staatlichen Sektors oder ihr Verkauf an den privaten Sektor. Dies bezieht sich auch auf kommerzielle Gesellschaften, die früher Staatseigentum waren. Es gibt eine Tendenz, staatliche Einrichtungen abzuschaffen und den staatlichen Sektor unter dem Vorwand der Unabhängigkeit jeder ökonomischen Einheit aufzulösen.

Fremden und Arabern wurde der private Aufkauf von Land in Ägypten gestattet, was die Souveränität Ägyptens über sein Territorium verletzt sowie zu einem enormen Anstieg der Bodenpreise führte und deshalb auch zukünftige Grundrentenerhöhungen nachschieben muß.

Es besteht eine Tendenz höhere Einkommen niedriger zu besteuern, um ausländische Investitionen zu stimulieren. Den multinationalen Monopolen wurde die Türe mit der Erlaubnis, ge-



mischte Unternehmen zu gründen, weit geöffnet. Vertretern großer kommerzieller Firmen erlaubte man, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Ausländischen Banken wurde wieder gestattet, am ägyptischen Devisenmarkt zu handeln, mit den daraus erwachsenden gefährlichen Konsequenzen eines ungleichen Konkurrenzverhältnisses für die ägyptischen Banken. Gemeinschaftsbanken von ägyptischem und ausländischem Privatkapital wurden gegründet, eine Tatsache, die es den Fremdbanken einfacher macht, das ägyptische Bankgeschäft zu dominieren. Ein Parallelmarkt wurde geschaffen, und es existiert ein Trend zu seiner Überführung in eine ägyptische Freihandelszone. Während des Jahres 1973/74 wurden 12 Abkommen mit ausländischen Ölkonzernen abgeschlossen, 11 davon allein mit amerikanischen.

Das Agrarreformgesetz wurde revidiert, um den Pachtzins zu erhöhen. Pächter dürfen jetzt wieder von ihrem Land verdrängt werden und die Erhebung eines festen Ernteanteils (durch die Mittel- und Großbauern, d.Red.) ist wieder erlaubt. Die agrarischen Schiedsgerichtskommissionen wurden aufgehoben.

Das Gesetz für Fremdinvestitionen entthob aus-

ländische Gesellschaften von der Verpflichtung, die Arbeitsgesetze einzuhalten. Bestrebungen wurden unternommen, die ägyptische Wirtschaft enger mit den imperialistischen Wirtschaftsböcken wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verflechten.

Diese Trends und diese aufeinanderfolgenden Maßnahmen mußten eine Anzahl wichtiger Fragen aufwerfen:

Nähern wir uns einer plötzlichen Konterrevolution? Wurde eine Veränderung des Klassencharakters der herrschenden Kreise in Ägypten vollzogen? Haben die herrschenden Kreise ihren nationalen Charakter eingebüßt?

Eine wissenschaftliche, präzise Antwort auf diese Fragen ist unbedingt erforderlich, um die gegenwärtigen Zustände beenden zu können.

Die Klassenallianz nach der Ausschaltung nasseristischer Linkskräfte

In Wirklichkeit ist die aktuelle Entwicklung in Ägypten das folgerichtige, natürliche Ergebnis der von den herrschenden Kreisen seit dem 15. Mai 1971 konsequent verfolgten Linie.

Zu jenem Zeitpunkt wurde die nasseristische Linke hart niedergeschlagen. Bei diesen nasseristischen Linkskräften handelte es sich um jenen Teil der bürokratischen Bourgeoisie, welcher sich mit den Nationalisierungsmaßnahmen und der führenden Rolle des staatlichen Sektors fest verbunden fühlte und daraus Nutzen zog. Dem Angriff auf die nasseristische Linke folgte die Herstellung eines Klassenbündnisses durch die herrschenden Kreise, in welchem sich folgende Hauptklassen und Abteilungen vereinten:

1. die ländliche Bourgeoisie (die Reichen in landwirtschaftlichen Gebieten), deren Kader die Mehrzahl der Führungspositionen in der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) und der Sitze in der Nationalversammlung besetzten (Sayed Marei, Mohammed Hamed Mahmud, Youssef Makadi, Mahmud Abu Wafia, Ahmed Younes, Mohammed Osman Ismail, Ahmed al Qasbi u.a.);
2. die oberen Ränge der Spitzenbürokraten und -technokraten im Staatsapparat, im staatlichen Sektor und in den politischen Organen. Diese Abteilungen genießen Privilegien wie hohe Gehälter, repräsentative Zuschüsse, Vergütungen, Provisionen, Veruntreuungen und Bestechungsgelder. Sie häuften auf diese Weise Geld an, das sie für Aktivitäten in kommerziellen, industriellen oder parasitären Objekten anlegten. Sie verflochten ihre Interessen mit denen des privaten Sektors und gerieten so in Gegnerschaft zu den den Privatunternehmen auferlegten Begrenzungen. Sie drängten auf die

Öffnung für das westliche Kapital, weil sie darin eine gute Gelegenheit zur persönlichen Bereicherung durch Provisionen sahen, die üblicherweise von kapitalistischen Firmen gewährt werden;

3. das große Kapital - im kommerziellen, agrarischen oder parasitären Bereich -, welches sich rasche Profite verschafft nicht durch produktive Tätigkeit, sondern durch Spekulation, Schwarzmarkt-Geschäfte und Handel mit geschmuggelten Waren.

In ihrem Kampf gegen die nasseristische Linke versuchte diese Allianz anfangs die marxistische Linke dadurch zu neutralisieren, daß sie einigen Marxisten Zutritt zu wichtigen Ämtern in der ASU und in den Ministerien gewährte. Das herrschende Bündnis suchte zugleich eine Wiederannäherung an die älteren gesellschaftlichen Gruppen und Klassen, welche einst von den Maßnahmen der Nationalisierung und Beschlagnahme von Eigentum betroffen waren. In einer Anzahl von Fällen wurden einige der Kader von den Enteignungsmaßnahmen ausgenommen.

Neue Stützen der Regierung seit dem Oktoberkrieg 1973

Nach dem Oktoberkrieg 1973, besonders nach der Nahost-Visite von Kissinger, der Unterzeichnung des ersten Truppentrennungsabkommens und der Festlegung auf eine amerikanische Nahostlösung und auf wirtschaftlichen Liberalismus gegründeten Politik, stießen sodann neue soziale Kräfte zu der herrschenden Allianz hinzu:

1. große kapitalistische Unternehmer, deren Repräsentant Osman Mohammed Osman das Ministerium für Wohnungs- und Wiederaufbaufragen übernahm;
2. die traditionellen großen Kapitalisten und Grundbesitzer, welche von den Gesetzen zur Nationalisierung und Beschlagnahme betroffen worden waren sowie die Agenten, die sich als traditionelle Strohmänner des amerikanischen Imperialismus verdingt hatten;
3. neue Kompradorenkräfte, die sich aus dem Kreis der herrschenden Allianz, unter Söhnen, Brüdern und Verwandten derer rekrutieren, die die Führungspositionen des Staates besetzen. Sie wurden Direktoren großer Monopolfirmen und begannen die Rolle von Maklern für diese Gesellschaften zu spielen.

Vormarsch der traditionellen Rechten

Die Veränderungen im herrschenden Bündnis resultieren aus einer Anzahl wirtschaftlicher und politischer Faktoren, deren wichtigste sind:

1. Die Tatsache, daß die großen Landeigentümer und die Feudalfamilien ihren überschüssigen Landbesitz in Übereinstimmung mit der Landreformgesetzgebung verkaufen konnten, führte zu einem breiten Anwachsen der Agrarbourgeoisie.

2. Immer breitere Kreise der Mittelbourgeoisie, speziell die Handelsbourgeoisie, blühten auf und schlossen zu den Rängen der höheren Bourgeoisie auf, je mehr sich ihre enormen Profite häuften, die sie sich auf dem Wege der Spekulation, über den schwarzen Markt und durch andere illegale Aktivitäten wie den Schmuggel aneigneten. Sie nutzten den staatlichen Sektor aus, indem sie die vom staatlichen Sektor hergestellten Waren aufkauften und sie zu überhöhten Preisen weiterverkauften. Es wurde nichts unternommen, um einer derartigen Entwicklung dieser sozialen Gruppierungen Einhalt zu gebieten.

3. Aufgrund der seit Juli 1961 durchgeführten Nationalisierungs- und Enteignungsmaßnahmen - Maßnahmen, welche die eigentliche Substanz der kapitalistischen Beziehungen in unserer Gesellschaft nicht berührten - transferierte die ägyptische Bourgeoisie ihre Investitionen in nichtproduktive, parasitäre Bereiche, auf die sich die Verstaatlichungsdekrete nicht erstreckten wie Grundstücksimmobilien, Taxiunternehmen, Dienstleistungen, Spekulation, Wohnungsvermietung, usw. Auf solche Weise vermochte sich die Bourgeoisie zu entwickeln und ihren wirtschaftlichen Einfluß auszuweiten.

4. Eine zunehmende Anzahl von Bürokraten und Technokraten haben ihre Klasseninteressen mit dem privaten Unternehmertum verbunden und sich an Gemeinschaftsprojekten mit Privatunternehmen beteiligt.

5. Ehen zwischen Angehörigen alteingesessener besitzender Familien und den Familien des herrschenden Bündnisses sind alltäglich geworden und haben natürlicherweise zur Festigung der Klassenbeziehungen geführt.

6. Die alten Rechtskräfte und rechtsorientierten Nasseristen haben einen immer stärkeren Druck gegen jedes Streben nach einer unabhängigen Entwicklung, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ausgeübt:

a) indem sie versuchten, die Krise der Regierung Nasser nach der Kriegsniederlage von 1967 auszunutzen (Zachariya Moheddienne ersuchte den Hohen Kommandorat, den Entwicklungsweg anzuhalten, den Privatsektor auszuweiten und die Wirtschaft zu öffnen;

b) indem sie versuchten, jede Gelegenheit nach dem Tod von Nasser in ihrem Sinne auszunutzen (u.ä. der Versuch, den Revolutionsrat wieder ins Leben zu rufen und ihm alle

Vollmachten zu übertragen, der Sadat vorgelegte berühmte Bericht);

c) indem sie den im Oktoberkrieg erlangten Prestigeerfolg zum Vorteil der Rechtskräfte ausschalteten (der offene Aufruf, Abdel Nasser zu diskreditieren, die Juli-Revolution zu liquidieren, den staatlichen Sektor aufzulösen und die von der Arbeiterklasse und den Bauern erkämpften Errungenschaften zu vernichten, usw.).

Die Manöver der Rechtskräfte im Jahre 1967 scheiterten infolge der Volkserhebungen am 9. und 10. Juni und am Widerstand von Gamal Abdel Nasser und der nasseristischen Linken. Aber die Regierung Nasser machte den Rechtskräften damals gewisse Zugeständnisse, welche zu deren Stärkung beitrugen, darunter die 1968 dem Privatsektor gegebene Genehmigung, auch andere als die traditionellen Exportwaren auszuführen. Der Wert der vom privaten Sektor exportierten Waren stieg 1967/68 auf 4.370.000 LE an - eine Erhöhung von 1.716.000 LE gegenüber dem Jahr 1966/67.

7. Nach dem Verschwinden Nassers von der Szene wendete sich die Spaltung in den Führungskreisen gegen die Interessen der nasseristischen Linken. Die Ursache hierfür lag darin, daß die nasseristische Linke keine feste Verankerung unter den Volksmassen hatte und daß sie sich entschloß, mit den zentristischen und den rechten Kräften abzurechnen, ohne auf die Unterstützung der Volksmassen zu bauen.

8. Indem sich die herrschenden Kreise den Oktoberkrieg als ihren Verdienst anrechneten, fiel es ihnen leichter, ihren eigenen politischen Kurs Schritt für Schritt durchzusetzen.

9. Seit dem Oktoberkrieg hat der amerikanische Imperialismus seine speziellen Ziele aktiver verfolgt. Er hat es zuwege gebracht, seinen reaktionären Agenten die Rückkehr in einige ihrer alten Positionen zu ermöglichen (so kam es zur Rückkehr von Ali und Mustafa Amin und Ahmed Abul Fath ins Pressewesen, zur Rückkehr von Gruppen der Moslem-Brüder aus dem Exil ohne Bestrafung, zum Wiederauftauchen altvertrauter Gesichter wie Zoheir Garana, Saba Habashi, usw.)

Die Frage des Nationalcharakters des Regimes

Tag für Tag wird klarer, daß die gegenwärtige Führung von dem progressiven nationalistischen Kurs des Nasser-Regimes abweicht, daß sie die sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte der Juli-Revolution rückgängig zu machen sucht, daß sie die Errungenschaften der Volksmassen zugrunde richtet und daß sie



Protestdemonstration in Kairo

ihre Anlehnung an das kapitalistische Welt-system verstärkt.

Aber ist dies gleichbedeutend damit, daß die Führungskräfte in Ägypten zu Agenten herab-gesunken wären, was uns die Pflicht auferle-gen würde, für ihre Beseitigung zu kämpfen?

In Wirklichkeit müssen wir uns bei unserer Einschätzung der Führungskräfte und unserer Haltung ihnen gegenüber vor zwei Extremen hü-ten: vor einer ultralinken Position, welche auf dem Standpunkt beharrte, daß die herr-schenden Kreise in ihrer Gesamtheit die na-tionale Sache verraten haben, weshalb man zu ihrem Sturz aufzurufen hätte; und vor einer extrem rechten Position, welche die Augen ver-schließt vor den fortdauernden Änderungen im Charakter der Führung und lediglich auf Ände-rungen innerhalb des Kräftegleichgewichts der Mitglieder der herrschenden Allianz zielt, sich gegen seine zunehmende Anlehnung an die imperialistische Nahost-Politik ausspricht und die die Führung in ihrer Gesamtheit als

nationalbewußt betrachten würde.

Beide Extrempositionen entspringen einem Nichtbeachten realer Umstände. Beide ignorie-ren die Tatsache, daß das herrschende Bündnis zahlreiche gesellschaftliche Klassen und Gruppierungen einschließt, die keineswegs ho-mogen sind.

Verschiedene von ihnen sind tatsächlich Ver-räter und Agenten geworden. Andere, was ty-pisch für den Charakter der nationalen Bour-geoisie ist, streben nach einem Burgfrieden mit dem Imperialismus, versuchen eine kom-promißlerische Lösung mit ihm zu finden, träumen davon, die Rolle des Juniorpartners des Imperialismus im Nahen Osten spielen zu können. Sie handeln unter dem Einfluß ihrer Furcht vor den politischen und sozialen Fol-gen eines hinausgezögerten Kriegszustandes gegenüber dem Imperialismus und Israel, vor den Auswirkungen eines solchen Krieges auf den Klassenkampf und vor der zunehmenden pro-gressiven Rolle des palästinensischen Wider-stands im Rahmen der arabischen Nation.

Aber das herrschende Bündnis schließt auch Gruppierungen ein, welche - in verschiedenen Abstufungen - an dem nationalgeprägten Kurs Nassers festhalten. Sie sind nach wie vor um die Verfechtung dieses Kurses bemüht, jedoch tun sie das, ohne dabei bis zu dem Punkt ei-nes Zusammenpralls mit dem herrschenden Bünd-nis zu gehen.

Es ist unabdingbar, zwischen der Haltung der verschiedenen Gruppierungen des Bündnisses zu differenzieren und die Widersprüche unter ihnen aufzudecken. Obwohl diese Widersprüche insgesamt gesehen von zweitrangiger Bedeu-tung sind, können wir sie und ihre Wichtigkeit nicht ignorieren, seit sie mehrfach zu Säube-rungsaktionen gegen politisch wichtige Perso-nen innerhalb der Allianz geführt haben (die Ausschaltung von Aziz Sidky und seiner Gruppe, dann der Aziz Hegazi-Gruppe).

Die Nationalkräfte in der ägyptischen Führung

Gleichzeitig dürfen wir die Tatsache nicht übersehen, daß die Kräfte, deren Einfluß in-nerhalb des Bündnisses zunimmt, die eigent-lichen Agenten und Vorkämpfer eines Burgfrie-dens sind, wohingegen sich das Gewicht und der Einfluß der nationalgeprägten Kräfte (im Bündnis) vermindert.

Die herrschende Gruppe in ihrer Gesamtheit als eine Verrätergruppe zu bekämpfen und zu ihrem Sturz unter solchen Vorzeichen aufzu-rufen, wäre eine Haltung, welche die Tatsache nahezu ignorieren würde, daß es noch national-

bewußte Gruppierungen und Elemente innerhalb der herrschenden Gruppe gibt. Damit würde auch der Umstand der unschlüssig-schwankenden Natur einiger dieser Gruppierungen ignoriert. Gegenwärtig folgen sie dem vorherrschenden Trend hin zu einem Einvernehmen mit dem Imperialismus und Zionismus; aber sie würden diese Haltung morgen ändern, wenn eine israelische und amerikanische Unnachgiebigkeit unverändert beibehalten würde und falls es den arabischen Massen, in Ägypten und im arabischen Raum, gelänge, den Kapitulationsplänen erfolgreich Widerstand zu leisten und sie lahmzulegen.

Sogar wenn man annimmt, daß die herrschenden Kreise - was auch immer ihre Absichten sein mögen - mit dem zionistischen und US-imperialistischen Feind eine komplette Übereinkunft erreichen, werden die Positionen der verschiedenen Gruppierungen in einem solchen Fall ihre Widersprüche, Auseinandersetzungen und ihr entsprechendes Gewicht weiter widerspiegeln.

In den Vereinigten Staaten gibt es Kräfte, die danach streben, das Problem auf eine solche Weise zu lösen, welche die USA dazu befähigen, sich weiter auf Israel zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Nahost zu stützen und zugleich auf befreundete arabische Regimes zu bauen. Andere Kräfte in den USA pochen darauf, Israel und den Zionismus zu unterstützen und sonst niemanden.

In Israel gibt es extreme Zionisten, die keine abgeschwächte Lösung hinzunehmen bereit sind, ganz gleich wie groß auch immer die von den Arabern gemachten Konzessionen sein mögen.

In Ägypten vermag die Führung nicht gänzlich, die auf die gesamtarabischen Interessen ausgerichteten Neigungen innerhalb der Streitkräfte und der Volksmassen in Ägypten und in der arabischen Welt außer acht zu lassen, die einer Kapitulationsübereinkunft entgegenstehen. Der Vertrauensvorschuß, den die Führung aus dem Oktoberkrieg für sich beansprucht hat, löst sich Tag für Tag immer mehr in Nichts auf, und ihre Fähigkeit, an dem Kurs der Zugeständnisse festzuhalten, schwindet im Laufe der Zeit. Zur gleichen Zeit, da die tiefe ökonomische Krise des Weltkapitalismus im allgemeinen und des amerikanischen Kapitalismus im besonderen anhält, werden von den herrschenden Kreisen Ägyptens ihre an eine engere Anlehnung an die Vereinigten Staaten und an eine Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem Westen geknüpften Hoffnungen und Vorteile erheblich eingeschränkt; die Träume derjenigen, die auf das amerikanische Pferd setzen, sind zerstoßen.

Die Schlüpfrigkeit des Abhanges zu ignorieren, welchen die herrschenden Kreise das Land hinunterführen oder hinunterzuführen versuchen, eine Politik des Rückwärtsschreitens und des Zurückdrehens der Uhren zu verteidigen oder die von der Führung durchgeführten Maßnahmen oder Schritte zu rechtfertigen oder die Führungsallianz in ihrer Gesamtheit als eine nationalbewußte Allianz darzubieten, dies wäre gleichbedeutend mit einer selbstmörderischen rechtsgerichteten Nachtrabpolitik.

Unsere Pflicht ist es, jeden Schritt oder Standpunkt, der darauf zielt, die nationalistische Linie oder die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern rückgängig zu machen, aufzudecken und zu entlarven. In einer Zeit, da sich das Regime von der progressiven nationalistischen Linie entfernt, kann eine Betonung seines Nationalismus nur eine verzerrte Darstellung sein, Verwirrung hervorrufen und als ein Schlag gegen das Bewußtsein der Massen aufgefaßt werden, da sie so von ihrer Verantwortlichkeit, der Kapitulationspolitik zu widerstehen, abgelenkt werden. Unsere Haltung gegenüber dem herrschenden Regime in Ägypten kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Die in Machtpositionen befindlichen Agenten zu bekämpfen, welche sich aktiv um die Durchsetzung der Pläne des Imperialismus bemühen und sie vom herrschenden Bündnis abzutrennen.

Die nationalistischen Gruppierungen innerhalb des Bündnisses voranzutreiben und zu bestärken in ihrer Position des Widerstandes gegenüber dem Trend der Kapitulation und des Burgfriedens, die Wasser auf die Mühlen des Imperialismus im Nahen Osten sind.

Den Schlägen der Rechten entgegentreten

Geleitet vom Marxismus-Leninismus ist unsere Partei darum bemüht, den Gang der Ereignisse in der kommenden Periode abzusehen, und darauf vorbereitet zu sein.

Die bössartigen Angriffe, die gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse, der Bauern und der anderen arbeitenden Massen geplant wurden, die spiralenhafte Erhöhung der Lebenshaltungskosten müssen zwangsläufig zur Verschärfung der sozialen Widersprüche in der Stadt wie auf dem Lande führen. Unsere Partei darf sich nicht plötzlich überraschen lassen, sie muß Entwicklungen ständig im Auge behalten, um ihnen mit Klarheit begegnen und um eine korrekte Politik verfechten zu können. Die Bekanntgabe der Existenz unserer Partei und die Entfaltung ihrer Aktivitäten anstelle

einer Klassenzusammenarbeit wird auf Seiten der herrschenden Klasse eine Intensivierung ihres Zermürbungskrieges gegen die demokratischen Kräfte hervorrufen. Unsere Partei muß darauf vorbereitet sein, diesen Schlägen entgegenzutreten und aus früheren Erfahrungen zu lernen. Wir müssen schnellstens die Formationen der Parteibasis reorganisieren, uns strikt an die Sicherheitsregeln halten sowie die ideologische und organisatorische Einheit der Partei vorsichtig fördern und stärken.

Die Zunahme der Aktivitäten der reaktionären, rechtsgerichteten Kräfte und der extremistischen religiösen Gruppen, das Wiedererstehen der Organisation und Tätigkeit der Moslem-Brüder, all dies sind Anzeichen für Anstrengungen in Richtung eines faschistischen Putsches. Unsere Partei muß vor solchen Gefahren warnen, sie muß bereit sein, ihnen entgegenzutreten und Widerstand zu leisten. Sie muß in diesem Kampf verschiedene Mittel einsetzen und vorbereitet sein, unter allen Umständen zu handeln.

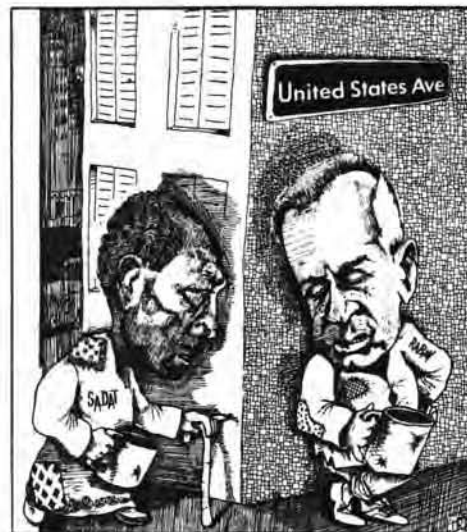
Warnzeichen der US-Teillösungspolitik und die Verteidigung der Rechte der Palästinenser

Gewisse Gruppierungen der herrschenden Allianz treiben nach Kräften den endgültigen Abschluß eines Burgfriedens voran und steuern ein solches Abkommen als Höhepunkt an. Andere glauben unschuldig an das, was sie "nochmalige Überprüfung der amerikanischen Politik in der Region" nennen. Unter solchen Bedingungen kann die ägyptische Führung ein offenes amerikanisches Teilabkommen eingehen.

Es ist die Pflicht unserer Partei, derartige Schritte der Rechten zu enthüllen und zu entlarven.

Obwohl die amerikanische Regierung zögert, ihre neue Politik in Nahost offenzulegen, sind Zeichen dieser Politik deutlich zu erkennen in den Manövern von Imperialismus und Reaktion, um ein neuerliches Massaker gegen den palästinensischen Widerstand zu organisieren, die Uneinigkeit im Libanon zu fördern und die Teilung seines Territoriums herbeizuführen, indem sie die Kämpfe zwischen religiösen und ethnischen Gruppen anheizen und indem sich die israelischen Attacken auf den Südlibanon häufen.

Die neue amerikanische Politik im Nahen Osten wird die Mittel und Taktiken der Strategie des Imperialismus in der Region ändern. Unsere Partei muß diese Realität aufdecken und entlarven und den verwirrenden Manövern eine Niederlage bereiten, die ohne Zweifel von der reaktionären Rechten unternommen werden, um diese amerikanische Politik vorzubereiten,



Hau ab, Schnorrer! Das ist meine Ecke.

noch bevor ihre Ankündigung erfolgt. Die Position unserer Partei gegenüber jeder Teillösung ist eine prinzipielle: Opposition gegenüber Teil-, Separatlösungen, Opposition gegenüber der Anerkennung Israels oder gegen die Vereinbarung eines Friedensabkommens mit Israel oder gegenüber Verpflichtungen zu jedweden Bedingungen, die darauf zielen, das heroische palästinensische Volk an der Rückeroberung seiner Rechte, für die Selbstbestimmung auf dem Boden seines Heimatlandes und für die Errichtung eines demokratischen Staates in den befreiten Teilen seines Landes zu hindern.

Das Manöver der "demokratischen Öffnung"

Es ist wahrscheinlich, daß die ägyptische Führung in der kommenden Periode versuchen wird, sich ein liberales Image zu verschaffen, indem sie - in begrenztem Umfang - eine größere Anzahl von Parteiplattformen innerhalb der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) und die Publikation neuer Zeitungen erlauben wird. Aber die Grenzen dieser Maßnahmen werden sehr eng gezogen sein, nämlich tatsächlich auf die das herrschende Bündnis tragenden Klassen und Gruppierungen beschränkt bleiben und dienen dem Ziel, die politische Bewegung in Ägypten unter Kontrolle zu halten. Solche Schritte können daher nicht als demokratische Öffnung bezeichnet werden. Zur gleichen Zeit sollten wir gegenüber derartigen Maßnahmen keine isolationistische Haltung einnehmen, sondern wir müssen sie soweit wie möglich zu unserem Vorteil nutzen.

Eine positive Haltung seitens unserer Partei wird dazu beitragen, das betrügerische Wesen solcher Maßnahmen zu enthüllen, falls das Regime die Schaffung einer Parteiplattform für

die Linkskräfte oder einer Zeitung für die Linke verweigert und falls es den progressiven Kräften keine Gelegenheit gibt, dem Lande nützlich zu sein.

Unsere Linie und die Kampfformen in der kommenden Periode dürfen nicht auf einem höheren oder tieferen Niveau als der Grad der Vorbereitung der Massen stehen.

5 vordringliche Aufgaben in der kommenden Periode

Unsere Partei stellt sich folgende fundamentalen Aufgaben für die kommende Periode:

1. Die Bestrebungen um einen Burgfrieden und eine Kapitulation aufzudecken und zu enthüllen und die revolutionären und nationalbewußten Kräfte lokal und im gesamtarabischen Raum zum Kampf gegen die US-imperialistischen Pläne und Lösungen aufzurufen.
2. Die Tendenz zur Preisgabe der nationalen Verantwortung Ägyptens innerhalb der arabischen nationalen Befreiungsbewegung bloßzustellen und zu bekämpfen und auf der Verpflichtung Ägyptens zu bestehen, eine aktive, positive Rolle bei der Vereinigung der arabischen progressiven Kräfte zu spielen. Um eine Verbesserung und Vertiefung der ägyptischen Beziehungen zu den nationalistischen und progressiven arabischen Staaten zu erwirken, welche gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Pläne in der Region Widerstand leisten (Irak, Syrien, Libyen, Algerien, VDR Jemen).

In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Angriffe der ägyptischen Informationsdienste gegen Libyen hin, welche heute papageienhaft die ganze Stufenleiter jener gegen Ägypten erhobenen Anschuldigungen nachplappern, die damals von den imperialistischen Informationsdiensten gegen unser Land gerichtet waren, da sich Ägypten vom westlichen Monopol der militärischen Lieferungen abwendete und freundliche Beziehungen zu der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern aufnahm. Zur gleichen Zeit jedoch müssen wir auf persönliche Attacken und Aufrufe zum Sturz des Regimes verzichten.

3. Die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern gilt es, aktiv zu verteidigen und die Massen gegen die ihnen drohenden Gefahren und gegen den Abbau demokratischer Freiheiten zu mobilisieren.
4. Die Errichtung eines Bündnisses der Arbeiter und Bauern und einer Front der Volkskräfte zu beschleunigen, um die begünstigenden Umstände zu nutzen, welche durch die Politik der gegenwärtigen Führung geschaffen und welche die Erweiterung der sozialen Basis des Volks-

bündnisses vorteilhaft gestalten werden. Die Schaffung der Front muß im Zuge des Tageskampfes um die Durchsetzung der Forderungen der Volksmassen und der Umwandlung der Führung der Gewerkschaften und anderer Volksorganisationen in kämpferische, revolutionäre Organe geschehen; und zur gleichen Zeit ist dazu eine Konzentration der Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen der nationaldemokratischen Kräfte und ein konstruktiver Dialog zwischen ihnen erforderlich.

5. Die Entwicklung unserer Partei zu einer Partei des Volkes im Sinne enger Kampfverbindungen zwischen uns und den Volksmassen anzustreben.

Die Verantwortung der revolutionären Arbeiterpartei

Unser Land durchläuft gegenwärtig eine kritische Phase, in der die Rechtskräfte ihre Positionen in der Führung stärken, in der sich das herrschende Bündnis das alleinige Recht anmaßt, die politische Organisation zu öffnen, in der sich die bösartigen Attacken gegen die Errungenschaften der Arbeiter, Bauern und werktätigen Massen mehren.

Unsere Ägyptische Kommunistische Partei hat nun die Szene betreten als die Partei der ägyptischen Arbeiterklasse, der Bauern und werktätigen Massen, als die einzige, politisch organisierte Kraft im revolutionären Lager. Die anderen nationaldemokratischen Kräfte hingegen suchen weiterhin nach einer eigenen politischen Organisation, die sie in die Lage versetzt, ihren eigenen Klassenkampf zu führen.

Unsere Partei, welcher die Ehre zuteil wurde, als die unabhängige Plattform der ägyptischen Arbeiterklasse zu erscheinen, übernimmt folglich eine historische Verantwortung, um unsere nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und die Pläne des Imperialismus und der lokalen Reaktion zu vereiteln; um den Tageskampf der Arbeiterklasse, Bauern und werktätigen Massen anzuführen; um die progressiven Nationalkräfte bei der Organisation ihrer Reihen zu unterstützen und die Errichtung einer Front der Volkskräfte vorzubereiten.

Wir sind davon überzeugt, daß unsere Genossen, denen es gelang, die marxistischen Gruppen in Ägypten in eine Partei der ägyptischen Arbeiterklasse zu überführen, alle Fähigkeiten besitzen, um auf dem Wege des Kampfes voranzuschreiten - wie groß auch immer die ihnen abverlangten Opfer sein mögen - bis zum endgültigen Sieg.

(Quelle: Marxism today, London, Dezember 1975, S. 379-384)

Ende Januar d.J. erreichte die politische Unterdrückung im Iran einen neuen Höhepunkt. Am 24. Januar wurden 9 iranische Widerstandskämpfer, unter ihnen eine Frau, nach einem Militärgerichtsprozeß in Teheran hingerichtet. Innerhalb von nur zwei Wochen wurden weitere 16 Gegner des Schah-Regimes zum Teil auf offener Straße erschossen.

Über diese politische Repressionswelle und den weiteren Prozeß der Faschisierung im Iran erfährt man in den bundesrepublikanischen Medien so gut wie nichts. Das Wohlverhalten gegenüber der Diktatur des Schah erklärt sich einmal aus der imperialistischen Stellvertreterrolle des Iran im Mittleren Osten, zum anderen daraus, daß sich der Iran zu einem der größten Außenhandelspartner und Öllieferanten der BRD entwickelte und daß er zu einer bedeutenden Anlagensphäre für das westdeutsche Kapital avancierte (siehe AIB Nr. 1/1975 und Iran-Sonderbroschüre).

Umso wertvoller sind daher die Aussagen Jean-Michel Braunschweigs, eines Anwalts beim Appellationsgericht in Paris. Er bereiste im Januar 1976 im Auftrage der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen zusammen mit dem Dominikanerpater M. Gest den Iran und erstellte den folgenden Bericht.

Jean-Michel Braunschweig

Der gegenwärtige Stand der politischen Unterdrückung im Iran

Von der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen erhielt ich den Auftrag, mich an Ort und Stelle über die Situation der politischen Gefangenen im Iran und ganz besonders über das Schicksal der Personen, deren Verhaftung aus politischen Gründen kürzlich bekannt geworden war, zu informieren. Ich habe mich daraufhin vom 9. bis 18. Januar 1976 in diesem Land aufgehalten, in Begleitung des Dominikaner-Paters Michel Gest, Beauftragter der Bewegung katholischer Intellektueller (Pax Romana).

Als wir kurz vor unserer Abreise von den Ende Dezember 1975 durch das Militärgericht von Teheran gegen 10 Personen ausgesprochenen Todesurteilen erfuhren, erweiterten wir unsere Informationssuche auch auf diese letzten Fälle. (...)

1. Offizieller Kontakt mit den iranischen Behörden

Am Dienstag morgen, den 13. Januar 1976 entschlossen wir uns, eine Audienz auf höchster Ebene zu verlangen, das heißt beim Ministerpräsidenten selbst, Herrn Hoveida, der in der Vergangenheit zugestimmt hatte, internationale Beobachter zu empfangen. Seine politisch lange Lebensdauer sagt genug über den Platz aus, den dieser Mann noch in dem Regime einnimmt.

Als wir uns zu seiner Residenz begeben hatten, erwirkten wir bei dem am Eingang postierten Polizeiposten, daß man uns ein Mitglied seiner Dienststelle schickte. So ließ mich eine Frau seines privaten Sekretariates, die perfekt Französisch sprach, wissen, nachdem



sie sich nach dem Zweck unserer Vorsprache erkundigt hatte, daß der Ministerpräsident außerordentlich beschäftigt sei, sie ihm jedoch unser Ersuchen mitteilen wolle und versuchen würde, daß wir von einem Mitglied seines Kabinetts empfangen würden. Nach einer unseren Vorgängern wohl bekannten Gewohnheit bat sie uns um den Namen unseres Hotels und die Zimmernummer und fügte hinzu, sie würde uns anrufen, um das Treffen festzusetzen. Wir haben vergeblich bis zu unserer Abreise auf einen Telefonanruf von der Dienststelle des Ministerpräsidenten gewartet. (...)

Am Vorabend hatten wir dem Vize-Minister Aryanpour eine Liste von Personen gegeben, die außer den Namen der 10 zum Tode Verurteilten diejenigen enthielt, deren Schicksal wir erforschen sollten.

Es handelt sich um:

1. Hochwürden Ayatollah Montazeri, religiöses Oberhaupt - 65 Jahre
2. Hochwürden Ayatollah Taleghani, religiöses Oberhaupt - 75 Jahre
3. Hochwürden Ayatollah Hachemi-Rafsanjani, religiöses Oberhaupt - 56 Jahre

4. Hochwürden Ayatollah Lahoti, Geistlicher - 54 Jahre
5. Doktor Mehdi Momken - 40 Jahre
6. Mayssami - 38 Jahre
7. Frau Taleghani, Tochter des Reverend Ayatollah Taleghani - 34 Jahre
8. Frau Bostani Manijeh, Direktorin der Mädchenschule "Alavi" in Teheran - 43 Jahre
9. Frau Kabiri, 45 Jahre, vor einiger Zeit mit ihrer 12jährigen Tochter verhaftet
10. Doktor Chaybani Abbass - 42 Jahre

Was die zum Tode Verurteilten betrifft, so wurde uns versichert, daß diese Berufung einlegen könnten, doch konnte man uns kein Datum angeben für ihr erneutes Erscheinen vor Gericht, dem mehrere Etappen vorhergehen sollten. Wir wissen seit unserer Rückkehr, daß die Todesurteile nicht nur in der Berufung bestätigt und durch die iranische Presse 48 Stunden nach unserer Abreise bekanntgegeben wurden, sondern daß sogar 9 Todesurteile am Samstag, den 24. Januar 1976 vollstreckt worden sind. Der Vergleich der Daten gibt uns die Gewißheit, daß der Prozeß während unserer Anwesenheit in Teheran stattgefunden hat. (...)

2. Informationen aus anderen Quellen

Aus verständlichen Gründen können wir die Quellen gewisser Informationen, die wir von Iranern oder im Iran lebenden Ausländern erhalten haben, nicht nennen. In der Sorge, die größtmögliche Objektivität zu wahren, müssen wir darauf hinweisen, daß wir keine der so gewonnenen Informationen eigenständig nachprüfen konnten. Es scheint uns aber doch, daß die Personen, die sie uns gaben, glaubwürdig sind.

Im allgemeinen konnten wir auf Seiten der befragten Personen eine äußerste Vorsicht feststellen, die in den meisten Fällen den absoluten Respekt vor der Schweigepflicht über alles, was die niedrigen Taten des iranischen Regimes betrifft, einschloß.

Die politische Polizei, der SAVAK, der ungefähr 20.000 Beamte haben dürfte und 180.000 Spitzel, ist in allen Schichten der iranischen Gesellschaft allgegenwärtig und niemand kann eines anderen sicher sein, welches auch sein sozialer Status sei. Unabhängig von den bekannten und offiziellen Gefängnissen verfügt der SAVAK wahrscheinlich, besonders in Teheran, über zahlreiche Räumlichkeiten in über die ganze Stadt verteilten Gebäuden, die als geheime Gefängnisse dienen, wo die Verhöre der Verdächtigten stattfinden, die dann der militärischen Gerichtsbarkeit überstellt werden oder endgültig verschwinden.

Was einen tatsächlich überrascht, ist die aus den ernst zu nehmenden Äußerungen herauszulesende Zahl der von der Polizei verhafteten Leute, die ohne jeden Prozeß verschwinden. Ausländer, die in der Nähe von Polizeilokalen wohnen, haben uns versichert, daß sie oft Individuen, die mit verbundenen Augen aus Polizeifahrzeugen stiegen, ankommen gesehen hätten und die man lebend nicht wieder hat herauskommen sehen.

Es kommt häufig vor, daß die Polizei nicht nur die Oppositionellen selbst verhaftet, sondern ebenso verschiedene Familienmitglieder. Man nannte uns das Beispiel der Familie Rezeh, deren drei Söhne alle getötet wurden (zwei wurden hingerichtet, der dritte liquidiert). Kürzlich hat die Polizei den Vater, die Mutter, die zwei Schwestern der Jungen und die beiden Schwager verhaftet. Keinerlei Prozeß ist in Aussicht.

Ogleich wir die Gefängnisse nicht besuchen konnten, erläuterte man uns den Fall eines Regimegegners, der seit fast 10 Jahren in Schiraz im Gefängnis sitzt. Seine heranwachsende Tochter kann ihren Vater nur dreimal im Jahr ca. fünf Minuten lang sehen, und alle Korrespondenz muß auf offenen Postkarten abgewickelt werden. Dieses junge Mädchen ist übrigens davon überzeugt, daß sie ihren Vater nie wieder zu Hause sehen wird. Sie selbst war in der Schule, die sie besuchte, Zielscheibe unaufhörlicher Schikanen von bestimmten Lehrern, die von ihren Kollegen als Agenten des SAVAK bezeichnet wurden. Sie mußte die Schule wechseln, um diesen Schikanen zu entgehen.

Zwischenfälle an den Universitäten

Da wir von den Schulen sprechen: Man hat uns mitgeteilt, daß seit einigen Monaten von den Jugendlichen, die Kandidaten für die Abgangsprüfung sind, verlangt wird, eine Beitrittserklärung zur Partei der Erneuerung zu unterzeichnen, der einzigen Partei, die vom Schah selbst im vergangenen Jahr geschaffen wurde.

Die Universität von Teheran scheint ein besonders bevorzugter Ort der polizeilichen Unterdrückung zu sein. Das studentische Milieu erträgt tatsächlich schlecht ein Regime, das alle Freiheit der Rede und der Versammlung verbietet. Regelmäßig kommt es zu Zwischenfällen auf dem Universitätsgelände, das übrigens ständig von der Polizei überwacht wird, wovon wir uns mit eigenen Augen überzeugen konnten. Im letzten Dezember war die Universität von Teheran für einige Tage geschlossen; wir haben aus einer wenig anzuzweifeln-



Ein Baum, dessen Kern bitter ist ...

den Quelle erfahren, daß in der zweiten Dezemberwoche, um den 15. Dezember herum, uniformierte Polizei in verschiedene Räume eingedrungen sei und Jungen und Mädchen bis in die Toiletten verfolgt habe. Ein Dutzend Studenten sind zu Tode geknüpelt worden! Als wir diese Information mehreren Gesprächspartnern mitteilten, war niemand auf dem laufenden.

Bezüglich der kürzlich verhafteten Personen, deren Liste uns vor der Abreise aus Paris gegeben wurde, erfuhren wir, daß Frau Taleghani, Tochter des Reverend Ayatollah Taleghani, am Montag, den 12. Januar zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Da wir dieses Urteil kannten, fragten wir den Beamten aus dem Informationsministerium während seines Besuches, ob die Personen auf der Liste, die wir ihm gegeben hatten, demnächst vor Gericht kommen würden; er erwiderte: nicht vor nächstem Jahr. Das Urteil, das diese Frau traf, war niemals Gegenstand von Presseveröffentlichungen. Dies ist die einzige Information über die kürzlich verhafteten Personen, die wir erhalten konnten. In Ergänzung zu den von uns überbrachten Namen scheint es zweckmäßig darauf hinzuweisen, daß weitere Personen seit zwei Jahren ohne Prozeß in Haft gehalten werden:

- Ayatollah Rabani Shirazi, 63 Jahre
- Ayatollah Khomeyvev Ali, 57 Jahre
- Ayatollah Tabarsai, 51 Jahre
- Ayatollah Acheminejad, 60 Jahre.

Den beiden Ersten droht die Todesstrafe. Sie alle sind wahrscheinlich gefoltert worden. Über die Folterungen und die Behandlung der politischen Gefangenen haben die vorhergehenden

den Missionen bereits die ganze Grausamkeit berichtet.

Eine Information, die nicht unmittelbar den Gegenstand unserer Untersuchung betrifft, scheint dennoch sehr wissenswert: Die Regierung hat im letzten Jahr beschlossen, den privaten Unterricht vollständig zu säkularisieren, die Einrichtungen, konfessionell oder nicht, werden daher nach und nach vom Staat übernommen. Diese Maßnahme könnte in einem demokratischen Land als Zeichen des Fortschritts erscheinen. Im Iran scheint diese Maßnahme der Säkularisierung darauf abzu zielen, einen Unterricht, der nicht die Beachtung der Prinzipien der Weißen Revolution des Schah gewährleistet, politisch gleichzuschalten. In demselben Zusammenhang hat die Regierung kürzlich die geistlichen Oberhäupter aller im Iran vertretenen Konfessionen versammelt, um ihnen klar zu machen, daß der Glaube, welches auch immer seine Grundlage sei, das beste Mittel darstelle, eine Jugend zu formen, damit sie nicht in Versuchung kommt, die Grundsätze des Regimes in Frage zu stellen.

3. Einige allgemeine und persönliche Überlegungen

Diese Mission hat lediglich den Eindruck bestätigt, den andere Beobachter vor uns hatten. Die Unterdrückung der Regimegegner hat sich in der letzten Zeit beträchtlich verschärft. Während die iranischen Behörden nicht den Fehler begehen, die Beobachter von ihrer Einreise ins Land abzuhalten, widersetzen sie sich den internationalen Beobachtern und jedem Versuch ernstzunehmender Nachforschung über die Situation der politischen Gefangenen. Ganz wie in Chile ist die Weigerung, die ausländischen Beobachter die Gefängnisse besuchen oder an den Prozessen teilnehmen zu lassen, das Eingeständnis der Schuld des Regimes an einer Unterdrückung, die die elementarsten Grundsätze der Menschenwürde mit Füßen tritt.

Die Angst bei den Bürgern dieses Landes zu sprechen, weist hinlänglich das Terrorregime aus, das im Iran herrscht, wo der Terrorismus lediglich ein Produkt der Gewalt des Staates selbst ist. Die Machtelite, mit einem Monarchen an der Spitze im Besitz der absoluten Macht, regiert mit Hilfe des Terrors, um der Weißen Revolution zum Triumph zu verhelfen.

Die Folter ist zum System erhoben worden, um jeden Versuch der Bürger, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, zu brechen. Anstatt sich auf die lebendigen Kräfte der Nation zu stützen, ist das Regime, unterstützt von einer neuen städtischen Mittelstandsklas-



se, die sich an dem anarchistischen ökonomischen System bereichert, nur dem Willen der Vereinigten Staaten gefolgt. Es ist offensichtlich, daß der Terrorismus des Staates nur die Folge einer Entscheidung für einen Typ der wirtschaftlichen Entwicklung ist, der den Iran unter der Herrschaft bestimmter ausländischer Mächte und des großen multinationalen Kapitals halten wird. Die Einkünfte aus dem Öl dienen dazu, Nahrungsmittelprodukte aus dem Ausland und besonders aus den Vereinigten Staaten einzuführen, welche der Iran vor ca. 20 Jahren selbst produzierte und die ihm eine wirkliche Unabhängigkeit erlaubten, und vor allem Militärmaterial, das gegenwärtig ein Drittel des Bruttosozialproduktes des Iran verschlingt, zu importieren.

Das Schahregime ist nichts anderes als ein Instrument der Politik der Vereinigten Staaten, die ihre Präsenz damit begründen, daß sie den Iran, der an die sozialistischen Länder angrenzt, in die "freie Welt" einreihen. Noch nie war der Iran so abhängig vom Ausland, trotz der Prahlereien des Schah gegenüber den internationalen Ölkonsortien.

Alle sozialen Strukturen wurden zerstört und die Hinweise auf die Größe Persiens sind nichts anderes als Augenwischerei, um das iranische Volk besser zur totalen Hingabe an ein Regime zu bewegen, das lediglich der Vollzugsagent ausländischer Mächte im Kampf gegen die Befreiung der Völker ist.

Teheran, Hauptstadt eines trotz großer, durch ausländische Gesellschaften geschaffener Industrieprojekte noch immer unterentwickelten Landes, geht im Taumel der Konsumgesellschaft zugrunde. Das erlaubt, die politische Bewußtwerdung der jüngsten Schichten zu verhindern, die am ehesten imstande wären, ein Regime in Frage zu stellen, unter dem der Mensch ge-

teilt, isoliert, einer Zukunft in Knechtschaft ausgeliefert und aus seinem natürlichen Lebens- und Denkmittelzusammenhang herausgerissen wird.

Der Kampf, der gegenwärtig vom Regime gegen die geistlichen Oberhäupter geführt wird, hat keine andere Bedeutung. Der schiitische Islam mit seiner Tradition der Unabhängigkeit und der Rebellion gegenüber allen Formen der politischen Knechtschaft ist zu diesem Zeitpunkt ein Hindernis für die Politik des Schah, des Vize-Königs des amerikanischen Imperiums. Der eingeschlagene Entwicklungsweg wird seine eigenen Grenzen finden an der Verknappung der Öleinkünfte, die den Iran schon jetzt zwingt, Ausrüstungsaufträge ans Ausland zu vergeben und gleichzeitig um Kredite nachzusuchen, während die königliche Familie und einige Würdenträger beträchtliche Vermögen angehäuft haben, die größtenteils dem Schutz der Schweizer Banken überantwortet wurden. Andererseits stellt dieser von der jetzigen Regierung gewählte Typ der wirtschaftlichen Entwicklung, um es noch einmal zu wiederholen, nur ein vom industrialisierten Ausland eingeführtes Schema dar, das keineswegs den iranischen Gegebenheiten angemessen ist.

In der Schlußfolgerung können wir nur pessimistisch sein über einen schnellen Wandel des Iran zur Demokratie, und das gilt trotz der brüchig gewordenen Machtverhältnisse, die im Volk keine Basis haben.

Liste der zehn Personen, die am 31. Dezember zum Tode verurteilt wurden

In den letzten Stunden des Jahres 1975 gab die iranische Presse bekannt, daß der Militärgerichtshof von Teheran am 31. Dezember die folgenden 10 Personen zum Tode verurteilt habe:

Afrakhteh Wahid
 Taher-Rahimi Mohammad
 Khamouchi Sayed-Mohssen
 Samadieh-Labbaf Morteza
 Dataii Mohssen
 Samimi-Behbahani Sassan
 Miri-Jawid Abdolreza
 Labafnejad Morteza
 Ghayouran Mehdi
 Frau Ashraf-Zadeh-Kermani Manijeh

Lediglich durch die Presse erfuhr man, daß die Strafen am 22. Januar in der Berufung bestätigt wurden und daß 9 der Verurteilten, unter ihnen Frau Manijeh Ashraf-Zadeh-Kermani, am Samstag, den 24. Januar hingerichtet wurden.

(Quelle: Association Internationale des Juristes Démocrates, L'Etat Actuel de la Repression Politique en Iran, Rapport de Jean-Michel Braunschweig, Brüssel 1976)

Nigeria

Mit der Ermordung des Staatsoberhauptes General Muhammed, des Gouverneurs Oberst Taiwo und der Eroberung des Rundfunks in Lagos begannen am 13. Februar 1976 Offiziere um den amtierenden Verteidigungsminister und Oberstleutnant Dimka einen Umsturzversuch, der wegen der mangelnden Unterstützung im Lande innerhalb weniger Stunden scheiterte.

Die Fäden des Coups liefen in der britischen Botschaft von Lagos (dorthin flüchtete der Anführer des Putsches Dimka) und in London, dem Exil des im Juli 1975 entmachteten Generals Gowon, zusammen. Im ganzen Land rief dieser Anschlag auf das Militärregime Muhammeds Demonstrationen gegen den angloamerikanischen Imperialismus hervor, darunter Großkundgebungen vor den Botschaften der USA und Großbritanniens in Lagos. Der vom Obersten Militärerrat zum neuen Staatsoberhaupt ernannte Generalleutnant Obasanjo wies den britischen Botschafter außer Landes und ordnete den Abbau der nigerianischen Milliarden-Guthaben in Londoner Großbanken an.

Obasanjo versicherte auch in seiner Regierungserklärung vom 19. Februar d.J. die konsequente Fortsetzung des unter General Muhammed eingeleiteten Kurses. Innenpolitisch waren damit Maßnahmen gegen eine Inflationsrate von 28%, die Absetzung einer Vielzahl korrupter Staatsbeamter, inklusive der Militärgouverneure, und die Unterstützung der Gründung einer Zentralgewerkschaft, des Kongresses der Arbeit Nigerias, im Dezember 1975 verbunden.

Außenpolitisch zeichnete sich dieser Kurs durch eine harte Frontstellung gegen das rassistische Südafrika und gegen die USA aus.

Als einer der ersten Staaten hatte Nigeria im November 1975 die VR Angola anerkannt. Der nigerianische Militärerrat prangerte offen die Interventionspolitik Washingtons an und stellte der VR Angola demonstrativ einen 100 Mio Dollar-Kredit zur Verfügung.

Die Regierung Obasanjo erhöhte unter dem Eindruck der jüngsten "Erfahrungen mit dem Imperialismus" auch ihre Vergabe "an Geld und Waffen" für die Befreiungsbewegungen in Namibia und Zimbabwe (Die Zeit, Hamburg, 12.3. 1976). Der antiimperialistische Kurs dieses mit 70 Mio Menschen volkreichsten und - als führender Ölexporteur - devisenstärksten Landes Afrikas ist für die Perspektive der Befreiungsrevolution auf diesem Kontinent von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Westsahara

Die Arabische Demokratische Republik Sahara wurde am 27. Februar von dem Generalsekretär der Frente POLISARIO, Al Vali, in der Oase Bir Lahlu unter dem Jubel von über 10.000 Menschen ausgerufen und wenig später die Bildung einer achtköpfigen Regierung unter Mohamed Lamine Ahmed bekanntgegeben.

Dies geschah in einer Situation, da - nach dem Rückzug der spanischen Kolonialherren - die marokkanischen und mauretanischen Truppen große Teile des Landes terrorisieren und die Frente POLISARIO in harte Kämpfe verwickelt ist.

In der Bevölkerung fest verankert kämpft die Befreiungsorganisation laut ihrem, im August 1974 verabschiedeten Programm u.a. für:

- die Befreiung des Landes von jeglicher Kolonialherrschaft und Verwirklichung der vollständigen Unabhängigkeit,
- den Aufbau eines republikanisch strukturierten Nationalstaats unter effektiver Beteiligung des Volkes,
- den Aufbau einer funktionierenden Volkswirtschaft: Nationalisierung der Bodenschätze, Industrialisierung, Entwicklung der Landwirtschaft und der Viehzucht,
- die gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel, Sicherung von genügend Lebensmitteln für das ganze Volk,
- den Aufbau eines modernen Schul- und Krankenhauswesens und für die politischen und gesellschaftlichen Rechte der Frau. (Berliner Extra Dienst, Nr. 19/X., S. 14)

Solche Perspektiven und der Vormarsch der fortschrittlichen Kräfte waren für US-Präsident Gerald Ford Anlaß genug, mit einer Intervention der USA zu drohen, um in der Westsahara "ein neues Angola" zu verhindern. Großbürgerliche Kreise der BRD sind, neben der Sorge um ihre Profite, auch darüber beunruhigt, daß "Verunsicherung in die atlantische Flanke eindringt" - deshalb ist für sie das Volk der Sahrauin nur eine "Minderheit", die bei "dem Souveränitätswechsel" zu klein ist, um selbst einen lebensfähigen, unabhängigen Staat zu bilden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.3.1976)

Anderer Meinung ist allerdings ein Großteil der afrikanischen Staaten. Während der Außenministerkonferenz der OAU Ende Februar d.J., billigten nur 7 der 47 Mitgliedsstaaten die Aggression Marokkos und Mauretaniens, deren Austrittsdrohungen jedoch in der OAU eine Einigung verhinderten. Vorwärtsweisend war die Haltung von 21 afrikanischen Staaten, die die junge Republik unmittelbar anerkannten.

Die Prozeßfarce gegen "Corvalan und andere"

In Chile laufen die Vorbereitungen, um Luis Corvalan und anderen hervorragenden Führern der Unidad Popular den Prozeß zu machen. Das hat kürzlich die faschistische Junta Pinochets in einer "Dokumentation" zugegeben, die sie der UN-Menschenrechtskommission im Februar d.J. vorlegte, um ihre Verbrechen gegen das chilenische Volk zu verschleiern.

Zu den Mitangeklagten in dem in Valparaiso stattfindenden Prozeß, der unter dem Titel "Gegen Corvalan und andere" steht, gehören u.a. Anibal Palma (Radikale Partei, Erziehungsminister und Generalsekretär der Regierung Allendes), Pedro Felipe Ramirez (Christliche Linke, Bergbauminister) und Andres Sepulveda (Sozialistische Partei, Abgeordneter).

Sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung des Prozesses, der am 22. März d.J. zur Urteilsverkündung kommen soll, widersprechen sämtlichen international anerkannten Rechtsprinzipien. Für die Angeklagten existieren keinerlei rechtsstaatliche Garantien; dem spanischen Rechtsanwalt und Verteidiger Luis Corvalans war es bisher nicht möglich, seinen Mandanten zu sehen. Internationale Beobachter sind vom Prozeß ausgeschlossen. Der ehemalige Privatsekretär von Präsident Dr. Salvador Allende Osvaldo Puccio stellte dazu fest:

"Die faschistische Junta Pinochets hat bis heute nicht ein einziges juristisches Argument gegen Corvalan und die anderen zwölf Angeklagten vorbringen können, und sie wird dazu auch in Zukunft nicht in der Lage sein. ... Das Ziel der militär-faschistischen Junta ist es, die Patrioten zu verurteilen und im gegebenen Moment zu ermorden."
(Neues Deutschland, 27.2.1976)

Der Eindruck, daß sich Corvalan und seine Mitangeklagten in akuter Lebensgefahr befinden, erhärtet sich durch einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Chile, der jetzt der UN-Menschenrechtskommission vorgelegt worden ist und der neue, erschütternde Beweise für die grausame Folter- und Mordpraxis der Pinochet-Junta enthält. Die Chile-Arbeitsgruppe, die nicht nach Chile einreisen durfte, kommt zu dem Ergebnis, daß Mord und Folter integraler Bestandteil des chilenischen Herrschaftssystems geworden sind. Die Bilanz des faschistischen Terrors, die in dem Bericht gezogen wird, ist erschreckend:

- Seit dem Putsch im September 1973 wurden zwischen 15.000 und 20.000 Chilenen umgebracht.
- Darunter befinden sich mindestens 1.800 Personen, die nach ihrer Verhaftung spurlos verschwunden sind.



- 130.000 Chilenen sind seit dem Putsch für kürzere oder längere Zeit in Haft genommen worden und durchliefen mindestens eines der 22 namentlich bekannten Folterzentren.
- Die offiziell angegebene Zahl von 4.000 politischen Gefangenen dürfte weit untertrieben sein, da sich allein in den beiden KZ's Tres Alamos und Puchoncavi 750 politische Häftlinge befinden. Insgesamt gibt es in Chile aber über 30 Gefängnisse und Konzentrationslager, in denen vorwiegend politische Gefangene festgehalten werden.

In einem eindringlichen Appell hat sich deshalb das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika an die bundesrepublikanische Öffentlichkeit gewandt, alles nur mögliche zu tun, um die sofortige Annullierung des Schandprozesses zu erreichen:

"Das Antimperialistische Solidaritätskomitee ruft daher alle Kräfte der Chile-Solidaritätsbewegung auf, mit Entschiedenheit gegen die beabsichtigten Terrorurteile zu protestieren und die Öffentlichkeit auf die Gefahr für die Angeklagten aufmerksam zu machen. Wendet Euch an die Junta mit der Forderung, den Prozeß sofort abzusetzen und alle Angeklagten unverzüglich freizulassen! Wendet Euch an die Bundesregierung und den Generalsekretär der Vereinten Nationen; fordert sie auf, sich mit Nachdruck für die Freilassung Luis Corvalans und aller chilenischen Patrioten einzusetzen."